

DOKUMENTE DES FORTSCHRITTS INTERNATIONALE REVUE

**HERAUSGEGEBEN VON PROF: RODOLPHE
BRODA: PARIS; IN VERBINDUNG MIT
DR: HERMANN BECK: BERLIN; VER-
LEGT BEI GEORG REIMER: BERLIN; WSS**

**JÄHRLICH 11 HEFTE FÜR 10 MARK
PREIS DES EINZELHEFTES 1 MARK**

**AUSGEGEBEN ANF: APRIL 1909
2-JAHR 4-HFT**



**BERN
HARD**

INHALT:

DIESES HEFT BEHANDELT VORNEHMLICH RELIGIÖSE PROBLEME.

NACHDRUCK VON ARTIKELN IST MIT QUELLENANGABE GESTATTET

ABHANDLUNGEN:

- PFARRER LIC. THEOL. TRAUB, DORTMUND: DIE FORTSCHRITTLICHEN TENDENZEN IM DEUTSCHEN PROTESTANTISMUS.... 275
- PAUL GOEHRE, BERLIN: DIE NEUESTE KIRCHENAUSTRIITTSBEWEGUNG IN DEUTSCHLAND 279
- DR. J. UNOLD, MÜNCHEN: MONISMUS UND MATERIALISMUS 289
- DR. SAKUNOSHIN MOTODA, KYOTO: RELIGIÖSE MÖGLICHKEITEN IN JAPAN 294
- DR. FELIX REGNAULT, PARIS: DIE WUNDER VON LOURDES 295
- S. M. PERLMANN, TIENTSIN: DIE JUDEN IN CHINA 301
- PROFESSOR INGRAM BRYAN, NAGASAKI: WELTLICHE ERZIEHUNG IN JAPAN 305
- A. WHITE, LONDON: SOZIALE BESTREBUNGEN IM ENGLISCHEN PROTESTANTISMUS 307

CHRONIK DER RELIGIÖSEN ENTWICKLUNG 309

RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS:

- PROF. DR. RODOLPHE BRODA, PARIS: KIRCHLICHER UND WELTLICHER MORALUNTERRICHT..... 314

KORRESPONDENZEN:

ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG..... 321

WILLMAT: DIE INTERNATIONALEN KONGRESSE DER HANDELSKAMMERN UND WIRTSCHAFTLICHEN VERBÄNDE (321). — J. A. HOBSON: DIE GEPLANTE ENGLISCHE STEUERREFORM (323). — JULES LEFEBURE: RESULTATE DER NACHLASSSTEUER IN FRANKREICH (326).

POLITISCHE ENTWICKLUNG 327

STOJAN MARKOVICH: MÖGLICHKEITEN DER ENTWICKLUNG BOSNIENS (327).

SOZIALE ENTWICKLUNG 332

DIE ARBEITSLOSEN-VERSICHERUNG DER STADT STRASSBURG 1908 (332). — CHRONIK.

TECHNISCHER UND WISS. FORTSCHRITT..... 337

DR. HERMANN BECK: ZUR ORGANISATION DER TECHNischen AUSKUNFT (337). — DIE DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR SOZIOLOGIE (344). — 6000 SOZIALWISSENSCHAFTLICHE ZEITSCHRIFTEN (350).

BILDUNGSWESEN..... 352

CHRONIK (352).

UMSCHLAG UND AUSSTATTUNG ZEICHNETE
LUCIAN BERNHARD, BERLIN.

PFARRER LIC. THEOL. TRAUB, DORTMUND: DIE FORTSCHRITTLICHEN TENDENZEN IM DEUTSCHEN PROTESTANTISMUS.



S ist wahrhaftig keine leichte Aufgabe, über die fortschrittlichen Tendenzen im deutschen Protestantismus zu schreiben, das einzig deutliche Gebiet ist von der protestantischen Kirche umfaßt. Jeder weiß aber, daß die Einflüsse protestantischen Denkens und Empfindens niemals an den Kirchentoren Halt gemacht haben. Vielleicht gehört es geradezu zu den hervorstechenden Merkmalen des Protestantismus, daß er, im Widerspruch mit der einen heiligen katholischen Kirche groß geworden, auch fernerhin weniger nach kirchlichen Wirkungen abgeschätzt werden will. Nur begegnen wir hier der Schwierigkeit, daß sich diese Fernwirkungen protestantischen Geistes der geschichtlichen Kontrolle sehr leicht entziehen, und es im Rahmen eines kleinen Aufsatzes eine unlösbare Aufgabe ist, diesen weiten Kreis auch nur einigermaßen richtig abzugrenzen. Dazu kommt, daß eine Reihe von geistigen Gruppen es vielleicht ablehnen würden, noch zum Protestantismus gerechnet zu werden, obgleich sie davon ausgegangen sind. Es hängt von dem jeweiligen Urteil des Beobachters ab, wieweit er den Protestantismus als belebenden Mittelpunkt einer solchen Bewegung noch feststellen kann.

Innerhalb des kirchlichen Protestantismus hat sich die fortschrittliche Tendenz in rascherem Tempo entwickelt als früher. Das lehrt vor allem ein Blick auf die Orthodoxie. Allerdings sind ihre Formen im Katechismusunterricht und in der gewöhnlichen Predigt im ganzen die gleichen geblieben. Aber ihr wissenschaftliches Rüstzeug ist doch ein wesentlich anderes geworden. Die alte Lehre von einer wörtlichen Eingebung der Hl. Schrift ist von den sog. positiven, also rechtgläubigen, Professoren allgemein aufgegeben. Daran ändert die Tatsache nichts, daß man weithin in der praktischen Theologie, vor allem vor den Laien selbst, noch im alten Geleise fährt, beweist und widerlegt, wie wenn die ganze Hl. Schrift doch noch als eingegebenes Gotteswort feststehen würde. Weiterschauende Theologen sind aber dabei nicht stehen geblieben. Sie verlangen eine moderne Theologie gegenüber der früheren, wenn sie auch positiv, also rechtgläubig, bleiben soll. Hierher gehören vor allem der Berliner Professor Seeberg und der Wiener Theologe Beth. Ihnen beiden hat es der Gedanke der „Entwicklung“ angetan, und wenn der erstere davon mehr wie auf dem Gebiet historischer Forschung Gebrauch macht, so benutzt der letztere grundsätzlich diesen Begriff als wertvolle Ergänzung für die Vorstellung von der Offenbarung. Daneben stehen Prof. Grütz-macher und Generalsuperintendent Kaftan, von welchen der letztere in einem viel umstrittenen Buch die alten Fragen nach der Gottheit Jesu wieder aufrollte und trotz seines festen Glaubens an Jesus als eingeborenen Sohn Gottes die Formel aufstellte: Christus ist Mittler und nicht Gott. So gärt es im Lager der Rechtgläubigen sehr stark. Diese Gärung würde vielleicht noch deutlicher zum Ausdruck kommen, wenn sie nicht in ihrem kirchenpolitischen Kampf sich zu schwächen fürchteten.

Auf liberaler Seite stehen innerhalb der größten deutschen Landeskirche, der preußischen, der alte treue Verfechter protestantischer Gewissensfreiheit und freier Forschung: der Protestantenverein, sowie die in jüngster Zeit am Rhein entstandenen zahlreichen Verbände der „Freunde evangelischer

Freiheit“. Beide haben im ganzen die gleichen kirchenpolitischen Ziele: Ausdehnung des liberalen Elements in den kirchlichen Körperschaften, Verdrängung der orthodoxen Vorherrschaft in den Synoden, Gleichberechtigung der verschiedenen Richtungen innerhalb der Landeskirche. Zwischen rechts und links steht die sog. Evang. Vereinigung, welche von dem Boden der Gemeinde und ihrer Bedürfnisse aus an einer Verständigung der liberalen und positiven Kreise zu arbeiten entschlossen ist, für Erweiterung der Gemeinde-rechte eintritt und von hier aus die Vorherrschaft einer theologischen Richtung bekämpft. Ihr nahe steht der Kreis der „Freunde der Christlichen Welt“, einer Zeitschrift, die von Professor D. Rode-Marburg geleitet wird und die das große Verdienst hat, in weitesten Kreisen den Geist modernen theologischen Erkennens gepflegt und ihm sein Recht innerhalb der Kirche gesichert zu haben.

Die Kirchenregimente in Deutschland verhalten sich verschieden zu der wachsenden liberalen Strömung. Während z. B. Elsaß-Lothringen, Baden, Hessen, Meiningen, Württemberg bald ausgesprochen, bald wenigstens tatsächlich die liberale Richtung als gleichberechtigt anerkennen, hat das preußische und bayrische Kirchenregiment bis vor kurzem die orthodoxe Richtung allein anerkannt. Innerhalb Preußens setzt sich die mildere Praxis des Oberkirchenrats in Berlin gegenüber den einzelnen Konsistorien in den Provinzen langsam durch, obgleich die liberalen Pfarrer immer lebhafteren Beunruhigungen ausgesetzt werden. Abgesehen von einzelnen Fällen, wie der der Pastoren Fischer-Berlin, Jatho-Köln, Francke-Liegnitz, Traub-Dortmund, hat vor allem die Erklärung von mehr als 150 preußischen Pastoren ihre Wirkung nicht verfehlt, in welcher sie sich mit dem Pfarrer César solidarisch erklärten, der von der westfälischen Kirchenbehörde wegen „Irrlehre“ nicht für würdig befunden wurde, in Westfalen ein Kirchenamt zu bekleiden. Es wird viel von der Richtung der künftigen inneren Politik Deutschlands abhängen, ob die Orthodoxie ihren Einfluß wieder stärker zurückgewinnt oder nicht. Gelingt es dem katholischen Zentrum wieder, in die Reihe der ausschlaggebenden Parteien einzurücken, so bedeutet das gleichzeitig eine ungeahnte Stärkung aller orthodoxen Bestrebungen innerhalb der protestantischen Landeskirchen.

Zu einer einheitlichen Gestaltung der deutschen Landeskirchen ist es ja nicht gekommen. Immerhin nähern sich die verschiedenen Kirchen immer mehr einander an, und die große Zahl deutscher Pastoren im Ausland werden allmählich ebenso wie ihre Gemeinden als Gegenstand gemeinsamer Fürsorge aller deutschen Landeskirchen betrachtet. Von einem anderen organisatorischen Zusammenschluß als dem eines Zusammenarbeitens zu einzelnen bestimmten Zwecken ist auf absehbare Zeit keine Rede. Solcher wäre auch gar nicht zu wünschen. Die Gedanken könnten sich dann leicht zur Beeinflussung der inneren Politik verdichten und Wünsche nach einem evangelischen Gegenstück gegen das katholische Zentrum wachrufen. Brennender als diese Fragen wird vielmehr die andere werden: die nach einer Trennung von Kirche und Staat.

Eine ganze Reihe Stimmen blasen zum Austritt aus der Landeskirche. In erster Linie stehen da die Freidenker, deren Vereine ein bedeutsames Wachstum aufweisen. Im Frankfurter Verlag haben sie eine kräftige Stütze. Das Freie Wort ist gut redigiert. Vor allem kommt die unselige Behandlung der Dissidenten und ihrer Kinder von seiten des Staates und seiner Schule ihren Bestrebungen zugute. Auch in ihren Reihen zeigen sich ganz erhebliche

Nuancen; sie werden teilweise von früheren protestantischen Pfarrern bedient. Dazu kommt die Arbeit der politischen Sozialdemokratie, welche zwar nicht als Partei, aber desto lebhafter von einzelnen kleineren Führern getrieben zum Austritt aus der Landeskirche auffordert. So kommt es, daß die Zahlen der Austritte sich in den beiden letzten Jahren vervierfachen. Vor allem sind es aber eine Reihe ernster religiöser Einzelstimmen, welche um der Lauterkeit der Religion selbst willen die Trennung von Staat und Kirche als den ersten Schritt zur Besserung begrüßen und befürworten. Wir denken dabei nicht an die Gruppe derer, die jetzt um den verstorbenen Hofprediger Stöcker-Berlin trauern. Auch sie wünschen ja diese Trennung, aber nur um die Kirche und ihre Hoheitsrechte zu stärken. Ihr geheimes Vorbild ist die katholische Kirche, die frei vom Staat sein will, damit sie über ihn herrsche. Wir erinnern vielmehr an alle möglichen Stimmen, die etwa aus dem Kreis der feingebildeten Denker und Schriftsteller kommen, denen der ausgezeichnete Verlag von Diederichs-Jena dient.

Während auf dieser Seite weniger einer Freikirche, als vielmehr einer Auflösung jeden Kirchentums das Wort geredet wird, hat die Landeskirche sich einer Menge von pietistischen Gemeinschaften, freien religiösen Vereinigungen, Methodisten, Baptisten, Irvingianer, Spiritisten usw. zu erwehren. Ihre Lage ist da sehr eigentümlich. Obgleich sie grundsätzlich, im Bund mit den theologischen Fakultäten der Landesuniversitäten stehend, eigentlich den Grundsatz freier Forschung wahren und sich eine stete Fühlung mit der politischen und wirtschaftlichen Kultur aufrechterhalten will, sieht sie sich doch andererseits von all diesen pietistischen Zirkeln vor die Frage gestellt: entweder verbündest du dich mit uns gegen den „Unglauben“ in der Lehre, oder wir haben kein Interesse mehr an dir. Methodisten, Baptisten usw. haben selbstverständlich ihre eigenen Organisationen; da und dort verbinden sich aber rechtgläubige Pastoren mit ihnen, um so der Landeskirche die Notwendigkeit ihres Bekenntnisses klar zu machen. Schwerer ist die Last all der pietistischen Gemeinschaften, welche zwar in der Landeskirche stehen, aber vollständig eigene finanzielle und organisatorische Verwaltung besitzen. Gerade im Kampf gegen die liberalen Elemente liefert sich die Landeskirche immer mehr diesen geistig eng gerichteten Kreisen aus, die über kurz oder lang ihrerseits die Macht an sich reißen würden.

Neue Wege suchen eine Reihe von Kulturbünden in und außerhalb Weimars, der alten Goethestadt. Der begeisterte Apostel Nietzsches, Horneffer, geht jetzt seine eigenen Wege und sucht für ein neues Bildungsideal durch Vorträge zu begeistern. Von christlicher Seite her kommen die früher verbündeten, jetzt geschiedenen geistvollen Vertreter individuellen Protestantismus: H. Lhotzky und Müller, die ebenfalls durch Schrift und Wort für persönliches Christentum wirken. Vor allem hat der neue Monistenbund zu einem lebhaften Kampf der Geister geführt. Die beiden Namen Haeckel und Kalthoff sind beinahe schon wieder überholt. Die Prediger des Monismus, über dessen vielgestaltige Lehren eine vorzügliche Schrift von A. Drews (im Verlag von Diederichs) am besten orientiert, sind sich nur eins im Kampf gegen den sogenannten Dualismus, genauer im Kampf gegen das Kirchentum, gehen aber in eine Reihe von Spielarten auseinander, sobald sie ihre monistische Methode zum Aufbau einer Weltanschauung benutzen. Der berühmte Bremer Prediger Kalthoff wird mit seiner sozialen Auffassung der Theologie noch lange dauernde Wirkung haben, und seine geistsprühenden Schriften werden trotz ihrer dialektischen Schwächen und historischen Fehler noch viele begeistern.

Zwei Fragen werden es sein, an denen der fortschrittliche Protestantismus in oder außerhalb der Kirche seine Macht und sein Geschick erproben muß: an dem Kampf um die Schule und an der sozialen Frage. Der Besuch der Schule ist in Deutschland obligatorisch; infolgedessen auch der in ihr erteilte Religionsunterricht. Dieser Religionsunterricht wird nun streng konfessionell erteilt unter Mitarbeit bzw. Mitaufsicht der staatlich anerkannten Kirchengemeinschaften: der katholischen, evangelischen, jüdischen, (altkatholischen). Das 20. Jahrhundert wird diesem Zustand ein Ende machen müssen. Die Würde des Staatsbegriffs muß gerade vom fortschrittlichen Protestantismus erkannt werden. Er darf sich die Erziehung in der Religion nicht von einzelnen Kirchengemeinschaften aus der Hand nehmen lassen. Die einzelnen Kirchen dürfen nicht an der Krücke der Staatsmacht gehen. Vielmehr muß der Unterricht in der G e s c h i c h t e der Religion innerhalb des staatlichen Unterrichts bleiben; jede Erziehung zu einem bestimmten Religions b e k e n n t n i s hat aber mit der staatlichen Schule nichts zu tun. Der gesamte Ultramontanismus kennt kein festeres Bollwerk seiner Macht als die konfessionelle Staatsschule.

Noch schwieriger sind die sozialen Probleme. Der evangelisch-soziale Kongreß hat sich unter der Führung von Nobbe und Harnack einen geachteten Namen errungen. Er treibt keine Politik und schlägt keine bestimmten wirtschaftlichen Reformen vor, aber er macht es sich zur Pflicht, soziale Gesinnung in allen Schichten zu pflegen. Hier wird ja der Zusammenhalt der Pfarrer mit der Landeskirche insofern auch zu einer Gewissensfrage, als der Staat keinen sozialdemokratischen Pfarrer duldet, wie solche in dem schweizerischen, englischen, holländischen Protestantismus sich finden. Freilich tritt die deutsche Sozialdemokratie ausgesprochen gegen den Staat und teilweise auch gegen jede Religion auf. Trotzdem ergaben sich hier Gedankenreihen, die nicht leicht abgebrochen werden können. Die Wege der christlich-sozialen Partei sind gerade von den Einsichtigeren verlassen. Sie führen nur zu einer bestimmten Politik des Mittelstandes. Aber die Verbindungslinien zwischen Unternehmen und Protestantismus, zwischen Kapital und Ethik, zwischen Volkswirtschaft und evangelisch-sittlicher Lebensgestaltung sind noch zu schwach umrissen, als daß man auch nur von einer halbgelösten Aufgabe reden könnte.

Unserer Überzeugung nach beginnt der Protestantismus erst sein Werk. Er ist nicht im Sterben. Im Gegenteil, je freier er sich auf die Macht des einzelnen Gewissens stützen lernt, desto reicher werden seine Formen, desto gewaltiger seine Kraft. Wir erwarten von ihm eine bewußte Durchdringung unserer ganzen politischen und wirtschaftlichen Kultur.

PAUL GOEHRE, BERLIN: DIE NEUSTE KIRCHENAUSTRITTSBEWEGUNG IN DEUTSCHLAND.

STARRER noch und konservativer als die politischen liegen bei uns in Deutschland die kirchlichen Verhältnisse. Während im Reich und in den Bundesstaaten Gesetzgebung und Verwaltung in Tätigkeit sind und, wenn auch nicht immer sonderlich neue Rechte und Freiheiten, so doch wenigstens politische Bewegung schaffen, stagniert in den Landeskirchen beider Konfessionen so ziemlich alles, was einigermaßen von Belang ist. Es müßte denn sein, daß man die Einführung neuer Besoldungsordnungen, neuer Gesangbücher und Agenden für Dinge von Belang erklärt.

Während die deutschen Bundesstaaten seit 1870/71 sich wenigstens zur Reichseinheit zusammengefunden haben, herrscht unter ihren Landeskirchen noch vollkommen der Partikularismus. Und zwar auf protestantischer Seite noch viel mehr wie auf katholischer. Jeder Bundesstaat hat noch seine in sich völlig abgeschlossene Landeskirche, Preußen sogar fast so viele, als es Provinzen zählt. Und nur in dem mit recht beschränkten Befugnissen ausgestatteten Oberkirchenrat hat wenigstens ein Teil von ihnen noch eine gemeinsame obere Verwaltungsbehörde. Nur gelegentlich — etwa alle zwei bis drei Jahre — kommen Vertreter aller deutschen evangelischen Landeskirchen in Eisenach zusammen, um irgendeine gemeinsame Kundgebung zu beschließen oder eine Grenzfrage zu regulieren. Geistig aber ist seit Jahrzehnten, ja fast seit Generationen, alles beim alten geblieben. In den meisten und mächtigsten Landeskirchen herrscht die Orthodoxie absolut, und wird eine kleine Mittelpartei und eine noch schwächere liberale Linke nur eben geduldet. In wenigen kleinen Landeskirchen einiger Herzogtümer liegen die Machtverhältnisse gerade umgekehrt, aber mit denselben Wirkungen wie dort: die Gruppe, die herrscht, sucht die andern Gruppen möglichst auszuschließen. Und überall wird immer dieselbe alte Lehre, dasselbe alte Dogma in tausend und abertausend erprobten und approbierten Permutationen wiedergekaut.

Auf katholischer Seite, die wir freilich nicht so gut kennen wie die protestantischen Verhältnisse, steht's nicht viel anders. Auch da im Grunde keine Einheit, wenn auch natürlich keine festabgegrenzten Landeskirchen. Doch werden diese mehr oder weniger völlig ersetzt durch die einzelnen Bistümer, Erz- und Fürstbistümer, die bestehen und alle einzeln von Rom her ressortieren. Allerdings gibt's hier noch die alljährlich mindestens einmal zusammentretende Bischofskonferenz, die weitergehende Beschlüsse zu fassen vermag als die Eisenacher; eine Einheit, auch nur im annähernden Sinne einer einzigen katholischen deutschen Landeskirche stellt aber auch sie nicht dar. Und in Lehre und Glauben herrscht hier natürlich noch viel mehr wie auf evangelischer Seite die eherne Tradition. Die interessante Bewegung des Modernismus, die darin Wandel und einigermaßen Anschluß an die Gegenwart zu schaffen versuchte, ist soeben mit allen erdenklichen Gewaltmitteln wohl für immer unterdrückt worden.

Nur auf sozialem Gebiet haben die letzten Jahrzehnte hüben wie drüben einiges Neue und damit etwas Leben gebracht. Doch geht sowohl die evangelisch- als die katholisch-soziale Bewegung wieder in durchaus konservativen, das heißt also staats- und kircheerhaltenden Bahnen, auch da, wo äußerlich die Betätigungsweise recht demokratisch anmutet. Neue Bewegung also, aber ganz traditioneller Geist. Erscheinungen wie in der

Zwei Fragen werden es sein, an denen der fortschrittliche Protestantismus in oder außerhalb der Kirche seine Macht und sein Geschick erproben muß: an dem Kampf um die Schule und an der sozialen Frage. Der Besuch der Schule ist in Deutschland obligatorisch; infolgedessen auch der in ihr erteilte Religionsunterricht. Dieser Religionsunterricht wird nun streng konfessionell erteilt unter Mitarbeit bzw. Mitaufsicht der staatlich anerkannten Kirchengemeinschaften: der katholischen, evangelischen, jüdischen, (altkatholischen). Das 20. Jahrhundert wird diesem Zustand ein Ende machen müssen. Die Würde des Staatsbegriffs muß gerade vom fortschrittlichen Protestantismus erkannt werden. Er darf sich die Erziehung in der Religion nicht von einzelnen Kirchengemeinschaften aus der Hand nehmen lassen. Die einzelnen Kirchen dürfen nicht an der Krücke der Staatsmacht gehen. Vielmehr muß der Unterricht in der Geschichte der Religion innerhalb des staatlichen Unterrichts bleiben; jede Erziehung zu einem bestimmten Religionsbekenntnis hat aber mit der staatlichen Schule nichts zu tun. Der gesamte Ultramontanismus kennt kein festeres Bollwerk seiner Macht als die konfessionelle Staatsschule.

Noch schwieriger sind die sozialen Probleme. Der evangelisch-soziale Kongreß hat sich unter der Führung von Nobbe und Harnack einen geachteten Namen errungen. Er treibt keine Politik und schlägt keine bestimmten wirtschaftlichen Reformen vor, aber er macht es sich zur Pflicht, soziale Gesinnung in allen Schichten zu pflegen. Hier wird ja der Zusammenhalt der Pfarrer mit der Landeskirche insofern auch zu einer Gewissensfrage, als der Staat keinen sozialdemokratischen Pfarrer duldet, wie solche in dem schweizerischen, englischen, holländischen Protestantismus sich finden. Freilich tritt die deutsche Sozialdemokratie ausgesprochen gegen den Staat und teilweise auch gegen jede Religion auf. Trotzdem ergaben sich hier Gedankenreihen, die nicht leicht abgebrochen werden können. Die Wege der christlich-sozialen Partei sind gerade von den Einsichtigeren verlassen. Sie führen nur zu einer bestimmten Politik des Mittelstandes. Aber die Verbindungslinien zwischen Unternehmen und Protestantismus, zwischen Kapital und Ethik, zwischen Volkswirtschaft und evangelisch-sittlicher Lebensgestaltung sind noch zu schwach umrissen, als daß man auch nur von einer halbgelösten Aufgabe reden könnte.

Unserer Überzeugung nach beginnt der Protestantismus erst sein Werk. Er ist nicht im Sterben. Im Gegenteil, je freier er sich auf die Macht des einzelnen Gewissens stützen lernt, desto reicher werden seine Formen, desto gewaltiger seine Kraft. Wir erwarten von ihm eine bewußte Durchdringung unserer ganzen politischen und wirtschaftlichen Kultur.

PAUL GOEHRE, BERLIN: DIE NEUSTE KIRCHENAUSTRITTSBEWEGUNG IN DEUTSCHLAND.

STARRER noch und konservativer als die politischen liegen bei uns in Deutschland die kirchlichen Verhältnisse. Während im Reich und in den Bundesstaaten Gesetzgebung und Verwaltung in Tätigkeit sind und, wenn auch nicht immer sonderlich neue Rechte und Freiheiten, so doch wenigstens politische Bewegung schaffen, stagniert in den Landeskirchen beider Konfessionen so ziemlich alles, was einigermaßen von Belang ist. Es müßte denn sein, daß man die Einführung neuer Besoldungsordnungen, neuer Gesangbücher und Agenden für Dinge von Belang erklärt.

Während die deutschen Bundesstaaten seit 1870/71 sich wenigstens zur Reichseinheit zusammengefunden haben, herrscht unter ihren Landeskirchen noch vollkommen der Partikularismus. Und zwar auf protestantischer Seite noch viel mehr wie auf katholischer. Jeder Bundesstaat hat noch seine in sich völlig abgeschlossene Landeskirche, Preußen sogar fast so viele, als es Provinzen zählt. Und nur in dem mit recht beschränkten Befugnissen ausgestatteten Oberkirchenrat hat wenigstens ein Teil von ihnen noch eine gemeinsame obere Verwaltungsbehörde. Nur gelegentlich — etwa alle zwei bis drei Jahre — kommen Vertreter aller deutschen evangelischen Landeskirchen in Eisenach zusammen, um irgendeine gemeinsame Kundgebung zu beschließen oder eine Grenzfrage zu regulieren. Geistig aber ist seit Jahrzehnten, ja fast seit Generationen, alles beim alten geblieben. In den meisten und mächtigsten Landeskirchen herrscht die Orthodoxie absolut, und wird eine kleine Mittelpartei und eine noch schwächere liberale Linke nur eben geduldet. In wenigen kleinen Landeskirchen einiger Herzogtümer liegen die Machtverhältnisse gerade umgekehrt, aber mit denselben Wirkungen wie dort: die Gruppe, die herrscht, sucht die andern Gruppen möglichst auszuschließen. Und überall wird immer dieselbe alte Lehre, dasselbe alte Dogma in tausend und abertausend erprobten und approbierten Permutationen wiedergekaut.

Auf katholischer Seite, die wir freilich nicht so gut kennen wie die protestantischen Verhältnisse, steht's nicht viel anders. Auch da im Grunde keine Einheit, wenn auch natürlich keine festabgegrenzten Landeskirchen. Doch werden diese mehr oder weniger völlig ersetzt durch die einzelnen Bistümer, Erz- und Fürstbistümer, die bestehen und alle einzeln von Rom her ressortieren. Allerdings gibt's hier noch die alljährlich mindestens einmal zusammentretende Bischofskonferenz, die weitergehende Beschlüsse zu fassen vermag als die Eisenacher; eine Einheit, auch nur im annähernden Sinne einer einzigen katholischen deutschen Landeskirche stellt aber auch sie nicht dar. Und in Lehre und Glauben herrscht hier natürlich noch viel mehr wie auf evangelischer Seite die eiserne Tradition. Die interessante Bewegung des Modernismus, die darin Wandel und einigermaßen Anschluß an die Gegenwart zu schaffen versuchte, ist soeben mit allen erdenklichen Gewaltmitteln wohl für immer unterdrückt worden.

Nur auf sozialem Gebiet haben die letzten Jahrzehnte hüben wie drüben einiges Neue und damit etwas Leben gebracht. Doch geht sowohl die evangelisch- als die katholisch-soziale Bewegung wieder in durchaus konservativen, das heißt also staats- und kircheerhaltenden Bahnen, auch da, wo äußerlich die Betätigungsweise recht demokratisch anmutet. Neue Bewegung also, aber ganz traditioneller Geist. Erscheinungen wie in der

schweizerischen, holländischen und englischen Kirche, wo ganze Gruppen von Geistlichen und Gemeindegliedern es zu einer kirchlich-sozialistischen und religiös-sozialdemokratischen Bewegung gebracht haben, waren in Deutschland bisher ganz undenkbar und sind es noch immer. Hier werden schon solche Geistliche unbarmherzig gemaßregelt, die auch nur mit einem Schein von Berechtigung in den Verdacht geraten, durch irgendeine im Grunde ganz selbstverständliche, staatsbürgerlich „erlaubte“ Stellungnahme „den sozialdemokratischen Interessen Vorschub geleistet zu haben“. Aus den letzten zwei Jahren sei nur an den Fall des hessischen Pfarrers Korell und des meiningenschen Pastors D. Vogl erinnert.

Es ist nach alledem kein Wunder, daß es bei uns bis heute noch als nahezu undenkbar galt, daß jemand weder einer Landeskirche noch wenigstens einer Sekte angehörte. Der Seltene und Einzelne, der es bisher dennoch einmal riskierte, wurde geradezu als weißer Rabe bestaunt oder verhöhnt oder auch gepiesackt, je nachdem. Leute, die bei öffentlichen Zählungen irgendwelcher Art kein irgendwie bekannteres Glaubensbekenntnis angaben, wurden von den Zählern ausdrücklich darauf angedeutet, oder wohl gar auch ein zweitesmal besucht, um die peinliche Lücke auszufüllen. Geriet bisher ein solcher Glaubens- und Kirchenloser mit irgendeiner Behörde, namentlich einer Polizeibehörde, in Berührung, so brachte er fast regelmäßig den betreffenden Beamten wegen dieses ihm anhaftenden bedenklichen Mangels in nervöse Unruhe oder fassungslose Verlegenheit, mitunter gar zu „pflichtgemäßen“, mehr oder weniger autoritativen Bekehrungsversuchen. Beim Militär pflegt noch heute das arme Huhn, das sein Vater einst zu taufen unterließ, ein Gegenstand besonders lebhaften Interesses für Unteroffiziere wie vor allem den Militärgeistlichen zu sein, der von ihm gewöhnlich nicht eher abläßt, bis es wirklich richtig getauft ist. In Frankreich haben wir soeben die großartige Aktion der völligen Trennung von Staat und Kirche erlebt, in Deutschland sind beide noch so eng miteinander verbunden, daß es geradezu als Selbstverständlichkeit gilt, daß ein Staatsbürger auch zugleich Glied irgendwelcher, womöglich natürlich staatlich anerkannter Religionsgemeinschaft ist.

Dementsprechend sind auch die Schwierigkeiten nicht gering, die jemand heute noch überwinden muß, wenn er wirklich den Schritt des Austritts riskiert. In Preußen z. B. muß er zunächst in einem Schreiben an das ihm zuständige Amtsgericht seine Absicht, auszutreten, erklären. Dieses hat dann die Pflicht, der Kirchengemeinde, der der nunmehr Bescholtene bisher zugehörte, von dieser Absicht Mitteilung zu machen, wohl zu dem Zwecke, damit deren Geistlicher oder Missionar noch einen oder mehrere Bekehrungsversuche an dem Manne anstellen kann. Das pflegt auf die Weise zu geschehen, daß der Betreffende entweder auf das Pfarramt vorgefordert wird oder, wenn er der anmaßlichen Aufforderung nicht folgt, wozu er ja nicht verpflichtet ist, daß er alsdann seinerseits Besuch vom Pfarramt erhält. Ist auch der erfolglos geblieben, so muß er seinen Entschluß, auszutreten, vier Wochen nach seinem Schreiben bei seinem Amtsgericht auch noch persönlich und mündlich wiederholen. Unterläßt er das, so gilt seine schriftliche Ankündigung als verfallen. Erscheint er aber rechtzeitig zu dem Termin, so muß er darauf gefaßt sein, auch da noch — es ist das freilich ein opus supererogatum seitens des betreffenden Gerichtsbeamten — einen Bekehrungsversuch über sich ergehen zu lassen. Ist aber auch der überstanden, so muß er noch 3,80 Mark bezahlen, und nun endlich ist er frei. Wenigstens auf dem Papiere. Denn im sogenannten nervus rerum läßt ihn seine Mutter Kirche

noch immer nicht von sich: er muß sowohl im laufenden, sowie in dem ganzen, dem Austrittsjahr folgenden Jahr noch seine Kirchensteuern zahlen! Also ein gutes Dutzend Dornen, die mit ihren Stacheln den Flüchtigen schmerzlich zu halten versuchen! Seit den letzten drei Jahren ist allerdings in der ganzen Prozedur insofern eine gewisse Erleichterung eingetreten, als nach Erkenntnis des Kammergerichts vom 14. Dezember 1905 ein Vater wenigstens auch gleich für sein minderjähriges Kind den Austritt erklären, vollziehen lassen und — bezahlen darf. Vordem war so etwas überhaupt nicht möglich. Eine Ehefrau aber muß alles Genannte selbständig besorgen. In Sachsen und den übrigen Bundesstaaten bestehen ähnliche Vorschriften. Mitunter steht ein also der Kirche endlich Entronnener aber auch noch recht viel später unter ihrem bedenklichen Druck. Unter Umständen gar noch als Leiche, wenn er das Unglück hat, an einem Orte zu sterben, wo der Friedhof der Kirchengemeinde, nicht der weltlichen Gemeinde gehört: da kann es noch viel Geld und manche Weiterungen kosten, um dem Toten seinen Ruheplatz zu schaffen.

Trotz all dieser aufgerichteten Schranken aber ist dennoch der Kirchenaustritt niemals, auch in den letzten Jahrzehnten nicht, ganz zu verhindern gewesen. Freilich ist er in den allermeisten Fällen erfolgt, nur um in eine andere Kirchen- oder Sektengemeinschaft überzutreten. Es ist also weniger ein Kirchenaustritt als ein Kirchen- und Glaubenswechsel gewesen. Und auch daran zeigt sich wieder der konservierende Geist unseres deutschen Glaubenswesens: Kirchenaustritt bisher nur möglich und auch gesellschaftlich wie staatlich tolerabel nur unter Voraussetzung des sofortigen Übertritts in ein anderes kirchliches Gehege. Der letzte Anlaß zu diesen Aus- und Übertritten ist übrigens in der Mehrzahl der Fälle durchaus nicht religiöser, sondern eigentlich wirtschaftlicher Natur. Unsere modernen Produktionsverhältnisse wirbeln die Menschen zu Hunderttausenden immerfort durcheinander. Die Freizügigkeit ist nur der rechtliche Ausdruck dieser durch den Zwang der wirtschaftlichen Verhältnisse erzeugten Tatsache. Es gibt infolgedessen kaum mehr eine Familie in Deutschland, die mit allen ihren Gliedern noch an derselben Stelle sitzt wie ihre Vorfahren. Die Kinder aller Orten, aller Provinzen, aller Staaten wohnen heute durcheinander und beieinander. Also auch die Angehörigen aller Kirchengemeinschaften. Daher die nun freilich schon nicht mehr auffällige Tatsache des Eindringens katholischen Kirchentums in bisher rein protestantische Gegenden und umgekehrt. Was scheinbar der Ausdruck und die Wirkung einer neuerwachten Lebenskraft der Kirchen ist, ist also in Wahrheit nur eine Folge der Freizügigkeit. Selbst die bekannte Los-von-Rom-Bewegung in Österreich hat hierin wenigstens teilweise ihre Ursachen: Eine starke Vermehrung der Mischehen ist die weitere selbstverständliche Folge davon, und eben daraus ergibt sich dann wieder ein großer Teil der bisherigen Kirchenaus- und Übertritte. Mindestens zur guten Hälfte sind es Ehegatten, die in dem Augenblick, wo sie in den Stand der Ehe treten, zugleich in die kirchliche Gemeinschaft der andern, bessern Hälfte hinüberwechseln. Das heißt aber eben, daß letztlich wirtschaftliche und soziale, nicht religiöse Gründe den Anlaß des Übertrittes aus einer in die andre Kirche bilden.

Ebenso liegt's dann bei der anderen Unterart der bisherigen Kirchenaustritte, bei derjenigen, die mit einem Übertritt zu irgend einer der vielen, meist aus dem Auslande bei uns importierten Sekten endigen. Es sind fast nur Angehörige der arbeitenden Klassen, die das Menschenmaterial für diese Sekten stellen. Die letzteren sitzen durchschnittlich da, wo die Entwicklung

der wirtschaftlichen Verhältnisse noch am weitesten zurück ist, namentlich in den Gegenden der Heimarbeit. Je mehr irgendwo Heimarbeit mit ihrer meist chronischen Unterernährung und ihrer Hoffnungslosigkeit gegenüber dem Leben herrscht, desto dichter auch das Netz der Sekten. Not und Verzweiflung treibt gewöhnlich die Armen ihnen zu. Weder vom Staate noch auch von der mit ihm eng verknoteten Landeskirche erwarten sie mehr irgendwelche Rettung, nicht einmal mehr einen Trost. In dem religiösen Betriebe der landeskirchlichen Gemeinden, deren sicherste Stützen ja fast überall gerade die Besitzenden sind, sehen sie vielmehr nur noch eine große Unwahrhaftigkeit. Zur Beteiligung aber am wirtschaftlichen und politischen Klassenkampf, wie ihn ihre noch lebensstärkeren Brüder und Schwestern durch ihren Anschluß an die Sozialdemokratie und an die Gewerkschaften führen, fühlen sie sich meist schon zu schwach; so flüchten sie in diese Sektengemeinschaften, die alle einen mehr oder weniger ausgeprägten chiliastischen und ekstatischen Anstrich haben. Hier finden sie wenigstens stimmungsmäßig, in Erwartung einer ewigen Zukunft das, was ihnen das harte, niedertretende Leben in der Gegenwart so fürchterlich versagt: Selbstbejahung und Glücksgewißheit. Ein Teil von diesen Sektenmitgliedern ist allerdings hier und da auch noch Mitläufer der sozialdemokratischen Bewegung und erfüllt wenigstens bei Wahlen seine Pflicht. Aber ihr Innerstes, ihr Herz gehört ihrer Sektengemeinschaft und deren Lehre. Auch dieser Übertritt hat also seine letzte Ursache in unsern modernen Produktionsverhältnissen und deren Begleiterscheinungen.

Über diese so gearteten Aus- und Übertritte ist übrigens kürzlich die Statistik für das Königreich Sachsen und das Jahr 1907 erschienen. Sie sei, nur zur Illustrierung, hier in der Hauptsache mitgeteilt. Darnach sind in Sachsen im genannten Jahre im ganzen 1304 Aus- und 1206 Eintritte in die evangelische Landeskirche erfolgt. Die meisten Ausgetretenen wandten sich den Sekten, insbesondere den Methodisten und neapostolischen Gemeinden, zu, die namentlich in der Sächsischen Lausitz, dem Sächsischen Erzgebirge und dem Vogtlande sitzen. Zur römisch-katholischen Kirche traten nur 47 Personen über, dagegen aus der römisch-katholischen zur evangelisch-lutherischen 985. Zu den sogenannten Deutschkatholiken, auch freireligiöse Gemeinden genannt und unter diesem Namen besonders in Norddeutschland bekannter, schwenkten 265 über. Ganz religionslos wurden schließlich 219.

Die letzten zwei Zahlen repräsentieren nun schon ein Stück Wirkung derjenigen Kirchenaustrittsbewegung, die uns in diesem Zusammenhang besonders interessiert. Diese ist allerdings noch sehr jung, hat sehr zaghaft eingesetzt, auch heute noch gerade keine Massenerfolge erzielt, ist aber doch schon in einem Stadium, das ihren unaufhaltsamen Fortgang und immer stärkere Anschwellung mit Sicherheit erwarten läßt. Sie unterscheidet sich von der bisher charakterisierten Austrittsbewegung vor allem in dem einen wichtigen Punkte, daß hier der Austritt nicht vollzogen wird, nur um zu einer andern religiösen Gemeinschaft überzugehen, sondern um dauernd außerhalb aller Religionsverbände zu bleiben. Auch die soeben genannten deutschkatholischen oder freireligiösen Gemeinden haben im Grunde gar nichts mehr mit den Dingen, Gedankengängen und Zeremonien zu tun, unter deren Komplex man das zu begreifen pflegt, was man gemeinhin Religion und Kirche nennt. Im Gegenteil, jene Gemeinschaften könnte man viel eher als Organisationen zur Pflege bewußter Religionslosigkeit bezeichnen: denn sie wollen alle aus den Landeskirchen und Landessekten Ausgetretenen

um sich sammeln, die das Bedürfnis fühlen, sich auch zukünftig gelegentlich mit Fragen philosophischer und naturwissenschaftlicher Art und mit moderner Weltanschauung jenseits allen religiösen Einschlags gemeinschaftlich zu beschäftigen, und sie verbinden diese Beschäftigung mit Feiern rein weltlicher Art, bei denen selbst Tanzvergügungen nicht ausgeschlossen sind.

Ein weiteres neues Charakteristikum dieser neusten Kirchengaustrittsbewegung ist sodann dies, daß sie ausschließlich von Arbeitern getragen wird. Nur einmal ist in den letzten Jahren in „gebildeten“ Kreisen ein Versuch gemacht worden, auch diese in eine ähnliche Bewegung hineinzureißen. Es geschah im Januar 1906 durch ein halbes Dutzend Leipziger Studenten, die erst selbst aus ihren Kirchen ausgeschieden waren und darauf einen sehr tapferen Aufruf an Professoren und Studenten erließen, sich ebenfalls von der Kirche loszumachen. Unseres Wissens ist der Aufruf aber total verpufft. Nicht die geringste Wirkung hat er erzeugt. Die Zahl der gut bürgerlichen Leute, die seit Beginn des neuen Jahrhunderts aus der Kirche ausgeschieden sind, ist wohl in ganz Deutschland an den Fingern aufzuzählen. Im übrigen vollzog sich bisher der Kirchengaustritt ohne nachfolgenden Neueintritt durchaus innerhalb der modernen Arbeiterkreise.

Und hier sind es wieder nur oder fast nur sozialdemokratische Arbeiter, die also verfahren. Von einem Kirchengaustritt politisch anders gesinnter Arbeiter ist ebenfalls noch nie etwas an die Öffentlichkeit gedrungen. Damit ist aber an der Bewegung noch ein drittes Charakteristikum festgestellt.

Aus letzterem hat man nun gefolgert, daß damit die ganze sozialdemokratische Partei endlich ihre religiöse Maske vom Gesicht genommen und ihr wahres religionsfeindliches Innere enthüllt habe. Diese Folgerung ist aber grundfalsch. Es ist nicht und nirgends die Partei, die hinter dieser Bewegung steht, sondern einzelne Parteigenossen, die für diese Fragen und Angelegenheiten besonders interessiert sind. Und die das Recht für ihr Vorgehen und Verhalten gerade aus dem bekannten Programmpunkt der Partei folgern, der die Erklärung der Religion zur Privatsache fordert. Denn dieser Satz ist die praktische Formulierung des Grundsatzes absolutester und allseitigster Toleranz. Wie nach ihm dem Religiösen der Ausdruck seiner religiösen Gesinnung innerhalb der Partei frei ist, so muß in der Tat auch dem Unreligiösen der Ausdruck seiner irreligiösen Gesinnung gestattet sein. Die Partei selbst hat bisher peinlich diese Toleranz zu bewähren gesucht. Wo hier und da lokale Parteiorganisationen von jenem Programmgrundsatz einmal abgewichen sind, sind sie im Betretungsfalle deshalb stets schließlich gerügt worden. Nun kann man sich ja trotzdem auf den Standpunkt stellen und sagen, daß in den Programmen aller Parteien vieles steht, was nicht gehalten wird, und daß auch jener sozialdemokratische Grundsatz im Grunde nur als ein Deckmantel da sei, damit unter seinem Schutze gerade das Gegenteil dessen heimlich geschehen könne, was er öffentlich ausdrücke. Aber eine ganz kurze Überlegung widerlegt auch das sofort. Die Sozialdemokratie kann zu ihren Zielen nur gelangen, wenn sie politische Macht hat. Macht schafft heutzutage die Masse. Nur wenn sie Massen hinter sich hat, hat also auch die Sozialdemokratie Macht; je mehr Masse hinter ihr steht, über desto mehr Macht verfügt sie. Immer mehr Massen zu ihrer politischen Anschauung und in ihre Gefolgschaft zu bringen, muß deshalb stets ihr oberstes Ziel sein. Und sie muß diese Massen nehmen, wo immer sie ihr herkommen. Sie darf deshalb vor allem keine religiösen Schranken aufrichten; sie muß also stets zufrieden sein, wenn sie immer neue Leute

politisch und wirtschaftlich schulen kann. Selbstinteresse also, das lebhafteste aller Interessen in der Welt, gebietet der Sozialdemokratie, ihrerseits mit dem Grundsatz religiöser Toleranz durchaus Ernst zu machen. In der Gegenwart sogar noch mehr als in der Vergangenheit. Denn heutzutage ist die Partei fast nur noch auf Rekrutierungsbezirke angewiesen, in denen meist noch ein mehr oder weniger starkes religiöses Interesse herrscht. Es ist deshalb auch nicht auffällig, daß innerhalb der Sozialdemokratie jetzt mehr wie früher der Satz gehört und verfochten wird: ein Christ könne nicht nur, er müsse heutzutage sogar Sozialdemokrat sein. Auch diese Erscheinung ist der Ausdruck dafür, daß es die Partei heutzutage ganz anders mit noch religiös Interessierten zu tun hat als früher. Übrigens ist auch die Betonung dieses Satzes nicht bloß taktisch klug, sondern auch sachlich richtig. Als letzter Inhalt des Christentums bleibt noch immer der Spruch, den schon Jesus zitiert haben soll: Du sollst Gott lieben von ganzem Herzen und deinen Nächsten wie dich selbst. Diese Nächstenliebe führt aber im Zeitalter der Maschine und des allgemeinen Wahlrechts, klar durchgedacht, zum Sozialismus. Vor allem einen Arbeiter, der seine Interessen allmählich unverschleiert zu sehn beginnt. Ihm wird die christliche Bruderliebe ganz selbstverständlich zur modernen Solidarität werden, und die urchristliche Gleichstellung von Mann und Weib, von Herrn und Sklaven, von Volksgenossen und Volksfremden zu den sozialistischen Grundsätzen der Emanzipation der Frau, der Internationalität, der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Womit das eigentliche religiöse Zentrum, Gottesglaube und Gottesliebe, noch durchaus nicht irritiert ist. Allerdings ist jener Satz: Christ gleich Sozialdemokrat, so noch nicht vollständig. Er bedarf noch einer Ergänzung. Und in dieser Ergänzung würde er etwa lauten: Ein Christ muß zwar Sozialdemokrat sein, aber ein Sozialdemokrat braucht nicht zugleich Christ sein. Denn der Sozialdemokratie treten eben nicht nur Christen, sondern auch Juden, Mohammedaner, Buddhisten und Heiden bei. Auch diese Tatsache ist Beweis dafür, daß diese, mag sie nun wollen oder nicht, strenge religiöse Toleranz üben muß. Sie kann schlechterdings nicht eine Gruppe ihrer Anhänger um ihrer religiösen Stellung willen vor andern Gruppen bevorzugen. Damit aber scheidet die sozialdemokratische Partei als Ganzes aus dieser ganzen Betrachtung über die Ursachen der neuen Kirchenaustrittsbewegung aus.

Die erste und entscheidende Ursache ist vielmehr die allgemeine geistige Umwälzung, die sich heute vor aller Augen und an Millionen von Menschen, Angehörigen aller Klassen und Schichten, vollzieht. Sie besteht bekanntermaßen in der immer bewußteren und gründlicheren Aneignung der modernen, auf den Ergebnissen der naturwissenschaftlichen Forschung ruhenden Weltanschauung. An diesem geistigen Umwälzungs- und Aneignungsprozeß nehmen nun auch schon sehr viele sozialistische Arbeiter immer intensiver teil. Allerdings ist es für sie wieder die Sozialdemokratie, die in erster Linie ihnen die Kenntnis der neuen Weltanschauung vermittelt oder wenigstens ihnen Gelegenheit bietet, sich mit ihr vertraut zu machen. Dasselbe Programm, das den Satz von der Erklärung der Religion zur Privatsache enthält, ist, mitsamt diesem Satze, selber erst aus dem Boden dieser Weltanschauung herausgewachsen. Auch sein Grundgedanke ist der der Entwicklung. Und alle sozialistischen Forderungen mitsamt dem vielbeschriebenen Endziel sind nichts anderes als der kühne und aussichtsreiche Versuch, das Prinzip der Entwicklung auch auf das Gebiet des

Zusammenlebens der Menschen konsequent zu übertragen. Insofern bedeutet der Sozialismus für die Gesellschaft dasselbe, was die moderne Technik für die Industrie, die exakte Forschungsmethode für die gesamte heutige Wissenschaft ist. Je lebendiger also ein sozialdemokratischer Arbeiter nicht bloß an dem politischen, sondern auch geistigen Leben seiner Partei teilnimmt, je ernsthafter er in die ganze Gedankenwelt des Parteiprogramms hineinwächst, desto mehr erfüllt er sich auch mit der geistigen Luft der modernen Weltanschauung, die es atmet. Und so geraten denn auch wirklich immer von neuem unzählige Proletarier (gleich wie auf anderen Wegen viele Bürgerliche) in immer stärkeren und schärferen Gegensatz zu der überlieferten alten Weltanschauung. Die aber hat heute ihren stärksten Halt noch in der christlichen Glaubenslehre und deren Dogmen. In ihnen ist sie, wie das Harnack schon vor Jahrzehnten für alle Zeiten überzeugend nachgewiesen, mit der eigentlichen religiösen Lehre des Urchristentums aufs engste verschmolzen, so eng, daß eine Trennung ihrer beiden Bestandteile überhaupt nicht mehr möglich erscheint. Deshalb verzichtet auch die kirchliche Orthodoxie längst mit klugem Instinkt und klarer Konsequenz auf jeden Modernisierungsversuch des Christentums, hat vielmehr mit der Verteidigung der Kirche auch den Verteidigungs- und Verzweiflungskampf der alten gegen die neue Weltanschauung aufgenommen. Dagegen macht der Liberalismus in neuerer Zeit allerhand Versuche, jene jahrtausendalte Verbindung wieder zu trennen und, was man als eigentliche christliche Religion versteht, mit der modernen Weltanschauung zu vereinigen. Aber bis heute hat sich das noch stets als eine Unmöglichkeit erwiesen. Was bisher dabei herauskam, war nichts wie ein ganz lebensunfähiger Kompromiß. Und es besteht keine Aussicht, daß jemals mehr dabei herauskommen könnte. Christlicher Glaube und antike Weltanschauung sind eben miteinander verbunden nicht wie zwei verschiedene Körper, sondern etwa wie Körper und Geist. Die Beseitigung des einen ist der sichere Tod des andern. Schließlich muß daher das Christentum einmal untergehen, wenn die alte Weltanschauung in der heutigen Menschheit ganz wurzellos geworden ist. Der Sozialdemokrat aber, der über den Weg des Programms seiner Partei zur modernen Weltanschauung gelangte, kommt damit schon heute, wie jeder andere auf anderem Wege auch, zum Bruch mit der alten Weltanschauung, die mit der der Kirche und des Christentums heutzutage identisch ist. Und so ist der Bruch mit dieser auch ein Bruch mit ihm.

Dazu kommt dann noch ein zweiter Grund. Das ist die politisch und wirtschaftlich reaktionäre Praxis der heutigen Kirche. Über sie noch ein Wort des Beweises zu verlieren, ist überflüssig. Wie die christliche Weltanschauung mit der antiken, so ist die politische und wirtschaftliche Haltung der „Herren der Kirche“ (früher nannte man sie ihre „Diener“) identisch mit Geist und Interessenstandpunkt der herrschenden Schichten im Staate. Die Kirche ist zur Klassenkirche geworden, wie der Staat ein Klassenstaat ist. Auch das erlebt der Sozialdemokrat, der für die Ideen und Forderungen seiner Partei handelnd eintritt. Je mutiger er kämpft, desto mehr. Je isolierter er steht, desto fühlbarer. Auch der Sozialdemokrat, der aus Christentum zu seiner sozialistischen Überzeugung kam, erlebt das früher oder später. Namentlich draußen in den kleinen Städten und auf den Dörfern. Dort isolieren, boykottieren, drangsalieren ihn und die Seinen die kirchlichen Kreise meistens nicht weniger wie die politisch herr-

schenden. Sozialdemokratie und sozialistisch betätigtes Christentum gerät also auch in der Praxis des täglichen Lebens durchaus in Konflikt mit Kirche und kirchlichem Christentum. Schließlich führt keine haltbare Brücke mehr herüber und hinüber. Und der Bruch wird auch unter diesem Gesichtspunkte eine einfache und selbstverständliche Notwendigkeit.

Tatsächlich ist er auch von hunderttausend Arbeitern schon vollzogen. Die Klagen der Kirche über die Glaubenslosigkeit der Massen beweisen das seit lange. Nur eins fehlte noch: die öffentliche und letzte Konsequenz dieser vorhandenen Tatsache in Form des ausdrücklichen Kirchenaustritts. Sie wurde von Ungezählten bisher aus vielerlei Gründen unterlassen. Rücksichten auf alte Verwandte, die Scheu vor etwaiger Ausnahmebehandlung der Kinder in der Schule, die Angst der Frau vor dem religiösen Nichts, die Macht der Gewohnheit und vor allem eine bereits so hoch entwickelte Gleichgültigkeit gegen Kirche und Religion, daß man nicht einmal den Austritt aus ihr für noch der Mühe wert hielt, sind solche Gründe. Aber es ist klar, daß es bei dieser Situation schließlich nur noch einiger Tropfen bedurfte, um das Faß zum Überlaufen und die neue Austrittsbewegung in Fluß zu bringen.

Diese Anlässe haben sich nun seit etwa drei Jahren eingestellt und wirken. Sie sind, was bei der ganzen Lage der Dinge nun schon selbstverständlich ist, durchaus nicht mehr religiöser, nur höchstens kirchenpolitischer, meist aber rein politischer Natur. Den ersten Anstoß gab das neue preußische Volksschulgesetz, das im Winter 1905/1906 heiß umstritten war, und dann im Frühsommer 1906 auch zur Annahme gelangte. Sein Zweck war, wie erinnerlich, ein doppelter. Einmal die Einschränkung des Einflusses der Gemeindeverwaltungen auf die Schule: erstere sollten nur mehr die Lasten aufzubringen haben; und zweitens die stärkere Auslieferung der Volksschule an die Kirche: die Simultanschulen sollten ganz verschwinden, der konfessionelle Religionsunterricht, in erweitertem Umfange, ganz herrschend werden. Im Kampfe gegen das Gesetz erwiesen sich die sozialistischen Arbeitermassen jedoch als noch viel zu schwach, um es zu beseitigen; das Bürgertum aber, das noch Ende der achtziger Jahre einen gleichen Entwurf des damaligen Kultusministers von Zedlitz durch einen Entrüstungsturm weggefeht, kämpfte diesmal, mit Ausnahme weniger kleiner Gruppen, nicht mehr mit. So wandte sich der Stoß vieler Arbeiter schließlich anstatt gegen den Staat gegen die allerdings auch bei dieser Gelegenheit mit ihm verbundenen Kirchen: konnte man jenen nicht treffen, so wollte man doch diese treffen. Konnte man das Gesetz, das die Schule der Kirche noch mehr als bisher überlieferte, nicht beseitigen, so wollte man doch wenigstens sich und womöglich auch seine Kinder dem Einfluß einer Kirche entziehen, mit der man ohnehin fertig war und nichts mehr gemeinsam hatte wie den Namen eines Christen. Dann kam, zwei Jahre darnach, im Winter 1907/1908 der Kampf der preußischen Arbeiter gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht. Auch dieser Kampf war, was die Kräfteverteilung anlangte, ein sehr ungleicher; auch in ihm waren die sozialistischen Massen wieder ziemlich isoliert, die Kampfmittel äußerst beschränkt. Zeitungsartikel, Versammlungen, Petitionen und Flugblätter, alle diese Mittel erwiesen sich als wenig wirkungsvoll, weil schon zu sehr gebraucht; Streiks waren, schon wegen der im Hereinbrechen begriffenen wirtschaftlichen Depression, von vornherein ausgeschlossen. So blieb die Straßendemonstration als neues Hauptkampfmittel. Und daneben wiederholte man

auch hier den Vorstoß gegen die Kirchen, indem wieder viele aus ihnen austraten. Der Gedankengang dabei war der, daß man wenigstens indirekt den gegenwärtigen Staat schwächte, indem man seine Kumpaninnen, die Kirchen, angriff. Und zum drittenmal hat sich, nun schon fast selbsttätig, die Austrittsbewegung mit dem Herbst 1908 erneuert. Anlaß war diesmal gerade umgekehrt der erste im preußischen Wahlrechtskampf errungene größere Erfolg der Arbeiterpartei, der Eintritt von sieben sozialdemokratischen Vertretern in das preußische Abgeordnetenhaus. Der Zufall hat es gefügt, daß die Session dort mit der Beratung eines neuen Besoldungsgesetzes für die Geistlichkeit begann, deren Gehälter dabei neu geregelt und nicht unbeträchtlich erhöht werden sollten. Das führte die sozialdemokratischen Abgeordneten dazu, die Vorlage zu bekämpfen, einmal weil ganz andere Kreise hilfsbedürftig seien, als gerade die Geistlichkeit, und zweitens weil, wenn doch eine Regulierung stattfinden müsse, sie auf dem Wege des allgemeinen Ausgleichs der bisher stark differierenden Geistlichengehälter erfolgen könne. Dabei kam es zu dem Versuch einer Aufrollung des ganzen Problems von Kirche und Staat, Religion und Gesellschaft, der aber sehr bald durch den Präsidenten Kröcher brüsk beendet wurde. Die Folge war eine neue Erregung der Massen, die nun abermals mit Kirchenaustritten antworteten. Diese Erregung hat sich noch immer nicht gelegt und wird durch die drohende, teilweise auch schon vollzogene Erhöhung der Kirchensteuern und ihre Ausdehnung auch auf bisher davon Befreite von neuem geschürt. Auch diese Steuererhöhung hängt mit der besseren Besoldung der Geistlichen zusammen und hält natürlich, besonders in dieser Zeit der hohen Zölle, der Arbeitslosigkeit und der drohenden Finanzreform, die Aufregung wach. Außerdem ist die Kirche auch noch der merkwürdigen Auffassung, daß der immer mehr anschwellenden Glaubenslosigkeit der Massen am ehesten durch Erbauung neuer Kirchen zu begegnen sei. Dies aber kostet wieder viel Geld und führt abermals zu Steuererhöhungen, die nun nur noch mehr böses Blut machen und allmählich auch bisher gleichgültig Gebliebene in Bewegung bringen.

Was ist nun bisher der zahlenmäßige Erfolg dieser ganzen neuen Kirchenaustrittsbewegung seit 1905 gewesen? Eine erschöpfende Antwort darauf zu geben, ist ganz unmöglich. Das statistische Material darüber ist unsereinem gänzlich unerschöpfbar, vielleicht überhaupt noch nicht zusammengearbeitet. Man kann also, wie zur Illustrierung, nur Einzelzahlen, die die Zeitungen aus Synodalberichten brachten, hierher setzen. In Köln am Rhein traten darnach im Frühjahr 1906 im ganzen 421 Personen aus, in Kiel gegen 150, in Breslau etwa 200, in Halle a. S. 2—300. Beachtliche Austritte wiesen damals auch Orte wie Brandenburg a. H., Rathenow, Fürstenwalde a. Spree auf. Leipzig hatte damals etwa 150, ganz Sachsen 1907, wie wir schon sahen, 484 solcher Fälle. In Berlin zählte man im Synodalbezirk I allein für das Frühjahr 1906 schon 458 Austritte, gegen 70 in 1902, 74 in 1903, 104 in 1904, 254 in 1905. In Kreis II waren es in den ersten paar Monaten 1906 auch schon über 300, in Kreis III gar schon 680. Auch in den Vorortgemeinden blieb es damals nicht ruhig; ein so ausschließlicher Villenvorort wie Zehlendorf zählte allein damals 30—40 Neuausgetretene. Im ganzen soll für Berlin und 1906 die Zahl der Austritte 3766, für ganz Preußen nach dem Protestantenblatt rund 12000 betragen haben. Seitdem ist es mit der Veröffentlichung von Zahlen allerdings ziemlich still geworden. Aber durchaus nicht, wie wir sahen, mit der Bewegung selbst. Nach persönlichen Berichten haben die Kirchenaustritte

z. B. noch im Dezember des abgelaufenen Jahres allein in Berlin geradezu zu einem Massensturm auf die Amtsgerichte geführt. Mehrere Gerichte sollen Beamte eigens zum Zweck der Erledigung solcher Austrittserklärungen neu eingestellt haben. Auf dem Amtsgerichte Berlin-Wedding herrschte speziell am 23. Dezember, wie der „Vorwärts“ berichtet, ein solcher Andrang, daß diejenigen, die ihre Willenserklärung zum Austritt zu Protokoll geben wollten, stundenlang auf ihre Abfertigung warten mußten, obwohl der Beamte flott arbeitete. Dabei soll die Mehrzahl der Erklärungen auch noch schriftlich eingehen. Ein so alter pastoraler Praktiker wie Stöcker hat noch vor nicht zu langer Zeit seine Amtsbrüder dringend davor gewarnt, die gegenwärtige Bewegung zu unterschätzen. Sie habe einen durchaus andern Charakter wie frühere Austritte, die vereinzelt erfolgt seien. Es komme jetzt vor, daß gleich ein Meister mit 17 oder 18 Gesellen austrete oder gleich ein ganzes Haus von Familien den Austritt erkläre. Auch die psychologische Situation sei eine andere als früher; früher hätten die Stadtmissionare bei ihren Familienbesuchen noch Erfolg gehabt, jetzt aber stießen sie auf Wut, Haß und Erbitterung; das heißt also, unstöckerisch gesprochen, auf strikte und bewußte Ablehnung. Der kirchliche Rundschauer im „Tag“, ein Pastor Kühn, beziffert am 13. Dezember die Zahl der Austritte allein für Berlin und 1908 auf „mindestens 10 000“!

Und nun das Schlußurteil über die ganze Sache. Zunächst muß zugestanden werden, daß die Bewegung auch heute noch keine eigentliche Massenbewegung im Großen ist, und durchaus noch nicht das ganze Land ergriffen hat. Vielmehr sitzt sie zunächst noch in den großen Industrieorten und deren nächster Umgebung, hauptsächlich aber in Groß-Berlin. Sie ist eine noch durchaus norddeutsche Angelegenheit. Die protestantischen Kirchen sind von ihr bisher sehr viel mehr heimgesucht als die katholische, die darum heute noch recht spöttisch und souverän ihr gegenübersteht. Es ist auch nicht anzunehmen, daß die Bewegung schon in der nächsten Zeit sich zu einer wirklich großen Massenbewegung auswächst. Wenigstens müßten dann ganz außergewöhnliche Umstände eintreten. Es erscheint also auch der Bestand der Kirchen noch auf eine lange Zeit hinaus durch sie nicht im geringsten gefährdet. Andererseits ist jedoch auch nicht anzunehmen, daß die Bewegung wieder ganz einschläft. Selbst Stöcker bestätigt uns diese Annahme durch seinen Hinweis auf die jetzige „gänzlich gegen früher veränderte psychologische Situation“. Dieser Hinweis deckt sich sachlich mit dem, was wir vorher über die Gründe zu dieser Austrittsbewegung angeführt haben. Da diese Gründe auch in Zukunft weiter wirksam sein müssen, so wird auch in Zukunft mit dieser Bewegung als mit einer dauernden Größe zu rechnen sein. Sie wird eines schönen Tages auch in die Provinzen hinausgedrungen sein. In den großen Städten aber werden dann schon größere Massen sitzen, die keine Religion und vor allem auch keine Kirche mehr haben. Damit ist für die religiöse und kirchliche Struktur Deutschlands zum erstenmal eine ganz neue Situation geschaffen: nun gibt es auch in Deutschland Menschen, die offen außerhalb des Schattens jeder Kirche leben und doch Gleichberechtigung in jeder Beziehung beanspruchen. Die Trennung des Staats von der Kirche, wie sie Frankreich konsequent von oben her durchgeführt hat, beginnt sich damit in Deutschland von unten her, in Form der Trennung einer an Zahl stetig wachsenden Gruppe von Staatsbürgern von der Kirche zu vollziehen. Auch die Volksschule wird sehr bald eine Wirkung der neuen

Situation verspüren. Je stärker jene Gruppe werden wird, desto zahlreicher auch die Schar ihrer Kinder, die ungetauft bleiben. Bisher hat man mit solch ungetauften Schülern, weil sie ganz vereinzelt waren, wenig Federlesens gemacht. Man hat sie kurzerhand gezwungen, am offiziellen Religionsunterricht teilzunehmen. Diese Barbarei wird, wenn es erst in jeder Klasse ihrer ein halbes oder ganzes Dutzend gibt, nicht mehr lange aufrechtzuerhalten sein. Denn dann wird sie vor aller Öffentlichkeit als eine Un-erträglichkeit empfunden werden. Auch die Bestrebungen der Bremer Lehrer auf gänzliche Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Schule, die heute noch ganz isoliert sind, werden dann bald ein stärkeres Echo finden. Selbst die Religion, soweit sie in Zukunft noch lebensfähig ist, wird durch die Austrittsbewegung gewinnen. Denn sie wird dann endlich imstande sein, sich auf sich selbst zu besinnen und sich für die Minderheit der Menschen, für die sie in Zukunft noch ein Lebensbedürfnis bildet, so gänzlich zu erneuern, daß sie für diese ohne Opfer des Intellekts und Willens wieder annehmbar sein wird.



DR. J. UNOLD, MÜNCHEN: MONISMUS UND MATERIALISMUS.



NOCH immer wird der neuere, auf der Entwicklungslehre beruhende Monismus mit dem von der Philosophie und Naturwissenschaft mehr und mehr „überwundenen“ Materialismus gleichgestellt oder verwechselt. Und doch sind beide Welt- und Lebensauffassungen ihrem Ursprung und ihrem Wesen nach in theoretischer wie praktischer Hinsicht vielfach verschieden, so daß nur Unkenntnis oder absichtliches Mißverstehen die tiefgehenden Unterschiede übersehen kann.

1. Was den Ursprung beider Welt- und Lebensanschauungen betrifft, so gehen beide von der Naturwissenschaft aus; der Materialismus von der anorganischen, der Monismus von der organischen, der erste ist wesentlich kosmologischen, der zweite biologischen Ursprungs. Zu allen Zeiten, in welchen die Naturerkenntnis erhebliche Fortschritte machte, begnügte man sich nicht mit der Anwendung der gewonnenen Erfahrungen zu technischen Leistungen und zur Förderung des wirtschaftlichen Lebens, sondern es erwachte zugleich der Drang, die gewonnenen tieferen Einblicke in das Wesen und die Kräfte der Natur zur Ausgestaltung einer natürlichen Welt- und Lebensanschauung zu verwenden.

Da ergab sich dann infolge psychischer Kontrastwirkung gegenüber dem früher herrschenden religiösen Spiritualismus oder Supranaturalismus

als nächstliegende Anschauung der Materialismus. So geschah es schon im griechischen Altertum, wo Demokrit, im römischen, wo Lukrez im scharfen Gegensatz zur überlieferten Religion die Grundzüge des Materialismus entwarfen, im 17. Jahrhundert unserer Zeitrechnung, wo Gassendi und Hobbes auf die großen Leistungen der Astronomie und Physik hin den neueren Materialismus ausbildeten, im 18., wo dieser in Frankreich durch La Mettrie, Holbach und Helvetius seinen Höhepunkt erreichte, und im 19., wo in Deutschland nach dem Niedergang der großartigen idealistischen Philosophie und mit dem gewaltigen Fortschritt von Physik und Chemie der populäre Materialismus eines Vogt, Moleschott und Büchner sich ausgestaltete. Dieser fand, durch den Zeitgeist begünstigt, sofort die weiteste Verbreitung besonders in ärztlichen Kreisen, im industriellen und kaufmännischen Bürgertum und bei den sozialdemokratischen Arbeitermassen.

Der neuere Monismus dagegen hat seinen Ursprung in den großartigen Leistungen der Biologie besonders seit Darwin und in der durch diesen und seinen Landsmann Herbert Spencer ausgebildeten naturwissenschaftlichen*) Entwicklungslehre oder Deszendenztheorie. Zwar wurde unter der Herrschaft des materialistischen Zeitgeistes anfangs diese Entwicklungslehre für den Materialismus nutzbar gemacht, ja sie wurde in Form des „Darwinismus im engeren Sinn“ als eine neue Stütze des mechanistischen Materialismus betrachtet. Aber bald führte das eingehende Studium der vergleichenden Entwicklungsgeschichte und namentlich das der Protozoen durch die unbestreitbare Tatsache der organischen Zweckmäßigkeiten und der „aktiven“ Anpassung vom Materialismus weg zum Monismus, der sich auch

2. seinem Wesen nach bedeutend vom ersteren unterscheidet.

Als das Wesentliche an der materialistischen Welt- und Lebensauffassung lassen sich drei Sätze hervorheben:

Die Welt, d. h. die Gesamtnatur (einschließlich des sogenannten „Geistigen“) besteht nur aus Stoffen und Kräften. Alle Vorgänge in der Natur beruhen auf den Bewegungen von Atomen, sind physikalisch-chemische Prozesse. Alles Geschehen geht nach den Gesetzen der mechanischen Kausalität vor sich, d. h. es herrscht überall strengste Notwendigkeit, wobei die Wirkungen stets den Ursachen adäquat sind.

Diese mechanisch-materialistische Weltanschauung erwies sich nun als außerordentlich fruchtbar auf den Gebieten physikalischer und chemischer Forschung und ihrer technischen Anwendung; allein indem sie ihre Unzulänglichkeit bei der Erklärung der Vorgänge schon des organischen, noch mehr aber des psychischen und sozialen Lebens verkannte, ja der Einheit des Prinzips zuliebe die organischen, psychischen und sozialen oder geschichtlichen Erscheinungen in ihre Methode einzupressen versuchte, wurde sie zum starren Dogmatismus. Aus diesem seinem dogmatischen Schlummer wurde der Materialismus Ende der 70er Jahre geweckt durch Du Bois Reymond und durch Fr. A. Lange. Seitdem wurde seine Alleinherrschaft nicht nur im Gebiet des bewußten und geschichtlichen Lebens abgelehnt, sondern auch in der Biologie, sowie in Physik und Chemie, besonders durch die energetische Weltanschauung Ostwalds und durch die Elektronentheorie erheblich er-

*) Im Unterschied von der historischen eines Herder und von der philosophischen eines Hegel.

schüttert und so die Bahn für den neueren Monismus, sowohl den psychischen als auch den „kritischen“, freigemacht*).

Dieser unterscheidet sich nun seinem Wesen nach vom Materialismus darin, daß er, beruhend auf der neueren Biologie, namentlich auf der Entwicklungslehre, den Hauptnachdruck auf die „Einheitlichkeit alles Lebendigen“ legt und dadurch wertvolle Gesetze und Gesichtspunkte für die Beurteilung des geistigen und des sozialen Lebens gewinnt. Dies mußte sich besonders in den praktischen Folgerungen, in der Ethik des Monismus im Vergleich mit derjenigen des Materialismus zeigen. Trotz dieser vorläufigen Beschränkung auf die Einheitlichkeit alles Lebendigen**), von den Lebensäußerungen der Urtierchen an bis zu denjenigen des Kulturmenschen und der Kulturvölker, glaubt sich doch der moderne Monismus eine einheitliche Welt- und Lebensanschauung nennen zu dürfen, vor allem als Gegensatz zu dem herrschenden 4fachen kirchlichen Dualismus.

Während nun die materialistische Welt- und Lebensanschauung wegen ihres zähen Festhaltens an rein mechanischer Kausalität (alle Vorgänge, auch die geistigen und sozialen, sind nur Bewegungen von Atomen, nur physikalisch-chemische Prozesse) und ihres Ablehnens jeder Art von Zweckmäßigkeit und schöpferischer Geistesarbeit für das Verständnis und die Bewertung des geistigen und sozialen Lebens als unzureichend sich erwies, scheint sich der Monismus gerade nach diesen beiden Richtungen in theoretischer wie praktischer Beziehung wesentlich fruchtbarer und brauchbarer auszugestalten. Er gab vor allem den Anlaß zu einer auf biologischen Voraussetzungen beruhenden Soziologie und Ethik.

Daher besteht der tiefgehendste Unterschied zwischen Materialismus und Monismus

3. auf praktischem Gebiet, in der Art, wie sie sich für das Verständnis und die Gestaltung des individuellen und sozialen Lebens eignen. Schon durch seine nüchterne, rein verstandesmäßige Grundstimmung, die ihn gerade bei den breiteren Massen populär machte, hatte der Materialismus alle ideal Gesinnten, besonders romantischere Gemüter, in die Arme der Kirche getrieben und hatte, weil er den idealen und praktischen Bedürfnissen der Zeit so wenig Rechnung trug, den Einfluß der Kirche auf das Staats- und Gesellschaftsleben, auf Schule und Haus mächtig verstärkt.

Seine Leistungen und Wirkungen auf ethischem Gebiet vollends waren wenig geeignet, ihn für die Ordnung und Höherbildung des nationalen und Kulturlebens brauchbar und fruchtbar erscheinen zu lassen. Entsprechend seinem mechanistischen Grundzug betrachtete der Materialismus auch die menschlichen Gemeinwesen als Aggregate von lauter gleichen, nur durch eine Kraft, den Egoismus oder das Eigeninteresse, bewegten Atomen, deren Zusammenleben durch eine aus dem freien Wettstreit der Eigeninteressen hervorgehende wunderbare Harmonie am besten gesichert werde. Ferner fehlte dem Materialismus bei seiner Betrachtung und Behandlung sozialer und ethischer Fragen jeder geschichtliche Sinn,

*) Vgl. Unold, Der Monismus und seine Ideale, Leipzig, Th. Thomas, 1908, I. Teil, Die drei Hauptrichtungen des Monismus.

**) Die Ausdehnung der prinzipiellen Einheitlichkeit auf alles Sein und Werden scheint sich gegenwärtig nur auf dem Wege der Hypothese durchführen zu lassen. Vgl. a. a. O. S. 29—31 und in Gust. Ratzenhofer Positiver Monismus.

daher die revolutionäre und radikale Stimmung gegenüber dem Gewordenen, die ihn wohl geeignet machte, Erstarrtes und Unbrauchbares über den Haufen zu werfen, ihn aber unfähig erscheinen ließ zu organischem Gestalten und fruchtbarem Fortbilden.

Als Kontrasterscheinung gegenüber der herrschenden spiritualistischen Lebensauffassung, die das Ziel des Lebens in der individuellen, jenseitigen Glückseligkeit erblickte, statuierte die materialistische gleichfalls einen zunächst individualistischen, aber diesseitigen Eudämonismus. Sie sah im Glück als Lustmaximum das Ziel der individuellen und im „größten Glück der größten Zahl“ dasjenige der sozialen Lebensgestaltung. Dazu kam, daß der industrielle Zeitgeist in allen Schichten der Bevölkerung auch bei den Gläubigen eine materialistische Lebensauffassung begünstigte, die in rastlosem Erwerben und maßlosem Genießen die Kräfte erschöpfte und keine Zeit noch Stimmung für höhere Lebensinhalte aufkommen ließ. — Endlich mußte der Materialismus als Lebensanschauung, seinem Grundsatz von der durchgehenden Herrschaft der mechanischen Kausalität getreu, zum absoluten Determinismus d. i. zur Lehre von der vollkommenen Unfreiheit des Willens, ja zum reinen Fatalismus führen oder wenigstens die völlige Bestimmtheit menschlichen Handelns durch äußere Ursachen (durch das Milieu bei Taine, durch Vererbung bei Zola und durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bei Marx) behaupten, wodurch er der persönlichen Verantwortlichkeit und der sittlichen Höherbildung nur geringen Spielraum gestattete. Gerade diese eudämonistische und deterministische Grundbestimmung machte ihn ungeeignet zur Ausgestaltung einer pädagogisch brauchbaren wissenschaftlichen Ethik, und so verblieb die sittliche Erziehung der heranwachsenden Generationen auch in der Blütezeit materialistischer Aufklärung und gleichen Wahlrechts auf religiös-konfessioneller Grundlage und verhalf den Kirchen in der darauf folgenden Reaktion in Deutschland zu ungeahnter Machtstellung. — So erwies der Materialismus, auf praktischem Gebiet noch eher als auf theoretischem, seine Unbrauchbarkeit und konnte mit einem gewissen Recht als eine Gefahr für Staat und Gesellschaft, für Fortschritt und Höherbildung hingestellt werden. — Unter dieser Diskreditierung der materialistischen Lebensanschauung hat nunmehr auch die darauf folgende monistische zu leiden. Aber schon die bisherigen Leistungen monistischer Soziologie*) und Ethik dürften jedem vorurteilslos Prüfenden zeigen, daß der Monismus nicht nur seinem Ursprung und Wesen, sondern namentlich seinen praktischen Konsequenzen nach den Materialismus in erfolgreicher Weise abzulösen berufen ist.

Es kann hier nur kurz auf die praktisch-ethischen Vorzüge monistischer Lebensauffassung hingewiesen werden. Ihre kulturgeschichtliche Aufgabe scheint darin zu liegen, das Leben der modernen Völker, das mit der höheren und reicheren Kultur dem Niedergang und der Entartung zu verfallen droht, in Einklang mit den natürlichen Voraussetzungen zu halten bzw. zu bringen und so den modernen Kulturvölkern die Wege zu erfolgreicher Regeneration und dauernder Höherentwicklung zu weisen.

*) Vgl. A. Schäffle, Bau und Leben des sozialen Körpers, 2. Aufl. 1897; G. Ratzenhofer, Soziologische Erkenntnis, 1897, und Positive Ethik, 1902; Unold, Organische und soziale Lebensgesetze, Leipzig 1906.

Auf Grund seiner Überzeugung von der Einheitlichkeit alles Lebendigen, derzufolge auch die menschliche Kulturentwicklung nur die immer bewußtere, aber den nämlichen Gesetzen unterworfenen Fortsetzung der Naturentwicklung darstellt, fordert der Monismus von den modernen Menschen und Völkern vor allem die strikte Beachtung der allgemeinen Lebensgesetze, d. h. der Voraussetzungen, welche unzähligen Gruppen organischer Wesen ihre gesunde kräftige Erhaltung durch Jahrtausende und Jahrmillionen sicherten und ihre Höherentwicklung ermöglichten oder begünstigten. Er gewinnt durch seine biologischen Untersuchungen untrügliche allgemeine Maßstäbe und Richtlinien auch für soziale und politische Reformen und für jede Art ethischer Beurteilung in dem erfahrungsmäßig gewonnenen Satze: „Gut ist alles, was zur Erhaltung und Entwicklung der einzelnen und der Gemeinschaften beiträgt.“

Gegenüber dem durch den materialistischen Zeitgeist großgezogenen einseitigen Individualismus betont die monistische Lebensanschauung den echten ethischen Sozialismus: die Wertschätzung und die Hingabe für das Ganze und Dauernde (Volk und Menschheit), dem der einzelne alles verdankt. Gegenüber dem Glück als Lustmaximum stellt der Monismus als Ziel des individuellen und sozialen Lebens auf Grund natur- und kulturgeschichtlicher Erfahrungen die Entwicklung zu immer größerer Tüchtigkeit oder Leistungsfähigkeit hin. — „Größte Tüchtigkeit der größten Zahl!“ ist das Grundgesetz, das nicht nur die Erhaltung, sondern auch die Entwicklung der Völker und dadurch ihr dauerndes Glück besser zu verbürgen geeignet ist, als das „größte Glück der größten Zahl“, das meist zum größten Unglück der Völker ausschlägt, zur Verweichlichung und Entartung. Gegenüber dem Radikalismus der materialistischen Lebensauffassung steht die monistische auf dem Boden des Evolutionismus, der die neuere bessere Zukunft unter Beachtung der natürlichen Bedingungen (vor allem auch der Menschennatur!) allmählich entwickeln heißt. Gegenüber dem absoluten Determinismus lehrt die natur- und kulturgeschichtliche Erfahrung einen relativen, demzufolge auch das menschliche Handeln immer durch vorhandene Motive bestimmt, aber deshalb zugleich durch bewußte energische Erziehung und Gewöhnung bis zu einem erheblichen Grade bestimmbar ist. Gegenüber der atomistischen Gleichheit und mechanischen Nivellierungssucht des Materialismus verweist der Monismus auf das Gesetz der Kontinuität oder der Stufenfolge und auf die Bedingungen der Organisation, welche immer nur aus zweckmäßiger Ein- und Überordnung verschiedenartiger Teile sich ergibt*). So gelangt er auch zu einer organischen Auffassung des staatlichen Lebens und zu gerechter Würdigung des Staates als eines immer höher und reicher auszugestaltenden Groß- oder Kollektivorganismus.

Schon nach diesen kurzen Andeutungen dürfte sich die auf der organischen Entwicklungslehre sich aufbauende monistische Welt- und Lebensanschauung gegenüber dem mechanischen Materialismus als theoretisch haltbarer und praktisch brauchbarer erweisen, als eine neue geistige Flutbewegung, welche die frühere materialistische Geistesströmung weit zu überholen und den realen wie idealen Bedürfnissen unserer Bildungsstufe in viel reicherm Maße gerecht zu werden berufen erscheint.

*) Vgl. Unold, Der Monismus und seine Ideale, Leipzig 1908, II. Teil, Die Bedeutung des Monismus für das praktische Leben.

DR. SAKUNOSHIN MOTODA, KYOTO: RELIGIÖSE MÖGLICHKEITEN IN JAPAN.



IRD auch Japan zum Glauben der westlichen Völker, zum christlichen übergehen? Werden die Japaner für immer ein im wesentlichen religionsloses Volk bleiben? Werden sie sich eine eigene Religion erschaffen? Alle diese Fragen haben zu vielen Diskussionen in Japan geführt. Manche sind der Ansicht, daß die Japaner von Natur aus kein Interesse an religiösen Problemen haben, und daß diese Tendenz in der Zukunft nur noch schärfer zum Ausdruck kommen werde. Andere wieder glauben, daß die Japaner dank ihrer Gabe der Synthese und Assimilation die gemeinsamen Grundsätze des altheimischen Schinto-Glaubens, der konfuzianischen Philosophie und des Christentums aufdecken und auf ihnen eine neue Religion begründen werden. Wieder andere glauben, daß das Ideal der Selbstzucht und Aufopferung für die Nation, das als Buschido so Gewaltiges in der japanischen Geschichte geschaffen, für Japan die Stelle einer Religion sehr wohl vertreten könne, daß Patriotismus und soziale Gesinnung alle religiösen Dogmen überflüssig machen.

Wenn wir aber das Problem näher betrachten, so sehen wir, daß die Japaner keineswegs des religiösen Eifers völlig ermangeln. Die breiten Massen sind gläubige und eifrige Buddhisten, nur für die leitenden Klassen mag zugegeben werden, daß sie sich von jeder positiven Religion derzeit gelöst haben. Eingewendet mag werden, daß der japanische Buddhismus ebenso wie der Schintoismus von vielem Aberglauben durchsetzt ist; gerade dieser Aberglaube jedoch zeigt die Mächtigkeit des religiösen Triebes. Wohl mag die religiöse Innigkeit unseres Volkes der der Inder nachstehen, aber sie ist gewiß weit größer als die der Völker Europas und Amerikas. Gewiß sagen viele mit einem Schein von Recht, daß die religiöse Gesinnung der Japaner der Vergangenheit keinerlei Schlüsse für die Zukunft erlaube, und daß die Stunde für das Ende der Religionen, wie sie in manchen Ländern Europas gekommen, auch für Japan schlage. Vielleicht ist das Argument auch für Europa, jedenfalls ist es für Japan falsch. Der religiöse Trieb bleibt auch in dem religionslosen, modernen Menschen bestehen, nur fehlt ihm die Möglichkeit der Verwirklichung, weil die Dogmen der Vergangenheit sich im Lichte der modernen Wissenschaften nicht behaupten können. Einer auf dieser vollen Höhe des modernen Geistes stehenden Religion würden diese Modernen durchaus angehören können. Für Japan spitzt sich die Frage konkreter dahin zu, ob eine der bestehenden japanischen Religionen einer solchen höheren Entwicklung und Anpassung an den modernen Geist fähig sei.....

Der Schintoismus? Gewiß nicht — soweit er eigentliche Religion ist; denn als solche nimmt er noch den Tiefstand der Vielgötterei hin. Seine nationalen Gedanken, vor allem die leidenschaftliche Hingebung für den regierenden Herrscher, sind für die japanische Kultur ein unverlierbares Gut geworden. Der Buddhismus hat allerdings fortschrittliche Sekten entwickelt, die dem modernen Menschen immerhin annehmbar sein können. Mehr jedoch noch gilt dies vom Christentum, dessen soziale Grundsätze, dessen Botschaft westlicher Familienkultur gerade dem Japaner überaus viel bringen.

Ich glaube, daß viele Gründe es wahrscheinlich machen, daß sich Japan tatsächlich für den Christenglauben entscheide, nicht bloß jene diplomatischen

Gründe, die vielfach genannt werden. Der Gesichtspunkt, daß Japan durch seine Christianisierung in den „Kreis der christlichen Völker“ eintreten und seine Stellung unter diesen verbessern solle, kann der Entwicklung des japanischen Christentums geradezu schaden. Läßt sich eine Religion vor den Augen der Öffentlichkeit zu einer politischen Spekulation mißbrauchen, so kann sie auf begeisterte Unterstützung nicht mehr hoffen. Aber die demokratischen Ideen des westlichen Glaubens, seine Hochhaltung der Frau, seine Heiligung der Ehe, seine Predigt allgemeiner Solidarität selbst über die Staatsgrenzen hinaus geben gerade dem besten Japaner viele seelische Werte.

Freilich kann von der bloßen Übernahme einer bestehenden christlichen Konfession kaum die Rede sein; Japan müßte sich zunächst eine eigene, seinen seelischen Notwendigkeiten angepaßte Form des Christentums geschaffen haben, ehe die Massen des Volkes sich ihm zuwenden würden. Naturgemäß müßte es eine durchaus moderne, mit wissenschaftlichen Prinzipien im Einklang stehende Glaubensform sein, etwa in der Weise der vorgeschrittensten protestantischen Gruppen. Ferner dürfte sie auf Dogmen nur geringen Wert legen, da diese dem praktischen Japaner überhaupt wenig wichtig erscheinen, und müßte im wesentlichen eine Morallehre und ein Evangelium sozialer Reform darstellen. Andererseits muß eingeräumt werden, daß die Japaner einen starken Sinn für äußere Formen und Zeremonien besitzen; auch das künftige japanische Christentum wird daher diesem Bedürfnisse Rechnung tragen und auch in äußerem Glanz und in gewissenhafter Durchbildung der Erscheinungsformen dem japanischen Gemüte Befriedigung gewähren müssen.

Ob man viel christliche Kirchen bauen wird, glaube ich bezweifeln zu sollen. Die Gottesverehrung wird vor allem ins Innere der Häuser verlegt werden, ins To-ko-wo-ma, den Raum, der auch bisher zu allen feierlichen Akten benutzt wurde; dort wird der Japaner seine heiligen Bücher bewahren und lesen und sich zu seinem Gotte wenden.

Das wahre Zentrum der christlichen Aktivität wird aber zweifellos stets in den Vortragssälen liegen, wo die neuen Formen des Familienlebens sowie die aktive Nächstenliebe auch über die Blutsverbände hinaus den Zuhörern auseinandergesetzt werden. Vielleicht steht selbst zu erwarten, daß das Christentum, das von so vielen Völkern des Westens ob seiner Verknöcherung mehr und mehr aufgegeben wird, in Japan in moderner, geistiger Erscheinung einer neuen Blüte entgegensieht. Für das soziale Leben des Landes könnte dies nur von großem Vorteile sein.



DR. FELIX REGNAULT, PARIS: DIE WUNDER VON LOURDES.



OURDES war noch vor kurzem ein vergessenes Dorf in den Pyrenäen, heute ist es die Hauptstadt des modernen Wunderglaubens. Bemerkte mag in dieser Richtung werden, daß die katholischen Gläubigen nur gehalten sind, die Wunder der Evangelien und des Lebens der Heiligen für wahr zu halten, nicht aber die zeitgenössischen Wunder, und was als solche ausgegeben wird. Die Kirche wartet, bevor

sie sich über derlei ausspricht, bis die Jahre alle persönlichen Interessen aufgehoben haben, bis alle Leidenschaft gekühlt ist; die Kirche geht mit Klugheit vor. Papst Urban VIII. befahl in einer Enzyklika, daß alle diejenigen, welche Wundererzählungen veröffentlichen, an den Beginn und das Ende ihres Buches eine Bemerkung zu setzen hätten, wonach alle Tatsachen, die sie berichten, der Kritik offen stünden und erst dann als erwiesen gelten könnten, wenn das höchste Urteil des Papstes sie als solche erkannt habe. Die Wunder, an bestimmte Orte gebunden, sind außerdem entgegen der christlichen Auffassung, daß Gott allgegenwärtig ist, somit überall Gebete erhören und erfüllen kann, daß die Mutter Gottes in der einfachen Dorfkirche so gut wie in der vergoldeten Basilika ihren Segen spendet. Die Unterscheidung der heiligen Jungfrau von Lourdes von anderen Heiligtümern kann sogar als eine Rückkehr zum Fetischismus verurteilt werden.

Alle diese Gründe hindern aber viele Katholiken nicht, in leidenschaftlicher Weise an die Tatsächlichkeit der „Wunder von Lourdes“ zu glauben. Ihnen gegenüber erheben sich die französischen Freidenker in gleicher Leidenschaft und fordern die behördliche Schließung des Heiligtums, das ein „Herd der Lügen und der Unbildung“ sei. Sie vergessen allzusehr, daß ähnliche Gewaltmaßregeln in der Geschichte stets vergeblich gewesen sind, daß das Gesetz nichts gegen Volksempfindungen von solcher Ausdehnung vermag. Eine objektive Beurteilung der Wunder im Lichte der modernen hypnologischen Forschung kann meiner Ansicht nach keineswegs zur Billigung dieser Gegnerschaft führen. Die Wunder sind in gewissem Sinne tatsächliche Heilungen, welche den Kranken wahre Erleichterung von schlimmen Übeln gebracht haben, die jedem anderen Versuche widerstanden. Daß der wahre Faktor dieser Heilung auf gewissen hypnotischen Einwirkungen beruht, wie wir sie ja auch ganz jenseits der Glaubenssphäre beobachten können, nimmt den Geheilten nichts von ihrem Glück; der Glaube besitzt eben eine solche hypnotische Kraft, wie sie aus keiner anderen Quelle fließen kann: Die Kranken hätten ohne den Beistand von Lourdes nicht geheilt werden können.

Die katholischen Vertreter der Wundertheorie geben sich damit nicht zufrieden. Sie behaupten, daß der Kranke im Augenblick des Wunders gar nicht den festen Glauben an die Heilung habe, daß also auch solcher feste Glaube nicht deren Ursache sein könne; das Wunder komme also nicht von solch augenblicklich wirkender psychischer Kraft, sondern von der stetig wirkenden göttlichen Gnade, freilich eine rein theologische Unterscheidung, die wenig wissenschaftlichen Wert besitzt. Ein hypnotischer Prozeß kann sich völlig allmählich vollziehen. Schon vor der Abreise, noch im heimatlichen Dorfe hört der Kranke von der Wunderkraft der heiligen Stätte sprechen. Er hat das Buch „Der Stern von Lourdes“ gelesen, in dem all die Wunderkuren in peinlicher Genauigkeit verzeichnet stehen. Ein Freund oder Verwandter von ihm ist in Lourdes geheilt worden; und mehr und mehr füllt sich seine Seele mit Gedanken und Hoffnungen, die auf den heiligen Platz Bezug haben; nachts träumt er davon. Warum sollte nicht auch er Gegenstand der göttlichen Gnade werden? Die Hoffnung wird in ihm immer stärker und wird zur absoluten Überzeugung. Wenn aber auch der Kranke zur Zeit seiner Abreise noch nicht solche Überzeugung besitzt, so gewinnt er sie auf der Reise. Er weiß, daß Gott nur solchen seine Gnade zuwendet, die einen glühenden Glauben haben, ohne jeden Hintergedanken, und er strebt, dahin zu gelangen. Die Gebete, die frommen Ge-

sprache, die Predigt der Priester folgen einander ohne Pause im Zug, der ihn von dannen trägt. Der Kranke kommt in Lourdes an, und alles ist darauf eingerichtet, seine Überzeugung zu festigen.

Oft hat man zwar die allzu geschäftsmännische Art der Geistlichkeit in Lourdes beklagt, jener Abbés, die alles so geschickt in Szene zu setzen wissen, die in der Regel so zufrieden und wohlgenährt aussehen und nichts mit Fanatikern oder Schwärmern zu tun haben, sondern vielmehr an Kaufleute erinnern, deren Geschäfte gut gehen. Man vergißt, daß sehr viel Kaltblütigkeit und Geistesgegenwart notwendig ist, um solches Unternehmen gut zu leiten. Ihre Geschicklichkeit gibt sich bis in die kleinsten Einzelheiten kund. Dank einer Vereinbarung mit der Gemeindeverwaltung brachten sie es zustande, daß man auf dem Wege zur heiligen Grotte nicht jene lange Reihe von Bettlern und Invaliden findet, welche die Freigebigkeit der Vorübergehenden mit klagender Stimme erflehen. An anderen Pilgerplätzen läßt der Anblick eben dieser Elenden an der Allmacht und Allbarmherzigkeit Gottes, der sie verlassen hat, zweifeln; das aber kann den frommen Glauben der Pilger schwächen; nicht so in Lourdes. Ferner sind Wärter und Sänften-träger, welche die Kranken tragen, nicht bezahlte Diener, sondern junge Leute guten Willens, zumeist solche, die zuerst selbst geheilt wurden. Ihre Gegenwart und ihre Reden ermutigen und tragen zum Heilerfolg bei. Auch die Pilgerzüge sind außerordentlich gut organisiert, Provinz für Provinz. Gruppen von mehreren Hunderten kommen unter der Führung ihrer Geistlichen, hören Predigten in ihren heimischen Dialekten, die sie mehr bewegen, als solche in der Schriftsprache. Diese Massen werden zu wahren seelischen Einheiten, deren gemeinsame Triebkraft der Glaube ist.

Folgen wir dem Kranken, welcher die Hilfe der heiligen Jungfrau anruft. Von den Wärtern in einem kleinen Wägelchen geführt, langt er bei der Grotte an, in Gebete versunken, tief erschüttert. Er berauscht sich an dem Dufte des Räucherwerks, bewundert die Statue der Jungfrau in ihrem Lichterschmucke, hört die Gesänge, die Worte des Priesters; all die Gläubigen, sie haben nur noch eine kollektive Seele, um die Mutter Gottes anzuflehen. Einige geraten in Ekstase, bleiben bewegungslos mit versunkenem Blick, selbst die Ungläubigen erliegen der Ansteckung. Ferner ist noch die psychische Einwirkung zu erwähnen, die vom Wasser der Quelle ausgeht. Klar und natürlich, hat sie nicht die Eigenschaften eines Mineralwassers, aber sie ist wohlschmeckend, und man sagt von ihr, daß sie auch an weit entfernten Punkten Wunder vollbringt. In Lourdes selbst begnügt man sich nicht damit, das Wasser zu trinken, sondern benützt es auch als Bad. Das eisig kalte Wasser (es hat bloß 6°C.) verursacht einen Nervenchock, dessen Kraft sich der religiösen Leidenschaft zugesellt. Der Patient bleibt einige Minuten in der Höhle schauernd und Gebete stammelnd. Es ist ein peinliches und doch wahrhaft rührendes Schauspiel, sie alle, für welche die medizinische Wissenschaft ergebnislos geblieben, hier Gott um Gnade und Heilung anflehen zu hören.

Es scheint fast überflüssig zu erwähnen, daß die ganze Praxis natürlich auch ihre Gefahren hat; es ist gefährlich, kranke Menschen in solch eisiges Wasser zu tauchen; wenn Lourdes auch einen Arzt besitzt, um die Heilungen zu konstatieren, so hat es keinen, um Ratschläge zu erteilen und Rückschläge zu verhüten. Ferner ist das Wasser auch wenig reichlich und man muß mehrere Kranke nacheinander in dasselbe Bad stecken. Die Aufseher sagen, man erneuere es, wenn das Wasser schmutzig geworden; aber wann wird es schmut-

zig? Es scheint, daß man es nur zweimal am Tage schmutzig findet. Vom hygienischen Standpunkte aus müßte es natürlich nach jedem Bade der oft ansteckend Kranken erneuert werden.

Die Prozessionen tragen zur Leidenschaftlichkeit des Glaubens bei. Jene, welche des Nachts stattfinden, wirken unseres Wissens keine Wunder; hingegen erzeugt die Prozession des Heiligen Sakraments, die bei hellem Tageslicht stattfindet, eine stets größere Zahl von wunderbaren Heilungen. Die Prozession bewegt sich auf der langen Esplanade vor der Kirche; die Kranken stellen sich in Reihen auf, die Glocken tönen, und alle ziehen einher, Gläubige, Geheilte und Priester. In der sonnigen Luft des Südens glänzt das Gold von deren Kleidern, und die Fahnen strahlen. Das Heilige Sakrament wird in einer großen, kostbaren Monstranz von einem Bischof getragen, den vier andere Bischöfe in heiligen Gewändern begleiten. Vor jedem Kranken wird halt gemacht. Vor der Kirche spricht ein Geistlicher mit lauter Stimme die Gebete, jedes derselben wird von den Pilgern wiederholt, eine einzige Stimme steigt aus tausend Kehlen. Wenn die Prozession endlich die Kränksten erreicht, die auf ihren Matrazen liegen, dann steigt die Begeisterung auf ihren Höhepunkt. Die Kranken in ihrer Erregung suchen sich zu erheben und zu gehen. Anlässlich des Pilgerzuges von 1897 bildeten 1500 Kranke bei der Prozession des Heiligen Sakramentes Spalier, und 350 Geheilte trugen die Banner. Tausende von Zuschauern standen ringsum, voll von Empfindung; die Kranken schauten sehnsuchtsvollen Blicks auf die Geheilten, und Abbé Picard begann mit mächtiger Stimme: „Seht hier eure Freunde, eure Vorbilder“, auf die Geheilten zeigend, „sie waren wie ihr, folget ihnen nach! Sie lagen krank zu Boden, sie haben sich erhoben. Was hält euch auf?“ und mit befehlender Stimme rief er weiter: „Erhebt euch!“ und sofort erhoben sich viele Kranke von ihrem Lager und folgten im Zuge.

* * *

Um die Wahrheit der Wunder von Lourdes zu beweisen, bedienen sich deren Veranstalter ärztlicher Kontrolle. Dieselbe wird mit einer wirklich lobenswerten Umsicht eingeholt. Bei der Abreise aus der Heimat untersucht den Pilger ein dortiger Arzt und stellt ihm ein Zeugnis über seinen Gesundheitszustand aus. Solche Zeugnisse werden oft von Ärzten, die der Sache ganz fernstehen, gegeben, oft wissen sie gar nicht, zu welchem Ende man sie konsultiert. Zu Lourdes werden die Kranken nach der Heilung von einem Spezialarzt wieder untersucht und Zeugnisse darüber ausgestellt. Alle diese Dokumente kommen vereinigt in Buchdruck, werden reich illustriert, von bekannten Ärzten gezeichnet und in die ganze Welt gesandt.

Alle die, die daran denken, nach Lourdes zu gehen, sind so gegen die Einwendungen der Ungläubigen gedeckt, sie können auf das Urteil der Ärzte hinweisen. Das Verifizierungsbureau zu Lourdes selbst wird von Dr. Boissarie geleitet. Er appelliert an alle seine Kollegen, ihn zu kontrollieren, und jeder Arzt, der seine Karte vorzeigt, findet herzlichen Empfang. Viele bedeutende Ärzte, Universitätsprofessoren und Primärärzte von Spitälern haben in dieser Weise Lourdes besucht, dem wissenschaftlichen Kern der Sache zu Leibe rückend. Auf einem wissenschaftlichen Kongreß dazu aufgefordert, kam auch ich dahin. Dr. Boissarie empfing mich in seinem Arbeitszimmer, das jedoch nicht von Kranken, sondern nur von Geheilten oder solchen, die sich dafür halten, besucht wird; nicht von sehr vielen, denn die Geheilten bilden nur einen schwachen Prozentsatz aller Pilger (etwa 20 bis 30⁰/₁₀₀, sagte mir

Dr. Boissarie). Seit dieser Zeit soll sich die Verhältniszahl indessen etwas gehoben haben, was jedoch kaum zu kontrollieren ist, da man nicht weiß, wie viele Pilger überhaupt nach Lourdes kommen. Dr. Boissarie sagt, daß er von seiner Statistik jene Kranken ausschließe, die sich für geheilt halten, ohne es zu sein. Er behauptet auch, daß er Heilungen von Hysterischen ausschließe im Sinne des Verbotes eines Papstes aus dem 18. Jahrhundert, die Heilung von nervös Kranken als Wunder auszugeben. Nach Dr. Boissaries Angabe werden weit weniger nervöse als vielmehr organische Krankheiten geheilt. Im Jahre 1895 fielen auf 160 Heilungen nur 23 von nervös Kranken, im Jahre 1896 deren 17 auf 200, im Jahre 1897 20 auf 230 Heilungen. Dr. Boissarie zieht daraus die Folgerung, daß, da die natürliche Heilkraft der Überzeugung im wesentlichen nur auf die nervös Kranken wirke und die Heilung von organisch Kranken keineswegs zu erklären vermöge, es sich nur um wirkliche Wunder handeln könne. — In Wahrheit können nervöse Krankheiten die organischen komplizieren und, wenn sie verschwinden, wird in Lourdes die Besserung des Befindens als Heilung aufgefaßt. Hier steckt gar oft der Rechenfehler. Dr. Boissarie hat mir Personen gezeigt, die angeblich durch Wunder geheilt seien, in Wahrheit aber gar nicht geheilt waren... Dies war der Fall bei einem Wärter des Dr. Boissarie, der früher selbst als Kranker wiederholt ohne Erfolg nach Lourdes gekommen war, schließlich aber so weit kam, daß er gehen und den andern helfen konnte. Sein Allgemeinbefinden hatte sich tatsächlich gehoben, aber die Krankheit selbst (Tuberkulose) bestand weiter. Man führte mir auch einen jungen gleichfalls tuberkulösen Geistlichen vor, von dem man sagte, daß er nach drei Eintauchungen geheilt worden sei und nun die Messe lesen könne. Ich untersuchte ihn; tatsächlich war sein Befinden ein relativ gutes, aber die Krankheit war nicht verschwunden; es handelte sich also um einen jener zahlreichen Fälle einer Besserung des Tuberkulosekranken; ein Wunder kommt hier nicht in Frage.

Ähnliche Fälle bilden die Mehrzahl der von Dr. Boissarie in seinen Urkunden aufgeführten. Demgegenüber sagen viele Verteidiger von Lourdes, man wolle doch von diesen Fällen absehen, und nur wenige aber unzweideutige Wunder zusammenfassen: Wunden und Gliederbrüche, die in einem Augenblick heilen, denn diese Heilungen seien allen biologischen Gesetzen entgegen; wenn es sich um Heilungen durch Autosuggestion handeln solle, so müsse doch einige Zeit dazu notwendig erscheinen: Zu Lourdes geschehen diese Heilungen aber augenblicklich.

Auch wenn diese Behauptung richtig ist, kann sie mich nicht von der Realität der Wunder überzeugen, sondern nur von einer Realität neuer natürlicher Möglichkeiten, denen die Wissenschaft bisher noch nicht genügend nahe kam.

Es mag sein, daß unter dem Einfluß bestimmter Verhältnisse sich solche augenblickliche Heilungen vollziehen. Das aber kann nur ein Ansporn sein, uns der wissenschaftlichen Untersuchung dieser Probleme zuzuwenden, ihren Bedingungen nachzuforschen.

Dr. Mangin hat kürzlich eine eigenartige Theorie darüber aufgestellt, welche keine übernatürlichen Erklärungen zu Hilfe nimmt, wenngleich sie allerdings die Existenz gewisser, bislang unbekannter seelischer Kräfte voraussetzt. Im übrigen muß trotz allen Vertrauens, das ich in den guten Glauben von Dr. Boissarie und seinen Kollegen setze, festgestellt werden, daß ihre Beschreibungen der Tatsachen vielfach durchaus von Exaltationen diktiert

sind. Schon die Lektüre ihrer Bücher genügt, um dieses zu beobachten. Man findet in ihnen nicht jene Unparteilichkeit und Kaltblütigkeit, die der Wissenschaft eigen sein muß, man fühlt den Wunsch zu überzeugen heraus, die Leidenschaft bricht in Ausrufen los, die Behauptungen sind leidenschaftlich — die Leidenschaft aber ist eine schlechte Beraterin.

Auch die Form der Beobachtung ist mangelhaft. Dr. Boissarie sieht die Kranken stets erst nach der Heilung, niemals bei ihrer Ankunft in Lourdes, um ihren Zustand konstatieren zu können: Bloß die medizinischen Zeugnisse der Ärzte ihres Heimatlandes geben diesen an. Zwischen der Zeit der Abreise zur Pilgerfahrt und der Heilung in Lourdes mag sehr wohl eine lange Zeit verstrichen sein, über die Raschheit der Heilung können wir also nichts daraus entnehmen. Sie mag am Beginn der Reise angefangen, sich während des Aufenthaltes fortgesetzt und in der Grotte beendet haben. Um demgegenüber die Augenblicklichkeit der Heilung zu beweisen, stützt sich Dr. Boissarie auf Zeugnisse der Eltern oder Freunde des Kranken; aber die Behauptungen von Personen, die erregt und häufig ganz unbekannt mit den medizinischen Tatsachen sind, dürfen nur mit großer Vorsicht aufgenommen werden.

Im Buche des Dr. Boissarie finden wir übrigens viele unklare Punkte, welche seine Beweiskraft zerstören. Ich habe einzelne der von ihm beobachteten Fälle in medizinischen Fachzeitschriften eingehend erörtert und zu zeigen gesucht, daß weder Beobachtung noch Darstellung präzise sein konnten; sie im einzelnen aufzuführen, ist hier nicht der Raum. Erwähnen will ich nur, daß die Kranken in ihrer Rückschau häufig von quälenden Schmerzen sprechen, die sie in der Grotte während des Bades unmittelbar vor der Heilung empfanden. So sagt Fräulein Amalie Chagon (ihr Zeugnis ist im Buche Dr. Boissaries angeführt), daß ihr geschienen habe, eine glühende Flüssigkeit verbreite sich über ihren Fuß, dann aber augenblicks sei Ruhe in ihr eingetreten und sie habe zu sich gesagt: „Ich bin geheilt“. Ein gewisser Joachim wieder sagt: „Der Schmerz ist so unerträglich gewesen, daß ich nicht anders konnte als die Zähne aufeinanderbeißen.“ Soll man diese Bewegung einer höheren Macht zuschreiben, als Eingreifen des Allmächtigen bezeichnen, der doch auch ohne Schmerz heilen könnte — und nicht vielmehr rein natürlichen Ursachen, die durch Autosuggestion mit den veränderten Beziehungen des Körpers zusammenhängen? —

Wenn ich alles Gesagte zusammenfassen will, so komme ich zu dem Schlusse, daß es Wunder im kirchlichen Sinne zu Lourdes nicht gibt, daß sich aber sehr selten immerhin eigenartige Fälle von Heilungen nachweisen lassen, die sehr wohl die Aufmerksamkeit des Arztes, des Psychologen und des Soziologen verdienen. Man hat die wunderbar Geheilten häufig als Schwindler bezeichnet. Was einige Bettler und Kirchenangestellte anbelangt, mag dies richtig sein, sie ziehen großen Vorteil aus ihrer Rolle, die ihnen viele Geschenke bringt. Aber dieser Betrug ist schwierig, die Geistlichkeit sucht ihn durchaus abzuweisen und umgibt sich mit viel Vorsichten, unterzieht die obgenannten Zeugnisse der Heimatsgemeinden einer Prüfung durch Dr. Boissarie und kann somit nur selten getäuscht werden.

Was den guten Glauben der Geistlichkeit selbst anbelangt, so kann er bei eingehender Untersuchung aller Protokolle und Darstellungen wohl nicht in Zweifel gezogen werden. Läge ein Versuch absichtlicher Täuschung vor, so würde man gewiß die Tatsachen besser für den Zweck arrangiert haben; in Wahrheit aber weisen die Verteidiger der Wunder nur zu oft auf

Tatsachen hin, die wir als typische Symptome der Suggestion erkennen. Sie weisen stets auch auf Gegengründe hin, auf die Schmerzen der Geheilten, auf Momente, die zeigen, daß die Augenblicklichkeit der Heilung nicht so ganz präzise aufzufassen sei, als die Geheilten selbst meinen. Die Hypothese absichtlicher Täuschung durch die Herren von Lourdes ist daher durchaus abzuweisen und ebenso die Meinung, es handle sich um wirkliche Wunder. Gewiß handelt es sich bei den dargestellten Fällen oft um Übertreibungen, ja Irrtümer, aber, wie bereits erklärt, reicht ein solches Abtun nicht hin..... Wir stehen vor neuen wissenschaftlichen Problemen. Darum sollten Ärzte und Psychologen, statt sich über das Schauspiel von Lourdes lustig zu machen, von diesem wunderbaren Beobachtungsfelde Nutzen ziehen. Kein Experiment, kein Versuch des Spitals kann über die Möglichkeiten der Heilung durch Hypnose und Suggestion solchen Aufschluß geben wie die Tatsachen von Lourdes, denn die religiöse Suggestion ist ja unvergleichlich wirksamer als die des Arztes, sie stützt sich auf die mystischen Kräfte des Herzens, auf die gewaltigsten Leidenschaften der Seele.

* * *

Es gibt viel in Lourdes zu erforschen, und Haß oder Geringschätzung der wissenschaftlichen Welt sind durchaus nicht am Platze. Diese Heilungen, die heute von so vielen mit einem Lächeln abgetan werden, mögen eines Tages neue Horizonte für die medizinische Wissenschaft eröffnen. Die Hypnose wird alsdann im Range der bedeutendsten Heilungsmöglichkeiten in die wissenschaftliche Praxis eingefügt werden.



S. M. PERLMANN, TIENTSIN: DIE JUDEN IN CHINA.



UCH China besitzt, wie bekannt, seit langem jüdische Siedlungen; aber die Zeit, da die Juden ins Land gekommen, und die Veranlassung der Wanderung konnten bisher nicht in klarer Weise aufgedeckt werden. Die chinesischen Juden selbst sind der Ansicht, daß ihre Vorfahren in der Zeit der Han-Dynastie (die vom Jahre 206 v. Chr. bis zum Jahre 25 n. Ch. regierte) nach China eingewandert seien. Die ersten präzisen Berichte, die über sie nach Europa kamen, stammen von tartarischen Reisenden im 9. Jahrhundert; später wird ihrer in den Berichten Marco Polos Erwähnung getan, und im Jahre 1704 wurde ihre Siedlung von dem Jesuiten Gozani, der sie eingehend untersuchte, beschrieben. Sie wurden in jener Zeit den Chinesen nicht etwa als Hebräer, sondern unter dem Namen „die Sekte, welche die Halssehne auszieht“ (nach den bei ihnen üblichen Schächtgebräuchen) bekannt. Ihre Hauptsiedelung lag in der Stadt Kaifung in Mittelchina, und ihre Zahl betrug einige Tausend. Sie besaßen eine Synagoge, in der sie sich jeden Sabbath zum Gebete versammelten, und deren Tore, auf einer doppelten Säulenreihe ruhend, kunstvoll ausgestattet waren. In der Mitte des Raumes stand ein hoher Stuhl mit gesticktem Kissen, auf das die Thorarolle gelegt wurde, wenn der Rabbiner aus ihr der ver-

sammelten Gemeinde vorlas. Der Stuhl wurde „Stuhl des Moses“ genannt. Die Juden führten Gozani überall herum und ließen ihn selbst in das Tien-Tang, d. i. das „Haus des Himmels“ genannte Gebäude an der Westseite des Tempels nach Jerusalem zu, eintreten (dieser Raum war im allgemeinen bloß für den Rabbiner reserviert, niemand sonst durfte ihn betreten). Im Norden des Synagogenhofes wurden auf einem weiten Platze den geschlachteten Rindern unter Aufsicht eines kompetenten Fachmannes die Halsseihen ausgezogen. In der Nähe befand sich auch eine dem Ahnenkultus gewidmete Halle, in der die Juden nach chinesischer Art die Verstorbenen, Heiligen und Helden der Bibel verehrten, zweimal im Jahr, zur Zeit der Frühlings-Tag- und Nachtgleiche und in derselben Periode im Herbst. In dieser Halle gab es jedoch bloß Tafeln mit den Namen der Helden und keine Bildnisse: ein Kompromiß der Ideen des jüdischen Glaubens mit den religiösen Sitten der umwohnenden Chinesen. Zur Zeit Gozanis war bei ihnen auch noch die Beschneidung im Gebrauch, sie hielten noch die heiligen jüdischen Feste und beobachteten den alten jüdischen Kalender, usw.

Im Jahre 1849 wurde die Synagoge in Kaifung durch die große Überschwemmung jenes Jahres zerstört, und die jüdische Gemeinde, die damals noch mehrere Hundert Seelen zählte, wurde auch sonst hart heimgesucht. Verarmung, die Entziehung des gemeinsamen Zentrums, das die Synagoge gewesen, führte zum Verfall der Gemeinde. Sie vernachlässigte die religiöse Erziehung der Kinder, die hebräische Sprache kam in Vergessenheit, und heute ist kein einziger chinesischer Jude mehr derselben mächtig. Die meisten verkauften übrigens ihre Häuser und wanderten nach benachbarten Provinzen aus. Der Rest hatte in der Zeit der Taipingrevolution (1860—1864) neues Unglück zu überstehen. Auch die Überschwemmung des Jahres 1860 war ihnen wieder verhängnisvoll. Immer kleiner wurde ihre Zahl und immer weniger die Gebräuche, welche sie noch beobachteten.

Als im Jahre 1866 Rev. Martin, ein englischer Geistlicher und Leiter der Tsung-wan-Schule in Peking nach Kaifung kam, um sich von der Lage der dortigen Juden zu überzeugen, fand er, daß sie die jüdischen Gebräuche abgestreift hatten, nicht mehr hebräisch verstanden und ihre Söhne nicht mehr beschneiden ließen. Von der Synagoge war nur mehr eine Tafel übrig, die in goldenen Buchstaben das Wort „Israel“ trug; späterhin wurde auch diese Tafel von ihrem Platze entfernt und in einer Moschee der Stadt, als dem Gotteshaus einer verwandten Religion, aufgehängt: Mehrere der Juden besuchen dieselbe, um dort ihre Gebete zu verrichten. Im Jahre 1872 kamen einige der Juden nach Peking, um dort Unterstützung zu finden, kehrten aber getäuschter Hoffnung wieder in die Stadt Kaifung zurück. Rev. Martin berichtet, daß er auf dem Platze, auf dem die Synagoge gestanden, einen Gedächtnisstein gefunden habe, der die Erbauung der Synagoge im Jahre 1164 christlicher Zeitrechnung und ihren Umbau im Jahre 1468 nachweise. Die Inschrift lautet: „Grundlinien der jüdischen Religion: Unser erster Stammvater war Adam, unsere Religion wurde von Abraham begründet, später kam Moses als Vermittler der Heiligen Schrift. Zur Zeit der Han-Dynastie wurde diese Religion nach China eingeführt und unter der Sung-Dynastie im zweiten Regierungsjahre des Kaisers Hias-Tsung eine Synagoge in Kaifung errichtet. Alle die, welche Götzen und Bilder als Götter verehren, beten vergebens zu diesen Fantasiebildern, die aber, welche die Heiligen Schriften verehren und ihnen folgen, kennen den Ursprung aller Dinge. Die Heiligen Schriften und die Weisheit Gottes ergänzen einander

und geben Kunde vom Ursprung des Menschengeschlechtes. Sie lehren auch, nach allem Guten zu streben und Sünde zu vermeiden.“ Ein anderer Gedächtnisstein aus dem Jahre 1511 gibt von der dogmatischen Seite des Judentums Kunde, und Gott ist auf ihm Tao genannt, was zeigt, wie schon zu jener Zeit eine Angleichung der Juden an die chinesische Kultur stattgefunden hatte. Tao ist bekanntlich der Weltgeist des großen chinesischen Philosophen Lao-Tse und, indem die Juden ihren nationalen Gott „Jehova“ in „Tao“ übersetzten, nahmen sie in Wahrheit den Geist eines anderen Glaubens an, der zwar gleichfalls monotheistisch, aber durchaus verschieden von dem ihrigen war. Sie gaben damit die Meinung, das auserwählte Volk Gottes zu sein, auf und begannen, sich einer anderen Nation, größer als die ihre, einzugliedern.

Vor 8 Jahren kamen Mitglieder einiger jüdischer Familien aus Kaifung nach der Hafenstadt Shanghai, wo sie von europäischen Juden aufgenommen und in jüdischen Gebräuchen und Kenntnissen neu unterrichtet wurden. Dort lud auch ich sie in mein Haus zur großen Verwunderung meiner chinesischen Diener, die sich nicht erklären konnten, daß meine Gäste und ich selbst uns so sehr für diese armen Chinesen (denn solchen glichen sie in Kleidung und Aussehen) interessierten. In der Tat haben die meisten ihre charakteristischen jüdischen Gesichtszüge verloren und die der Chinesen angenommen; ihre Augen sind schiefgestellt und ihre Gesichtsfarbe gelb. Nur einer hatte die altjüdischen Gesichtszüge in gewissem Grade bewahrt. Die Juden erzählten, daß sie von Kaifung kämen, und daß dort noch etwa 1000 ihrer Stammesgenossen lebten. Sie nennen sich selbst „Tao-Kien-Kiao“, das ist „die Sekte, welche die Halssehnern auszieht“, und kennen keinen anderen Namen. Ferner erzählten sie, daß sie kein Schweinefleisch essen und den geschlachteten Rindern die Halssehnern ausziehen, meist untereinander heirateten, alle übrigen jüdischen Gebräuche aber in Vergessenheit geraten seien, die Beschneidung inbegriffen. In einer Bibel, die ich ihnen vorwies, konnten sie — jedoch nur dank dem in Shanghai genossenen Unterrichte — lesen, da keiner der Juden in Kaifung mehr der jüdischen Sprache mächtig ist. Ich bat sie um Übersetzung der ersten Verse der Genesis; dies taten sie und übersetzten „Elohim“ durch „Tien“, „Haschomaïm“ auch durch „Tien“. Auf meine Frage: Wie konnte „Tien“ den „Tien“ erschaffen? antworteten sie mir, daß unter dem Schöpfer Tien Gott zu verstehen sei, daß unter dem erschaffenen Tien der sichtbare Himmel gemeint sei. Ich frug sie dann nach dem Gedächtnisstein am Platze der Synagoge, und sie äußerten, daß sie nur davon gehört hätten. Auch die Juden trugen Zöpfe wie andere Chinesen, ihre Frauen verkrüppelten ihre Füße, sie haben alle Gebräuche des Landes angenommen.

Eben diese Assimilation eines Volkes, das in allen anderen Ländern der Erde, allen anderen Nationen gegenüber seine Eigenart stolz bewahrte, eröffnet soziologische Perspektiven von bedeutsamem Interesse. Die wesentlichste Ursache liegt wohl darin, daß die chinesischen Juden sich niemals über Intoleranz zu beklagen hatten, daß sie niemals unter Ausnahmegesetzen lebten, niemals um ihrer Religion willen verfolgt oder verachtet wurden. Diese völlige Gleichberechtigung, dieses Fehlen aller Barrieren zwischen ihnen und der Volksgesamtheit ist sicherlich ein wesentlicher Grund ihrer Angleichung gewesen; ihre völlige Abgeschlossenheit von den Stammesgenossen der westlichen Völker war zweifelsohne eine zweite, wichtige Veranlassung hierzu.

China hat stets die Gabe besessen, Unterworfenen zu Freunden zu machen. Die Geschichte der Kosaken, die im Jahre 1685 zu Albazin gefangen genommen wurden, ist nach dieser Richtung hin lehrreich; es wurde ihnen völlige Religionsfreiheit und völlige Gleichberechtigung mit den Chinesen selbst zugestanden, eine Kirche wurde für sie in Peking errichtet, und Rußland durfte eine eigene Mission in Peking erhalten, um den Gefangenen ihren Glauben zu bewahren. Trotz alledem wurden dieselben von dem chinesischen Volkselemente absorbiert, alle Bemühungen Rußlands, sie in Fühlung mit dem alten Volkstum und dem alten Glauben zu erhalten, blieben vergebens. Sie sind heute völlig Chinesen geworden. Immerhin mag im Falle der Juden eingewendet werden, daß sie in andern Ländern der Freiheit, wie in Frankreich und England, ihre Eigenart bewahrten. Die Ursache dieser verschiedenen Entwicklung mag im historischen Ursprung des Christentums als einer jüdischen Sekte gesucht werden: Durch all die Jahrhunderte hindurch betrachteten sie das Christentum als eine Abirrung von ihrem rein monotheistischen Glauben, und selbst die hohen sittlichen Lehren desselben erschienen ihnen nicht neu, nicht überlegen, sondern als bloße Folgerungen aus dem alten Testament und dem Talmud. Die religiösen Verfolgungen späterer Jahrhunderte vertieften noch die Kluft, die beide trennte; der Jude betrachtete trotz seiner zurückgesetzten, verachteten Stellung das siegreiche Christentum als religiös und sittlich minderwertig.

Ganz anders war das Geschick der nach China eingewanderten Juden. Sie fanden ein großes Kulturvolk mit einer Geschichte, Tausende von Jahren älter als die ihrige (Yao der Große regierte China 200 Jahre vor der Geburt Abrahams), ein Volk, das einen monotheistischen Glauben besaß und doch von Jehovah und seinem auserwählten Volke nichts wußte; ein Volk ohne erblichen Adel, das alle Ehren und alle Ämter den Männern gab, welche durch Bildung und Kenntnis der Erbweisheit die anderen überragten, genau so wie es stets bei den Juden selbst Tradition gewesen, ein Volk, dem auch die Kenntnis des geschriebenen Wortes und die Bewandertheit in der Heiligen Schrift stets als höchster Ruhmestitel galt; genau so wie bei den Juden selbst, eine Nation mit heiligen Büchern, hohen ethischen Werten, das aber keineswegs behauptet, sie seien von Gott geoffenbart, sondern vielmehr, daß sie Lehre seiner Weisen seien. All dies mußte die Juden nachdenklich stimmen. Ihr Erstaunen mußte um so größer wachsen, als sie sahen, daß all die ethischen Lehren, die Gott seinem auserwählten Volke gegeben, in China nicht nur gelehrt, sondern auch geübt wurden, daß die ihnen von Jehovah eingepprägten Gesetze: „Liebe deinen Nachbar und den Fremdling wie dich selbst“ (Levit. XIX) und „Tue anderen, wie du willst, daß dir geschehe“, den Chinesen von ihren Philosophen als Ausfluß natürlicher Rechtschaffenheit bezeichnet wurden. Die Juden fanden, daß dieselben Philosophen, die ihrem Volke Liebe zu ihrem Nebenmenschen in höchster und edelster Weise predigten, — Lao-Tse und Buddha — den Menschen in kein Verpflichtungsverhältnis Gott gegenüberstellten, sondern Religion als Privatsache erklärten. Niemand schrieb den Chinesen vor, Gott zu lieben oder an Gott zu glauben oder übernatürliche Pflichten zu erfüllen, wie es die Bibel tut. Ja, Confuzius, der größte der chinesischen Weisen, war durchaus agnostisch gesinnt.

Diese ihnen aufgezwungene Hochachtung und diese durch die Freundschaft der Chinesen erworbene Liebe führte die Juden zum engen Anschluß

an das chinesische Volk; sie lebten mit ihm in freundlicher Weise, ihre Söhne und Töchter verbanden sich immer häufiger miteinander, und im Laufe der Zeiten hat die bessere, menschlichere, philosophischere Religion sich im Daseinskampfe als stärker erwiesen und die andere überlebt; die Juden Chinas haben den Glauben der Bibel verlassen und die Lehre des Confuzius angenommen. Was die Christenkirche durch alle Verfolgungen nicht vermocht, ist dem freundlich-menschlichen Glauben Chinas gelungen.



PROFESSOR INGRAM BRYAN, NAGASAKI: WELTLICHE ERZIEHUNG IN JAPAN.

PHILOSOPHIE und Pädagogik Japans stammen, wie so viele andere Kulturmomente daselbst, aus dem Mutterlande China. Die philosophischen Systeme von Confucius und Mencius gewannen auch auf die japanische Geistesentwicklung maßgebenden Einfluß, wenn auch mehr auf die intellektuelle Elite als auf die Massen. Für die erstere wurden sie im Verein mit der altnationalen Verehrung des Kaiserhauses und den Idealen eines leidenschaftlichen Patriotismus zu einer Moral des Bürgersinns. Die Massen allerdings, ungesättigt von den verstandesmäßigen Gesetzen der chinesischen Philosophie, suchten im Buddhismus mit seinen mystischen Träumen bessere Kost der Seele. Die langen Jahrhunderte des japanischen Mittelalters hindurch mit ihrem Kampf einer Adelsgruppe gegen die andere, ihrem abwechselnden Auf- und Niedertauchen der Herrscherfamilie blieben diese drei Elemente: nationaler Patriotismus, chinesische Weisheitslehre und indisch-buddhistische Mystik, die absoluten Herrscher im japanischen Leben. Später vom XVI. Jahrhundert an, seit der Ankunft der Portugiesen, und noch mehr seit dem XVII. Jahrhundert, da die Holländer ihre hohe Schule zu Nagasaki begründeten, machte sich auch der Einfluß europäischen Geisteslebens geltend; vollends dann im XIX. Jahrhundert mit der totalen Erschließung Japans für westliche Gedanken ward dessen bisheriges Moral- und Erziehungssystem revolutioniert. Bereits kurze Zeit, nachdem der amerikanische Admiral Perry im Jahre 1854 durch Waffengewalt die Erschließung des Landes erzwungen, sandte Japan eine Kommission nach Europa und Amerika, um das Erziehungssystem der westlichen Länder zu studieren. Ein amerikanischer Pädagog, David Murray, wurde nach Japan berufen, um das Erziehungswesen des Landes zu reorganisieren, und tatsächlich wurde dasselbe im wesentlichen nach dem Muster der Schulen des amerikanischen Staates Massachusetts neu ausgebaut und später auch unter Benutzung der Erfahrungen aller anderen Staaten Amerikas und Europas verbessert. Nach dem Muster Amerikas wurde von jeder religiösen Unterweisung in den Staatsschulen Abstand genommen, was für

Japan um so leichter war, als schon die herrschende chinesische Philosophie seiner früheren Epoche jedes religiöse Joch des Geisteslebens zurückgewiesen hatte. All die Gegenstände wurden ausschließlich gelehrt, welche für die praktische Lebensgestaltung der Knaben und Mädchen von Wert sein konnten; selbst auf weltliche Philosophie legt das japanische Unterrichtswesen geringen Wert. Erst in allerjüngster Zeit scheint es, daß nach Sättigung aller materiellen Bedürfnisse, nach Erreichung größerer materieller Macht, nunmehr auch rein geistige, philosophische Höherentwicklung erstrebt wird.

Der Sieg über Rußland hat meiner Erfahrung nach nicht etwa einen überspannten Nationalismus weiterentwickelt; der Sieg, der allerdings im Innern infolge der verweigerten Kriegsentschädigung zur größten Last und hierdurch für Japan eher Anlaß zur finanziellen Krise wurde, gab den Japanern viel zu denken. Viele, die früher einzig vom Streben nach eigenem Reichtum und äußerer Macht des Staates beseelt waren, wenden sich nunmehr den Problemen der Seelenkultur zu, nehmen mehr und mehr Anteil an den ewigen Fragen der Bestimmung des Menschen und vom Zwecke alles Lebens.

Wohl hatte der Moralunterricht, frei von religiösen Dogmen, von jeher eine wesentliche Rolle im Studienprogramm der japanischen Schulen eingenommen, aber nun erst beginnt er Leben zu atmen. Man begnügt sich nicht mehr mit der Darstellung der traditionellen Lehren der utilitaristischen Philosophie des Confucius und der Pflichten gegen den Kaiser und den Staat; man sucht zu verinnerlichen und eine feinere, seelische Stellungnahme des Schülers gegenüber den Problemen des Lebens zu wecken. Man hat erkannt, daß die frühere rein utilitaristische Anschauung tüchtige Kaufleute, Beamte und Offiziere erzog, aber, daß der Kampf aller gegen alle, wie er ja in unserer Gesellschaftsordnung unvermeidlich ist, eben durch diese Erziehung sich unerträglich hart gestaltete und nur eine neue, tiefere Moralunterweisung im Sinne der Lehre allgemeiner Solidarität, Gleichheit und Hilfsbereitschaft einen milderen, edleren Zug ins praktische Kampfleben einführen könne. Eine Wandlung aber vor allem bereitet sich vor:

Japan hatte bis jetzt mehr als irgendein anderes Volk der Welt eine leidenschaftliche Liebe und Verehrung für sein angestammtes Herrscherhaus an den Tag gelegt, hatte dem Kaiser bis in die neueste Zeit unbedingt göttliche Ehren erwiesen; ja, diese Erfassung der Unterordnung des Volkes unter den göttlichen Fürsten hatte direkt einen Hauch des Glaubens, des Übernatürlichen, in das sonst so skeptische Milieu des Landes eingeführt. Bei allen nationalen Festen wird in den Schulen das Bildnis des Fürsten, in einer Art von Altar eingebaut, entschleiert und von den Schülern angebetet, worauf der Gesang der nationalen Hymne folgt. Auch der Patriotismus der Japaner, der sie so bedeutende Taten der Selbstaufopferung verrichten ließ, geht zu einem wesentlichen Grade auf diese zur Religion gewordene Loyalität zurück. — In allerjüngster Zeit nun scheinen die demokratischen Ideen des Westens das Erzbollwerk des Monarchismus erstürmen zu wollen. Wenn bis jetzt auch erst wenige Anzeichen vorliegen, daß Japan republikanische Ideen nähre, daß es zum mindesten etwas mehr Männerstolz vor Fürstenthronen tragen wolle, so scheint dies doch für die Zukunft zu erwarten. Jedenfalls wird die moralische Unterweisung in den Schulen schon heute nicht mehr in solch überwiegender Weise wie ehemals auf die Verehrung des Fürsten gegründet.

Vielleicht wird von der anderen Seite entgegengehalten, daß keine abstrakte Moralunterweisung das Leben des japanischen Volkes wirksam beeinflussen könne, daß es dem Japaner viel mehr Eindruck mache, einen moralischen Grundsatz als Willen der göttlichen Ahnen des Kaisers hingestellt zu sehen (auch wenn es sich im Grunde bloß um abstrakte Staatsmoral oder Moral überhaupt handelt). — Dies kann nur soweit gelten, als eben der alte Loyalitätsstandpunkt noch ungebrochen ist. Je mehr er sinkt, desto schwächer müssen auch die moralischen Imperative werden, die von ihm ausgehen, und eine japanische Moral, auf allgemein menschliche und soziale Gesichtspunkte gestützt, wird sich mehr und mehr durchsetzen. Der Umstand, daß auch heute zumindest von einer positiven religiösen Grundlage abgesehen wird, kann uns gute Ausblicke dahin eröffnen, daß Japan binnen kurzem ein rein weltliches, aus allgemein sozialen Gesichtspunkten abgeleitetes System der Moral besitzen werde. Gewiß wird in Japan, wie anderwärts, die abstrakte Wahrheit dieser Moral nur eine scheinbare sein, sie wird naturgemäß auf die Traditionen des japanischen Kulturlebens zurückgehen; aus Buddhismus, konfuzianischer Philosophie, altnationalem Patriotismus und in gewissem Grade auch christlicher und westlicher Philosophie wird das dem nationalen Charakter Angepaßteste ausgewählt und in ihr zu einer Synthese zusammengeschweißt erscheinen.

Eine solche Moral aber wird indem sie aus den bedeutendsten Geistesströmungen der Menschheit erfloß, dem Ideale des feinsten Menschentums weit näher kommen können, als irgendeine andere. . . . So mag vielleicht eine nahe Zukunft im Moralunterricht der japanischen Schulen viel auch für Europa Beherzigenswertes finden.



A. WHITE, LONDON: SOZIALE BESTREBUNGEN IM ENGLISCHEN PROTESTANTISMUS.

DAS kirchliche Leben hat sich bekanntlich in England auf durchaus breiterer Basis als in den Ländern des Festlandes erhalten. Freidenkertum als Massen-Erscheinung ist unbekannt, und wie von alters her, konzentriert sich das geistige und soziale Leben der Menschen noch immer vorwiegend in den Kirchen. Bei alledem sind aber auch in England breite Schichten der Bevölkerung durchaus modern gesinnt, und wenn sie im Sinne der englischen Tradition an den historisch gewordenen Kirchengemeinden noch festhalten, so suchen sie eben in diese modernen Geist hineinzutragen.

Den praktischen Anlagen des Engländers, der sich vor allem den Realitäten des Lebens zugewendet, entspricht es nun vollkommen, auch im religiösen Leben in erster Linie den moralischen Wert und die Bedeutung für das moralische Leben zu suchen, das Christentum als eine Moral-Lehre, ja,

in gewissem Sinne als einen Anreger sozialer Reformen aufzufassen. Und da die Evangelien tatsächlich überaus viel des ethisch Bedeutungsvollen bergen und anderseits Moral-Interessen sich gar oft auf dem Wege sozialer Reform verfolgen lassen, so erklärt es sich, daß die freiprotestantischen Prediger in England zur Stunde im Vordertreffen der sozialpolitischen Bestrebungen stehen, wie auch insbesondere des Kampfes gegen den Alkoholismus und die vor allem in Amerika so verbreitete, für alle Bevölkerungsklassen so verderbliche Spielsucht.

Der praktische Sinn des Engländers hat bald herausgefunden, daß das moralische Unding der Trunksucht z. B. sich keineswegs bloß mit moralischer Belehrung des Einzelnen von der Kanzel herab beseitigen lasse, daß vielmehr gerade diejenigen, welche dem Laster der Trunksucht durchaus verfallen sind, kaum jemals zur Kirche kommen, daher ganz jenseits kirchlichen Einflusses stehen. Man erkannte, daß dem Übel als einer sozialen Massenerscheinung nur eine soziale Aktion begegnen könne; und zwar sind es zwei sukzessive aufeinanderfolgende Maßregeln, um die zur Zeit die protestantischen Priester in England kämpfen: Zunächst die Einschränkung der Ausschank-Stellen; dann aber völliges Verbot des Alkohol-Ausschanks.

Die anglikanischen und noch mehr die katholischen Kirchen bleiben allerdings abseits dieser Bewegung, die starken Strömungen ihrer Gemeinden zuwiderläuft und ihnen gegenüber den religiösen Fragen im engern, hergebrachten Sinne nicht hinreichend wichtig erscheint, ja, sie stellen sich vielfach, in Verbindung mit den Interessenten des Alkohol-Kapitals, gegen dieselbe. Trotzdem schreitet die Propaganda in jenen Ländern, in welchen die freien protestantischen Kreise einen bedeutenden Einfluß ausüben, so z. B. in Amerika, Australien und Neu Seeland, rasch voran. Mehrere Staaten der Union haben gerade in diesen letzten Monaten ein Gesetz angenommen, welches den einzelnen Gemeinden das Recht verleiht, den Alkohol-Ausschank zu verbieten; ein gleiches Gesetz ist in Neu Seeland schon seit langem in Kraft und hat zur Ausrottung des Alkohol-Übels aus der Mehrzahl der Neu Seeländer-Bezirke und -Gemeinden geführt.

Tiefer schürfenden Einfluß auf das soziale Leben üben die freien protestantischen Prediger in Australien. Sie haben sich, vom christlich-moralischen Gesichtspunkt ausgehend, die Ausbeutung der schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft, der Frauen und Kinder, zum Kampf-Objekt erkoren, und tatsächlich ist unter ihrem Einfluß die musterhafte Schutzgesetzgebung Australiens mit ihrer gesetzlichen Begrenzung der Arbeitszeit, ihren Minimal-Löhnen und ihrer strengen Fabrik-Inspektion geschaffen worden.

Daneben wird auch in den Kirchen Australiens immer noch die rein charitative Hilfstätigkeit gepflegt, sammeln sich opferbereite Männer und Frauen im Anschluß an die religiösen Gemeinden, um in unmittelbarer Unterstützung notleidender Familien durch Rat und Tat Elend zu lindern, sowie wohltätige Stiftungen zu befördern. Alle diese Unternehmungen größten Stils werden von der Heilsarmee betrieben, die ein gewaltiges Organisationsnetz über den ganzen Erdball, vor allem aber England und Amerika, gespannt hat. Sie unterhält unter anderem Hotels für Obdachlose, in welchen dieselben für überaus geringe Beträge Unterkunft und Kost finden können. Sie sucht in jeder Weise den Arbeitslosen Arbeit zu vermitteln und hat vor allem auch zu diesem Zweck ihre gewaltige Aktion zur Förderung der Auswanderung Arbeitsloser von England nach Canada eingeleitet. Dort sucht sie alle diese Familien, die in England selbst nur ein kümmerliches Leben hätten fristen

können, aufs Land hinaus zu führen und auf den von der kanadischen Regierung frei zur Verfügung gestellten Grundstücken anzusiedeln, aus Unglücklichen wieder nützliche und glückliche Mitglieder der Gesellschaft zu machen.

In England selbst gibt es außerdem sowohl unter den Geistlichen der freien Kirchen, wie allerdings auch denen der anglikanischen Kirchen, eine stark ausgesprochene sozialistische Strömung, welche das gesamte Programm der sozialistischen Parteien vertritt.

Aber auch von Geistlichen, die diesen Organisationen nicht angehören, wird viel zumindest von den Gegenwartsforderungen des Sozialismus: Verkürzung der Arbeitszeit, Sonntagsruhe usw., als dem moralischen und gesundheitlichen Wohlergehen der Bevölkerung förderlich, mit ganzer Entschiedenheit vertreten.

Die eigentlichen dogmatischen Gesichtspunkte treten gegenüber all dem durchaus in den Hintergrund, das Christentum wird in der Praxis tatsächlich eine Moral- und Soziallehre. So paradox dies aber auch manchen Lesern des Festlandes erscheinen mag, so sehr sie hierin eine bedeutsame, ja seltsame Fortentwicklung des Christentums erblicken mögen: Wir in den anglosächsischen Ländern erblicken darin in Wahrheit eine Erfüllung des Evangeliums, dessen echt sozialer Gehalt endlich in unserer Zeit, die reif für das Verständnis seiner ihrer Zeit vorseilenden Schöpfer geworden, wirklich begriffen wird.

CHRONIK

FREIRELIGIÖSE Bewegung in Amerika. In den neubesiedelten Staaten an der Westküste Nordamerikas, die mangels aller konservativen Traditionen jedem neuen Gedanken so willig offen stehen, haben sich auch die protestantischen Religionsgruppen besonders frei entfaltet. Von deren radikalster, den Unitariern (welche Christus bloß als Gottes Sohn, nicht als Gott anerkennen), hat sich nun eine noch weitergehende Sekte abgetrennt, die von christlichen, resp. dogmatischen Gesichtspunkten völlig absieht und ausschließlich eine Lehre freier moralischer Erbauung und sozialer Hilfstätigkeit verkörpern will. Die Bewegung nennt sich selbst: Universal-

Religion, besitzt zwei Kirchen in den beiden Hauptstädten der pazifischen Nordwestküste Tacoma und Seattle. Allsonntäglich werden darin Weiheversammlungen abgehalten, die in ihrem Äußern durchaus den üblichen Formen protestantischer Kirchen entsprechen, dem Gehalt nach aber gänzlich von ihnen abweichen, indem moralische, soziale und religionskritische Diskussionen unter Ausschließung jedes etablierten Dogmas ihren Gegenstand bilden.

Die Führer der Bewegung sind mit der gleichgerichteten freireligiösen Strömung Indiens, der Brahm-Samaj, in Verbindung getreten, ebenso mit den fortschrittlichen Kreisen des modernen Buddhismus. Der

gemeinsame Gedanke all dieser Kirchen ist, moralische Werte, Beispiele menschlichen Höhentriebes und Beleuchtung der Weltprobleme bei den großen Denkern aller Völker zu suchen, gleichgültig, ob sie dem christlichen, buddhistischen oder mohammedanischen Kultuskreis angehören.

Die Bewegung dehnt sich rasch aus und hat bereits Fühlung mit Gemeinden in Los Angeles in Kalifornien und in Chicago gefunden. Sie kann leicht zum Ausgangspunkt einer starken Nach-Links-Bewegung im Leben des protestantischen Amerikas werden und dasselbe auf einen durchaus freien Standpunkt bringen.



Ein Kongreß der katholischen Jugend zu Buenos Aires wurde vor einiger Zeit abgehalten, der davon Zeugnis ablegte, wie auch in diesem jungen Lande alle Kämpfe und Probleme Europas bereits in Erscheinung treten. Der Kongreß faßte eine Resolution, welche die Errichtung einer katholischen Universität zur besseren Förderung religiöser und patriotischer Gesinnung der Jugend forderte, ferner Beschlüsse bezüglich schärferer Theaterzensur und strenger Handhabung der Bestimmungen für öffentliche Sittlichkeit, um die Jugend vor Verirrungen zu bewahren.

Demgegenüber sprachen sich einflußreiche Kreise auch in Argentinien für die Freiheit der Wissenschaft auf den staatlichen Hochschulen und für die Freiheit der Kunst aus, ohne indes manchen Aktionen der katholischen Partei, die auf Belehrung der Jugend hinzielen, ihre Unterstützung zu versagen.



Die bulgarischen Mohammedaner. Eine eigenartige religiöse Rückbildung vollzieht sich derzeit in Bulgarien. Zur Zeit der türkischen Herr-

schaft hatte die mohammedanische Religion große Vorrechte besessen, und zahlreich waren die Übertritte zu derselben. Sie zählte auch viele Personen bulgarischer Abstammung zu ihren Gläubigen. Seither ist die gesetzliche Gleichberechtigung zwischen Christentum und Mohammedanismus in Bulgarien wieder hergestellt, und der alte Glaube wurde von vielen als Bekenntnis wieder aufgenommen. Weite Schichten der Mohammedaner hingegen, die tatsächlich der türkischen Nationalität angehörten, zogen es vor, ihre Güter zu verkaufen, das Land zu verlassen und wieder unter türkischer Botmäßigkeit zu leben.

Im Jahre 1900 gab es in Bulgarien noch 600 000 Mohammedaner; seither nimmt ihre Zahl stark ab, und in friedlicher Entwicklung, ohne irgendwelche gesetzliche Benachteiligung derselben wird Bulgarien in absehbarer Zeit ausschließlich von Bulgaren christlichen Glaubens bewohnt sein und damit das kostbare Gut nationaler Einheit gewinnen.

Helenka, Slibenow.



Die sächsische Landessynode hat der in Sachsen seit einiger Zeit sich bemerkbar machenden starken Bewegung nach Reform des Religionsunterrichts einen schweren Stein in den Weg gelegt. Man hatte die Hoffnung, auch die Landessynode werde sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß eine tiefgehende Umgestaltung im Sinne der heutigen pädagogischen Wissenschaft notwendig sei; durch die Beschlüsse der Synode sind, wie die Frkf. Ztg. mitteilt, diese Hoffnungen zu schanden geworden. Die Synode hat eine Anzahl Thesen angenommen, in denen sie sich zwar für eine neue Auswahl des religiösen Lehrstoffes und bedingungsweise auch für Milderung des Lernzwanges ausspricht, aber doch betont, daß es not-

wendig sei, der Jugend einen möglichst reichen Schatz von Kirchensprüchen und Liedern einzuprägen. In die Praxis übersetzt bedeutet das keine Beschränkung des religiösen Memorierstoffes. Die Synode hält auch fest am überkommenen Katechismus-Unterricht, nur soll dieser konfessionell nicht derart beschaffen sein, daß durch ihn der Gegensatz zu andern Konfessionen verschärft wird. Die Synode widerstrebt zwar nicht der fachmännischen Schulaufsicht, aber für den Religionsunterricht beansprucht sie auch in Zukunft die Aufsicht durch die Kirche. Nach diesen Beschlüssen wird alles im wesentlichen so bleiben, wie es ist. Sie zeugen von durchaus engherziger, kirchlicher Auffassung des großen und tiefgehenden Problems, das gegenwärtig alle Volksschichten in Sachsen beschäftigt. Nach solcher Stellung der Synode muß der Gegensatz zwischen Schule und Kirche in Sachsen noch größer werden als bisher. Das Landeskonsistorium hat heute sofort seine Zustimmung zu den Beschlüssen erklärt. Befremden muß es, daß diese auch die Billigung bekannter politisch-liberaler Mitglieder der Synode gefunden haben.



Weltliche Taufen. Die antikirchliche Bewegung, die in den letzten Jahren Frankreich bewegte, hat zu einer bedeutenden neuartigen Änderung im religiösen Leben der Bevölkerungsmassen geführt.

Allerdings wurde ja auch in andern Ländern wiederholt die Macht der Kirche gebrochen, und die intellektuellen Klassen wandten sich von ihrem Glauben ab, aber breite Schichten der Bevölkerung, vor allem die Frauen, blieben den Lehren der Kirche aufrichtig zugetan, und die alten religiösen Zeremonien: Taufen, Eheschließungen, religiöse Begräbnisse wurden weiter auch von solchen

Familien geübt, denen die wirklich religiöse Wertschätzung derselben durchaus fehlte. Die Zeremonien waren in das bürgerliche Gesellschaftsleben übergegangen. Tausend Traditionen und Formen, Sitten und soziale Gebräuche knüpften sich an sie; sie schienen ein unverlierbares Erbe.

Das französische Volk jedoch mit seiner Liebe für absolute Konsequenz und möglichstes Durchdenken aller Probleme bis ans Ende ging weiter. Auch die religiösen Gebräuche kamen hier mehr und mehr in Vergessenheit: Die Hochzeiten werden nicht mehr in der Kirche gefeiert, die Kinder nicht mehr getauft; das Christentum hört mehr und mehr auf, die Volkssitten zu beherrschen, sowie es schon früher aufgehört, Herr der Geister zu sein.

Allerdings blieben gewisse soziale Bedürfnisse bei all dem bestehen, die früher durch die Kirche befriedigt wurden: So der Trieb der Eltern, den Eintritt ihres Kindes ins Leben in feierlicher Weise begangen zu sehen und demselben, außer sich selbst, im Paten eine weitere Stütze fürs Leben zu geben. Aus dieser Idee heraus hatte schon vor einigen Jahren der Dichter Clovis Hugues die Absicht geäußert, im Volkshause zu Montmartre weltliche Taufen zu feiern. Der Plan wurde neu aufgegriffen vom sozialistischen Bürgermeister der Vorortsgemeinde Ivry bei Paris: Jules Coutant. Er selbst berichtet folgendermaßen über die Art und Weise dieser Tauffeierlichkeiten:

„Die Eltern kommen zum Bürgermeisteramt mit dem künftigen Paten und der künftigen Patin. Ich bitte sie, ihre Personalien zu Protokoll zu geben, und frage sie: „Nehmen Sie als Paten Ihres Kindes Herrn X. und Frau Y. an?“ Sie bejahen es. Hierauf sage ich zu den Paten: „Das Leben des Neugeborenen mag

vielen Zwischenfällen ausgesetzt sein; seine Eltern mögen sterben. Verpflichten Sie sich in diesem Falle, für das Kind zu sorgen, es auf den Pfad der Rechtschaffenheit zu leiten und in Ideen sozialer Solidarität aufzuerziehen?" Wenn sie bejahen, so ist die Feierlichkeit beendet. Ich herze das Kind; es hat von diesem Augenblick an zwei Väter und zwei Mütter.

Bald aber hoffe ich, bei dieser Gelegenheit den Eltern ein Sparkassenbuch mit dem Betrage von Fr. 5.— auf den Namen des Kindes lautend, übergeben zu können, so, wie die Stadt Marseille eben jetzt zu tun im Begriffe ist."

Es mag da allerdings eingewendet werden, daß der Ausbreitung dieser Sitte der natürliche Egoismus der Menschen, ihre Unwilligkeit, ihr Mangel an Bereitschaft, für das Kind anderereventuell zu sorgen, entgegensteht. Aber es gibt zweifelsohne viele, die auch hierzu sich bereit erklären würden, um guten Freunden Beruhigung für die Zukunft ihrer Kinder zu gewähren, und es liegt sogar nahe und wird von mehreren Seiten angeregt, die ganze neue Sitte in Gesetzesform zu kleiden und so den neuen weltlichen Taufen auch bindende Kraft zu geben.

Raymond Darsiles, Moulins.



Die Vedantaphilosophie ist die letzte Blüte indisch-religiösen Geistes, an jener Markscheide stehend, wo sich Religion, Philosophie und Wissenschaft treffen und zu höherer Einheit sich verbinden. Sie ist pantheistisch, erfaßt die Allgegenwart des Weltgeistes im All und die göttliche Wesensart eben des Weltalls selbst. Die Verehrung persönlicher Götter oder auch eines persönlichen Welterschöpfers ist ihr fremd. Alle Dinge sind für sie im Wesen geistig, der Stoff selbst ist nur eine Erscheinungs-

form desselben, und die Untersuchung all der Gesetze der Stoffwelt, die experimentelle und wissenschaftliche Erforschung der Naturerscheinungen kann nach ihrer Ansicht niemals zur letzten Wahrheit führen. Wir müssen uns vielmehr von den Dingen dieser Welt entfernen, nichts empfinden, nichts sehen, nichts hören, alle unsere Wünsche und Leidenschaften unterdrücken, uns in die Einöde zurückziehen und in der höchsten Konzentration des eigenen Ichs ein Begreifen des Seins suchen. Ein Leben genügt nicht, um zum Ziele zu gelangen; darum glaubt auch der Anhänger der Vedantaphilosophie, daß die menschliche Seele immer wieder aufs neue verschiedene Körpergestalt annimmt, sich immer mehr vervollkommnend dem Ideal nähert und im Laufe der Jahrtausende endlich dazu kommen werde, von allen irdischen Gedanken und Bestrebungen befreit, als reiner Geist in die göttliche Alleinheit einzukehren.

Eben dieser letzte Gedanke der Evolution, die Idee der Entwicklung von der Körperwelt zum reinen Geist, zum Weltgeist hin, mußte die Vedantaphilosophie zur modernen, evolutionistischen Philosophie Lamarcks, Darwins und Spencers führen. Eine Schule erwuchs, der u. a. auch der Religionsphilosoph Tripathi angehörte, welche, die Synthese beider erstrebend, die wissenschaftliche Beweisführung Darwins und sein Gesetz der Aufwärtsentwicklung akzeptiert, wesentlichen Inhalt dieser Entwicklung in der zunehmenden Vergeistigung der organischen Welt und in der stets feineren Gestaltung des menschlichen Gehirnes erblickt und als Ziel dieser biologischen und anthropologischen Wandlung reine Geisteswesen träumt.

Aus dieser Anschauung erfließen denn mit logischer Folgerichtigkeit die moralischen Imperative der Selbstzucht. Das stete Streben nach Ver-

vollkommen, nach Erfüllung des Naturberufes: Entwicklungsstufe auf der Linie zum Weltgeist zu sein, eine Idee, die sehr wohl auch dem Westländer, durchaus im Einklang mit seinen eigenen Wissenschaftslehren, neue seelische Werte geben könnte...

Charles Daufresne, Paris.



Gemischte Ehen und katholische Kirche.

Der diesjährige Fasten-Hirtenbrief des Bischofs Benzler in Metz hat die gemischten Ehen zum Gegenstand, von denen behauptet wird, daß sie eine große Versuchung für den katholischen Teil seien, den „irrigen religiösen Anschauungen des andern Teils näher zu treten, den Abscheu vor denselben zu verlieren und so mehr und mehr im eigenen Glauben zu erkalten“. Der Hauptverein Lothringen des Evangelischen Bundes veröffentlicht nun gegen den Hirtenbrief folgende Kundgebung: Der Hirtenbrief des Bischofs Benzler hat in weiten Kreisen des Lothringer Landes große Entrüstung hervorgerufen. Wir protestieren gegen die

maßlose Herabwürdigung der evangelischen Ehe, die es nicht nötig hat, gegen eine solche Verunglimpfung in Schutz genommen zu werden. Wir protestieren gegen den unduldsamen Geist eines engherzigen Konfessionalismus, der durch Aufrichtung chinesischer Mauern das friedliche Zusammenleben der Konfessionen erschwert. Wir protestieren gegen die Ungeheuerlichkeit, daß ein deutscher Bischof es wagt, die Pflege des „Abscheus“ gegen die „irrigen religiösen Anschauungen“ der Nichtkatholiken als ein wichtiges Stück christlicher Seelsorge hinzustellen. Wir wissen uns in der Verurteilung einer derartigen Aufstachelung der konfessionellen Leidenschaften und in dem Protest gegen diesen erneuten Erweis ultramontaner Anmaßung mit einem großen Teil der deutschen Katholiken einig. Wir sind überzeugt, daß durch diesen Hirtenbrief die nationalen Interessen aufs empfindlichste geschädigt sind, denn unser Volk hat den Geist religiöser Duldsamkeit nötig wie das tägliche Brot“.



RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS VON PROF. DR. RODOLPHE BRODA-PARIS

KIRCHLICHER UND WELTLICHER MORALUNTERRICHT.



Bei allen Völkern, denen ein organisiertes Schulwesen eigen ist, sehen wir dieses nach zwei Zielen streben; einerseits nach der Ausrüstung des Schülers mit gewissen Kenntnissen, die ihn zur Selbstbehauptung im Lebenskampfe befähigen sollen, andererseits nach Heranziehung nützlicher Mitglieder der gegebenen Gesellschaft, wozu auch die Ausbildung jener sozialen Eigenschaften im Schüler gehört, die eine Gefährdung des öffentlichen Friedens durch ihn ausschließen. Allerdings ging diese letztere moralische Unterweisung durch all die langen Jahrhunderte menschlicher Kultur im religiösen Unterrichte auf, der seinerseits zunächst den intimen Zwecken der Götterverehrung diente und zugleich bei den meisten Völkern die Pflegestätte der nationalen Kultur darstellte; noch heute fallen bei den orientalischen Völkern nationale Religion und nationale Kulturtradition durchaus zusammen; immer und überall aber blieb das Element moralischer Unterweisung merkbar und trat bei den semitischen Völkern, vor allem bei den Juden und Christen, durchaus in den Vordergrund.

Nur wenige Völker haben von alters her, unabhängig von religiösem Glauben, Notwendigkeiten moralischer Unterweisung genügt; unter ihnen vor allem und den andern Völkern weit voran: China. Dank dem geringen metaphysischen Bedürfnis und andererseits dem großen Gerechtigkeitssinn und der scharfen Begabung dieses Volkes für die Notwendigkeiten des praktischen Lebens, gewann die konfuzianische Moralphilosophie frühzeitig eine überragende Stellung im kulturellen Leben des Landes, wie sie denn auch wesentlichster Lehrgegenstand in den Schulen wurde. Gewiß handelte es sich hier nicht um einen rein rationalistischen Moralunterricht; er war vielmehr im Gewande der Sprüche des Meisters eng verknüpft mit der historisch gewordenen Kulturtradition des Volkes und, psychologisch genommen, gar nicht so unähnlich der Lehre von den religiösen Moralvorschriften des Christentums; nur daß man diese moralischen Lebensvorschriften niemals mit irgendwelcher Vorstellung übernatürlicher Gewalten verband, sondern einfach die Notwendigkeiten des sozialen Lebens, wie sie der Meister geschaut, in ihnen behandelte. China hat also tatsächlich in gewissem Grade jenes Problem gelöst, vor das Europa in allerjüngster Zeit gestellt wurde.

Das Problem trat in den angelsächsischen und gewissen anderen Ländern sehr verschiedenartig auf, nicht etwa bloß äußerlich, sondern seiner inneren Begründung nach. In den angelsächsischen Ländern hat sich im Laufe der letzten Jahrhunderte eine große Vielfältigkeit der christlichen Konfessionen herausgebildet, und während in England trotz allem die Staatskirche eine

überragende Stellung behauptete, löste sich das kirchliche Leben Amerikas und der englischen Kolonien in die mannigfaltigsten, überwiegend freisinnig gerichteten und demokratisch regierten Religionsgemeinschaften auf. Wie sollte derart der alte christlich-kirchliche Religionsunterricht weitergeführt werden, wo doch die Kinder der gleichen Schule vielleicht 10 verschiedenen protestantischen Konfessionen angehören, ganz abgesehen von den katholischen oder jüdischen Zöglingen?

In England wird dieses Problem als ein heute noch ungelöstes leidenschaftlich diskutiert. Wohl schien es eine Zeitlang, als wolle man sich auf eine Art interkonfessionellen, jedoch religiös begründeten Moralunterricht einigen, der im wesentlichen die Bibel behandeln und ihre großen moralischen Schätze nutzen sollte. Aber wenn die vorgeschritten-protestantischen Gruppen meinten, die Bibellektüre müsse doch für alle christlichen Konfessionen als gemeinsam-christliche Grundlage akzeptabel sein, und solange man über ihre moralische Wertung hinaus nicht zu positiv dogmatischen Differenzpunkten übergehe, könnten alle Kinder am Unterrichte teilnehmen, so beruhte diese Meinung eben auf einer Verwechslung ihrer eigenen Anschauung mit jener der autoritär und konservativ gebliebenen christlichen Konfessionen. Die Katholiken zuvörderst erkennen die Bibel gar nicht als einzige oder auch nur ausschlaggebende Quelle für moralische und religiöse Erbauung an, sondern suchen diese in der Tradition der Kirche. Der Versuch der freien protestantischen Gemeinden, wie er von der derzeitigen englischen Regierung formuliert und in vielfältigen Kompromißversuchen standhaft verteidigt wurde, ist vor kurzem endgültig gescheitert. Das Problem bleibt ungelöst und viele fortgeschrittene Engländer sagen sich angesichts dieser Sachlage, daß bloß die völlige Ausschaltung des Religionsunterrichtes aus der staatlichen Schule übrig bleibe; in ihren eigenen Religionsversammlungen und Sonntagsschulen könnten die Konfessionen auch weiter religiöse Unterweisung nach den Grundsätzen ihres eigenen Glaubens erteilen: Der Staat wolle nichts mehr damit zu tun haben.

Eben diese vorbildlich weltliche Lösung des Problems ist in Amerika und Australien seit langem geltendes Recht. Der Staat hat in seine Schulen bloß die weltlichen Unterrichtsgegenstände eingeführt, religiösen Unterweisungen gibt er darin keinen Raum, sondern überläßt sie den religiösen Gemeinschaften resp. überläßt es den Vätern, ihre Kinder in die von denselben unterhaltenen Sonntagsschulen zu senden oder nicht zu senden. Meist wählen die Väter das erstere, denn das religiös kirchliche Leben ist in den genannten angelsächsischen Ländern ja noch heute, ob auch freisinnig gerichtet, ein sehr aktives.

Immerhin sind es nicht alle Kinder, welche die Sonntagsschule besuchen und so indirekt einer moralischen Unterweisung teilhaftig werden, und andererseits erkannte der Staat mehr und mehr, daß er an gewissen sozialen Tugenden seiner künftigen Bürger doch ein so unmittelbares und starkes Interesse habe, daß er die Verbreitung dieser Tugenden nicht ganz allein den ihm fremden religiösen Gemeinschaften überlassen könne. Vor allem die politischen Pflichten des einzelnen gegen den Staat, dann aber auch die Erkenntnis der schweren Gefahren der Unmäßigkeit im Trunk wurden so mehr und mehr als notwendige Gegenstände der Schulunterweisung erkannt und z. B. in Australien als eine Art rudimentären Moralunterrichts in die staatlichen Schulen eingeführt. Vielfach beschäftigt man sich auch mit dem Gedanken eines weitergehenden weltlichen Moralunterrichtes, der

hauptsächlich die für die soziale Gemeinschaft notwendigen Eigenschaften und Tugenden pflegen soll, kam aber für die Volksschule hierin noch zu keinen präzisen Formulierungen. Für höhere Schulen realisierte man vielfach jenen alten Gedanken der freien Christengemeinden, die Bibel selbst und neben ihr auch die Probleme des modernen Lebens religiös und moralisch zu beleuchten und zu verwerten. So wird an amerikanischen Hochschulen einmal wöchentlich (z. B. an der New Yorker Columbia-Universität in der schönen zur Hochschule gehörenden Kapelle) ein interkonfessioneller Gottesdienst abgehalten, indem nach einleitendem Gesange ein Geistlicher oder aber ein Professor der Universität das Wort ergreift, um ein dringendes Moral- oder Sozialproblem zu erörtern. Religiöse Lieder beschließen die Feier.

In diesem freien Milieu, das sich, ohne die anderen Auffassungen irgendwie angreifen zu wollen, nur an jene wendet, welche der gemeinsamen Linie der freien Gemeinschaften angehören, konnte der Gedanke der nicht konfessionellen religiösen Erbauung somit zur Durchführung gelangen. Wiederholt wurde Verfasser dieser Zeilen in solchen frei-kirchlichen Versammlungen Amerikas und Australiens aufgefordert, an die Versammlung einige Worte über ein dringendes Moral- oder Sozialproblem zu richten, wenngleich den Leitern derselben seine Nichtübereinstimmung mit ihren religiösen Auffassungen wohl bekannt war.

In durchaus konsequenter Weise wurde dann auch die Idee weltlicher Moral und Morallehre (aber freilich im wesentlichen für Erwachsene, nur in beschränktem Maße auch für Kinder) von den ethischen Gesellschaften verwirklicht, die in den Städten Englands und Amerikas viele Tausende Anhänger aus den gebildetsten und einflußreichsten Schichten gewannen und heute Anhänger der verschiedensten religiösen und philosophischen Richtungen zu gemeinsamem Studium moralischer Probleme vereinen, in ihren Sonntagsversammlungen starken Einfluß auf die zuströmenden Volksmassen ausüben, daneben auch, wie bemerkt, in ihren Sonntagsschulen den Kindern der ständigen Mitglieder weltlichen Moralunterricht erteilen. Für den derzeitigen Stand des Moralunterrichtsproblems in den angelsächsischen Ländern ist also wohl eine Tendenz zur stets weitergehenden Ausschließung konfessionellen Unterrichts aus den Schulen, andererseits eine weltlichem Moralunterricht günstige Strömung charakteristisch. Nur sucht man die Kontinuität mit der Moralwelt der biblischen Jahrtausende möglichst aufrecht zu erhalten.

Ganz anders gestaltete sich das Problem für die Länder des europäischen Festlandes. Überwiegend sind hier die Konfessionen geographisch voneinander geschieden. Wo es anders ist, wie in gewissen von Katholiken und Protestanten bewohnten Landstrichen Deutschlands, ist, ob der starken konservativen Tradition, an eine Verweltlichung der Schule oder Einführung weltlichen Moralunterrichts zunächst noch kaum zu denken. In den freisinniger gerichteten Ländern, in erster Linie Frankreich, dann auch in gewissen Teilen Österreichs, konnte das Problem der konfessionellen Gemengelage keinen Anlaß zu Schwierigkeiten bieten: Diese Länder sind dem Namen resp. der Tradition, nach rein katholisch. Wohl aber rollte, ein ganz anderer Gesichtspunkt das gleiche Problem auf, nämlich der wachsende Einfluß freisinniger Ideen, welcher den katholischen Glauben mehr und mehr aus den Kreisen der Gebildeten, allmählich aber auch aus den breiten Schichten wenn nicht der ländlichen, so doch der städtischen Bevölkerung, verschwinden ließ.

So wurde der Ruf darnach immer lauter, die beherrschende Stellung der katholischen Kirche in der Schule zu beseitigen, den Unterricht der weltlichen Lehrgegenstände von jeder Beeinflussung durch die Kirche zu befreien. Diese Forderung gab gerade in Österreich zu großen politischen Kämpfen Veranlassung, und endlich, im Jahre 1868, führte sie das neue Volksschulgesetz mit seiner völligen Befreiung der Schule von religiöser Oberaufsicht herauf.

Trotzdem aber wurde der katholische Religionsunterricht als ein obligatorischer Lehrgegenstand in der Staatsschule festgehalten und die religiös-sittliche Erziehung der Kinder als oberstes Unterrichtsziel auch fürderhin festgelegt. Allmählich mit der Zurückstauung der für kurze Zeit so starken liberalen Bewegung und dem Wiederaufwachen klerikaler Bestrebungen im Volke wurden dann auch kirchliche Übungen und kirchliches Leben wieder mehr und mehr in die Schulen zurückgeführt. Der Widerstand hiergegen erzeugte nun aber private Bestrebungen, die eine von kirchlicher Bevormundung durchaus befreite Erziehung forderten. Vor wenigen Jahren wurde der Verein „Freie Schule“ gegründet, welcher rasch Zehntausende von Mitgliedern gewann und sich zum Ziele gesetzt hat, in ganz Österreich Schulen zu errichten, welche im Sinne des Gesetzes katholischen Religionsunterricht wohl zulassen müssen, sich aber von allen kirchlichen Einflüssen im übrigen freizuhalten verstanden.

Der Verein hat auch zunächst für die deutschsprachigen Länder Österreichs ein Programm weltlichen Moralunterrichts ausgearbeitet, das in diesem Schuljahre zum erstenmal zur Durchführung gelangte (siehe Artikel von G. Schmiedl in der Februar-Nummer dieser Zeitschrift): In durchaus pädagogischer planmäßiger Weise soll an Hand von lebenswahren Erzählungen, passenden Märchen und Fabeln, und insbesondere von Ereignissen des Schullebens versucht werden, den Kindern die wichtigsten sittlichen Begriffe zu vermitteln (ethischer Anschauungsunterricht), woran sich dann Besprechungen über den Pflichtenkreis von Kindern und Erwachsenen schließen sollen. Die nähere pädagogische Einteilung mag hier an Hand obenerwähnten Aufsatzes zitiert werden, weil sie tatsächlich wohl den ersten Versuch darstellt, der bisher mit der Einführung eines modernen weltlichen Moralunterrichts gemacht wurde.

a) Unterstufe: Ethischer Anschauungsunterricht
Beispiele von Nächstenliebe, Tierfreundlichkeit, Verträglichkeit, Verkleinerungssucht, Angeberei, Neid, Zorn, Naschhaftigkeit, Gier, Dankbarkeit gegen die Eltern, Gehorsam, Wahrhaftigkeit, Lüge, Dienstfertigkeit, Gefälligkeit, Versöhnlichkeit, Güte, Ehrlichkeit, Mut, Ausdauer und anderem mehr.

b) Mittelstufe: Fortsetzung des ethischen Anschauungsunterrichts. Beispiele zur Erläuterung der Begriffe von Gerechtigkeit, Unwahrheit, Täuschung, Diebstahl, Mord, Verleumdung, Rachsucht, Gewissenhaftigkeit, Großmut, Wohltätigkeit, Selbstbeherrschung, Geistesgegenwart, Verantwortlichkeit u. a. m.

Besprechungen über den kindlichen Pflichtenkreis (gegen sich selbst, gegen die Eltern, Geschwister und Kameraden, gegen andere Menschen, gegen Tiere).

c) Oberstufe: Besprechungen über den Pflichtenkreis der Erwachsenen, über den Wert der Arbeit, über die Rechte und Pflichten des Staatsbürgers (Bürgerkunde). Übersichtliche Geschichte der Religionen.

Der Moralunterricht wird vom gleichen Lehrer besorgt, dem auch die Erteilung des übrigen Fachunterrichts zusteht. Eine besondere neue Einteilung ist es, daß den Schülern der Oberstufe ein gewisses Maß von Selbstregierung in der Handhabung der Schuldisziplin eingeräumt wird. Es erinnert dies an gewisse amerikanische Gründungen, Schulstaaten, in denen ein förmliches Schülerparlament mit Exekutivorganen, Verwaltung und Polizei errichtet wurde, wodurch die Kinder sich frühzeitig an die Handhabung parlamentarischer Institutionen gewöhnen (siehe Artikel von Dr. Lessing über Landerziehungsheime im vorjährigen Aprilheft dieser Zeitschrift).

In Deutschland lagen die Verhältnisse bisher minder günstig. Den kirchlichen Kreisen, die vielleicht gar nicht einmal so mächtig sind wie in Österreich, wirkt keinerlei intensive freisinnige Bewegung, keine Organisation nach Art der „Freien Schule“ entgegen; ja, die politische Entwicklung hat sogar viele Schichten, die sich vom eigentlichen religiösen Dogma durchaus loslösten, zu einer Anlehnung an kirchliche Bestrebungen geführt, bloß deshalb, weil dieselben als eine Stütze des bestehenden Staats, der heutigen Gesellschaftsordnung gegen drohende revolutionäre Strömungen aufgefaßt werden können. Andererseits zielen Bestrebungen in der sozialdemokratischen Partei wieder auf Abschüttelung des Jochs der anerkannten Kirche ab (siehe Artikel von Paul Goehre auf S. 279). Das Problem und die Antithese von Kirchentum und Freisinn wurden somit in Deutschland ganz unnatürlicherweise in eine ganz heterogene politische Gegensätzlichkeit hinübergespielt; und eben weil diese Bestrebungen rein negativer Natur sind, kann von einem positiven Aufbau neuer Institutionen, wie eines weltlichen Moralunterrichtes in eigenen Schulen, kaum die Rede sein.

Ganz anders verhält es sich allerdings mit der monistischen Bewegung, welche die derzeit wohl hoffnungsvollste Erscheinung im Kampfe Deutschlands um eine neue, vom Kirchentum freie Geisteskultur darstellt. Sie mag sehr wohl später auch zur Beschäftigung mit dem Problem weltlichen Moralunterrichts gelangen.

Das einzige Land des europäischen Festlandes, wo ein solcher seit nunmehr bereits einem Vierteljahrhundert tatsächlich erteilt wird, ist Frankreich. Jeder konfessionelle Unterricht ist seit der genannten Zeitspanne aus den französischen Schulen verschwunden, das Problem, in welcher Weise die für das Bestehen der Gesellschaft notwendigen moralischen Prinzipien der heranwachsenden Jugend zugeführt werden sollen, wenn auf die traditionelle Hilfe der Kirche nicht mehr zu rechnen ist, ist somit in voller Reinheit aufgerollt. Wirklich bedeutend hat sich der weltliche Moralunterricht bisher aber noch nicht entwickelt, wirklich großes Interesse wird ihm bis jetzt noch nicht gezollt. Überwiegend hängt er vom individuellen Ermessen des Lehrers ab, der des Lebens moralische Weisungen vermitteln soll. Nur wenn der individuelle Lehrer seine Mission tatsächlich ernst auffaßt und von den Grundsätzen sozialer Solidarität, welche die besten Männer der französischen Demokratie beseelen, wahrhaft durchdrungen ist, kann sein Moralunterricht tatsächlich Bedeutendes in die jungen Seelen pflanzen.

Ein interessanter Versuch, die Möglichkeiten einer Reform und Umgestaltung zu studieren, wurde kürzlich von der „Union des Libres Penseurs et des Libres Croyants pour la Culture morale“ unternommen (siehe meine Notiz im Novemberheft der Zeitschrift). Das Komitee derselben setzte sich zur Aufgabe, einen moralischen Kodex als Grundlage zur Unterweisung der Kinder in den Schulen auszuarbeiten. Allerdings zeigte sich sofort in prak-

tischer Weise, daß jede unserer großen philosophischen und sozialen Anschauungen und Schulen ein eigenes Moralsystem besitze, daß eine von Vertretern aller Richtungen anerkannte Morallehre nicht bestehe. Wissenschaftlich ist es auch in der Tat eine allgemein anerkannte Tatsache, daß die Moral als Resultierende der spezifischen sozialen und geistigen Faktoren einer gegebenen Geschichtsepoche mit jeder Wandlung der allgemeinen Gesellschaftsordnung und Geisteskultur sich selbst wandle, daß z. B. Grundsätze, die in unserem Milieu als selbstverständlich gelten, wie die Pflege des Lebens unserer Kinder, in anderen wieder durchaus nicht gegolten haben, vielmehr Kinderopfer zu Ehren der Gottheit als Gott gefällig angesehen wurde, während in noch anderen Gruppen die Tötung der Greise für unser Moralempfinden furchtbarstes Verbrechen, durchaus angängig erschien. Ebenso werden ja auch, um bloß die allerbekanntesten Beispiele zu wählen, alle unsere Grundsätze der Nächstenliebe, die uns ob der gewaltigen Macht, zu der sie in ihrer jahrtausendlangen Geltung im Judentum und Christentum in Vererbung und Suggestion uns gegenüber gelangt sind, so durchaus evident erscheinen, von der Nietzscheanischen Moralphilosophie und den vielen Intelligenzen, die ihr anhängen, schlechtweg verneint. Gegenüber dieser Unmöglichkeit, einen wirklich gemeinsamen Moralboden zu finden, einigte man sich im genannten Komitee daraufhin, daß gewisse Grundsätze des Lebens für die Wohlfahrt des einzelnen, der in einem gegebenen Milieu sein Leben gestalten soll, wie auch für das Gedeihen der Gemeinschaft doch derart notwendig seien, daß ihre scharfe Prägung im Sinne einer Lehre dem Schüler selbst und der Gesamtheit zum Vorteile gereiche. Diese Nützlichkeit sozialer Moral schien dem Komitee hinreichende Rechtfertigung des Lehrenden und andererseits die bloße suggestive Kraft des Lehrers, der dem Schüler die zu lernenden Lehrsätze als unmittelbar evident, den allgemeinen Erfahrungen und Anschauungen aller rechtlich denkenden Menschen entsprechend darstellt, ein hinreichend taugliches Mittel zur suggestiven Einpflanzung der aufgestellten Moralgrundsätze in die Seelen der Kinder. Gewiß ist es auch, daß über die soziale Nützlichkeit vieler Tugenden (wie der Enthaltung von Ausschweifung, Trunk und Gewalttätigkeit oder nach der positiven Seite hin, Liebe zum Gemeinwesen und der Menschheit, Tätigkeit fürs Beste derselben) in eben den genannten scharf umrissenen Kreisen fortschrittlicher Demokratie, die heute in Frankreich herrschen, eine Meinungsverschiedenheit nicht besteht: Eine Moral der Selbstzucht und der sozialen Solidarität könnte daher für Frankreich als die im gegenwärtigen Augenblick notwendige gelten und somit auch ohne Gefahr der Anfechtung Gegenstand der Moralunterweisung in den Schulen werden. In analoger Weise wäre es gewiß auch möglich, in anderen Ländern den Moralunterricht im Sinne der herrschenden sozialen Staatslehre auszugestalten. Die beim ersten Hinsehen groß erscheinende Gefahr, daß auf diese Art in Ländern, deren Staatsgewalt minder fortschrittlich als das Volksempfinden selbst gerichtet ist, wie in Deutschland, ungünstige seelische Keime ins Gemüt der Jugend gesenkt würden, ist vielleicht nicht so groß. Der Naturtrieb der jungen Generation selbst lehrt sie Auflehnung gegen das Lächerliche, Unnatürliche, wo immer man es ihr bieten möchte. Beweis dessen, daß viele der hervorragendsten freisinnigen Schriftsteller Europas aus kirchlichen Schulen von ehemals hervorgegangen sind.

So scheint auch für unseren Erdteil, wenn wir uns den Anschauungen des genannten Komitees anschließen wollen, die nächste Entwicklungsstufe

des Moralunterrichtes eine utilitaristische zu sein, in ähnlicher Weise den Notwendigkeiten unseres Lebens angepaßt, wie die Moralunterweisung Chinas seit Jahrtausenden den chinesischen Verhältnissen entsprach (siehe Artikel von S. M. Perlmann auf S. 301) und die nach chinesischem und europäischem Beispiele sich aufbauende Moralunterweisung Japans die gegenwärtigen Notwendigkeiten jenes Landes befriedigt (siehe Artikel von Dr. Motoda auf S. 294).

Immerhin wird dieser Moralunterricht, über das allgemein Anerkannte hinaus, die unerkennbaren Züge und Postulate der Besten seines Volkes bergen und gerade in diesem Sinne sind die Bestrebungen Frankreichs, eine Moral sozialer Solidarität mit den Armen und Bedrängten auszubilden und selbst in den Schulen zu lehren, durchaus fortschrittlich gerichtet und das Ideal des Fortschritts selbst tritt in ihnen stets mehr in Erscheinung. Das aber mag hinüberleiten zu einer neuen Stufe von Moral und Moralunterricht, die dann allerdings streng wissenschaftlicher Begründung nicht entbehren würde, zu einer Moralunterweisung, welche dem einzelnen als höchste Aufgabe hinstellt, dem Gedeihen und der Aufwärtsentwicklung der Menschheit zu dienen.

Unsere moderne, auf Darwins Gedanken aufgebaute Naturanschauung lehrt uns, daß aller Lebewesen höchster Daseinszweck in der eigenen Vervollkommnung und Vorbahnung höherer Entwicklungen besteht, daß somit auch der Mensch nach eigener Vervollkommnung und Förderung des Gattungsfortschritts, nach Vorbereitung des Zukünftigen streben müsse, daß alle dem Fortschritt dienenden Handlungen als „gut“, alle dem Fortschritt hinderlichen als „schlecht“ anzusehen sind. Wenn wir noch den Gedanken einbeziehen, daß eine wesentlichste Bedingung des sozialen Fortschritts das einträchtige Wirken aller Volksgenossen, die soziale Solidarität ist, so besitzen wir eine wissenschaftlich unangreifbare Grundlage einer neuen, evolutionistischen Moral. Sowie diese aber einmal Gemeingut der Besten der Zukunftsmenschheit geworden, dann wird sie auch jene absolute Grundlage der Moralunterweisung in den Schulen abgeben können, die wir heute noch nicht besitzen, dann wird das Problem ein wahrhaft lösbares auch im idealen Sinne des Wortes werden. Heute müssen wir für Zwecke der praktischen Unterrichtspolitik zwischen all den realen Schäden und Unmöglichkeiten widernatürlicher Aufrechthaltung eines religiösen Unterrichts, welcher einer wachsenden Zahl von Bürgern nicht mehr entspricht, und den theoretischen Unzulänglichkeiten des neuen Moralunterrichts das kleinere Übel wählen: Zunächst die morsche Bahn der alten Religionsunterweisung abubrechen, resolut auf dem Boden der geschichtlich gewordenen Tatsachen Fuß zu fassen und tastend, Schritt für Schritt, die neuen Moralprinzipien sich zu eigen machend, unseren Kindern einen neuen moralischen Bildungsgang zu erschließen.

Versuche, wie der der freien Schule in Wien und des oben erwähnten Verbandes für moralische Kultur in Paris, sowie der ethischen Gesellschaften Englands und Amerikas, zeigen bereits gewisse Möglichkeiten praktischer Realisierung.

KORRESPONDENZEN

ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG

WILLMAT, CHARLOTTENBURG: DIE INTERNATIONALEN KONGRESSE DER HANDELSKAMMERN UND WIRTSCHAFTLICHEN VERBÄNDE.



ÄHREND auf fast allen Gebieten der Wissenschaft wie der Praxis sich unter den Angehörigen der verschiedenen Kulturstaaen bereits feste internationale Beziehungen und Einrichtungen seit langem herausgebildet haben, wie die große Zahl internationaler Kongresse usw. zeigt, fehlte bis vor kurzem den am internationalen Wirtschaftsleben doch in allervorderster Linie beteiligten Faktoren, der Industrie und dem Handel, ein fester Rahmen, innerhalb dessen die zahlreichen gemeinsamen Aufgaben beraten und zu ersprießlichem Ende geführt werden konnten. Und welche Fülle von Aufgaben und gemeinsamen Bestrebungen, welch großes Reibungsfeld andererseits boten gerade Auslandsindustrie und Außenhandel.

Die Fragen des Grenzverkehrs, die Besteuerung der Geschäftsreisenden im Ausland, die Zollbehandlung von Mustern und Warenproben, die Heranziehung exportierender Firmen zu Steuern im Ausland, Tarabehandlung, Veterinärgesetzgebung, der Retourwaren- und der Veredelungsverkehr, die Behandlung ausländischer Schuldner, die auswärtigen Rechtsverhältnisse: all diese Fragen — und man könnte die Liste beliebig verlängern — sind bei der zunehmenden Internationalisierung des Wirtschaftslebens gemeinsame Angelegenheiten der Kulturvölker geworden, Angelegenheiten, die unbeschadet der verschiedenen zollpolitischen Bestrebungen sowie der sonst differierenden Anschauungen und Tendenzen in den beteiligten Kreisen es immer mehr zur Notwendigkeit machten, auch gemeinsame Einrichtungen zur Durchberatung all dieser Probleme und zur Durchführung der gefaßten Beschlüsse bei den verschiedenen Staatsregierungen zu schaffen. Diese Notwendigkeit machte sich natürlich in allen Ländern, die intensiv Handel und Industrie treiben, geltend. Überall verbreitete sich die Erkenntnis, daß hier eine gemeinsame internationale Organisation unendlich segensreich wirken könnte. Von der Erkenntnis zur Tat ist aber meist noch ein weiter Weg. Und so war es denn ein unbestreitbares Verdienst des Deutschen Handelsvertragsvereins, daß er bereits früher als irgendeine andere Vereinigung des In- und Auslandes zur Tat schritt. In seinem Geschäftsberichte für das Jahr 1903—1904 heißt es bereits unter Hinweis auf die vorstehend genannten gemeinsamen Fragen des internationalen Handels: — — — „es erschien wünschenswert, ein einschlägiges Vorgehen nicht einseitig in Deutschland allein einzuleiten, sondern auf irgend-

welche Weise eine gemeinsame Beratung bzw. Verständigung mit den in gleicher Richtung interessierten Stellen des Auslandes herbeizuführen.“ Und weiterhin: „Aus diesen Erwägungen hat der Handelsvertragsverein Schritte getan, um für solche Fälle ein gemeinsames Vorgehen aller interessierten Kreise zu ermöglichen, nämlich durch Vorbereitung einer internationalen Sachverständigen-Konferenz, an welcher sich tunlichst alle wichtigeren Staaten, wenigstens Europas, durch Delegierte namhafter industrieller und kaufmännischer Interessenvertretungen beteiligen sollen. Mit der Veranstaltung dieser Konferenz soll nach Rücksprache mit maßgebenden Persönlichkeiten der Reichsregierung aus Zweckmäßigkeitsgründen noch gewartet werden, bis die neuen Handelsverträge der Öffentlichkeit vorliegen. Doch hat der Handelsvertragsverein bereits unter der Hand mit geeigneten ausländischen Organisationen Fühlung genommen und bei diesen ausnahmslos lebhaftes Entgegenkommen und Sympathie für das Projekt gefunden. Eventuell würden periodische Wiederholungen dieser Konferenz in Frage kommen.“ Die geplante Konferenz fand sodann vom 17. bis 19. Mai 1905 in Berlin statt. Es nahmen an ihr 85 Personen teil, darunter 40 Vertreter des Auslandes, und zwar aus folgenden Staaten: Belgien, Dänemark, Finnland, Großbritannien, Italien, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, Ungarn, Vereinigte Staaten von Amerika. Auf dieser Konferenz wurde als einer der wichtigsten Gegenstände der Antrag des Handelsvertragsvereins auf Begründung eines „Periodischen Internationalen Wirtschaftskongresses“ verhandelt, „als dessen Teilnehmer in erster Linie Delegierte der in allen Ländern bestehenden wirtschaftlichen Körperschaften in Betracht kommen“, und der ein ständiges Kongreßbureau zur Aufrechterhaltung ständiger Beziehungen zwischen den wirtschaftlichen Körperschaften der verschiedenen Länder einrichten und in Händen eines aus Vertretern namhafter Körperschaften der wichtigsten Kulturstaaen gebildeten Ausschusses liegen sollte. Der Vorschlag wurde im Prinzip angenommen und zu seiner Verwirklichung ein „Internationaler provisorischer Ausschuß“ gewählt. Lediglich um von vornherein jede Einseitigkeit und Zwiespältigkeit zu verhindern, legte dieser Ausschuß seinen Plan auch dem Kongreß zu Mons vor und der inzwischen von der belgischen Kammer einberufenen Lütticher Handelskammer-Tagung, welcher der bekannte englische Ökonömist Sir Thomas Barklay den Antrag der Begründung eines internationalen Bureaus der Handelskammern als gemeinsame Informationsstelle dieser Körperschaften unterbreitet hatte als ein in doppelter Hinsicht engeres Ziel. Der weit umfassendere offizielle Plan des auf der Berliner Maikonferenz eingesetzten „provisorischen Ausschusses“: eine internationale Verbindung aller wirtschaftlichen Interessenvertretungen durch eine internationale Zentralorganisation zu schaffen, errang in Lüttich den Sieg. — Man wird — unbeschadet des Lobes und der Anerkennung, die Dr. Alfred Mayer in seinem Aufsatz über die internationalen Kongresse der Handelskammern und der wirtschaftlichen Verbände in Heft 2 dieser Revue den eifrigen und regsamen belgischen Handelskammern spendet, — anerkennen müssen, daß der Initiative des deutschen Handelsvertragsvereins die so erfolgreiche Einrichtung der internationalen Wirtschaftskongresse zu danken ist.

J. A. HOBSON, LONDON: DIE GEPLANTE ENGLISCHE STEUERREFORM.



INE überaus günstige Situation für die Fortentwicklung direkter Steuern ergibt sich in diesem Jahre in England. Die Regierung sieht sich vor einen großen Geldbedarf gestellt, den sie bedauern, aber nicht umgehen kann. Verantwortlich für denselben ist einerseits die Fortentwicklung der sozialen Gesetzgebung, insbesondere die Einführung der Arbeiter-Alterspensionen, welche ohne jeden Beitrag der Beteiligten ausschließlich vom Staate bezahlt werden, ferner die für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit notwendigen Summen und schließlich, last not least, der große Geldbedarf für den Flottenwettkampf mit Deutschland. Gewiß geht die derzeitige liberale Regierung in dieser Richtung nur sehr gegen ihre eigene Stimmung und die ihrer Wählerschaft vor, aber, nachdem alle direkten und indirekten Versuche, eine vertragsmäßige Begrenzung der Flottenrüstung zu erreichen, gescheitert, muß sie wohl oder übel stets neue Dreadnoughts auf Stapel legen. All dies macht es notwendig, 400 Millionen Mark neuer Einnahmen zu erschließen; eine Situation, die übrigens sehr viele Parallelen mit Deutschland aufweist; nicht nur in der Tatsache des Geldbedarfs selbst, sondern auch in seiner Verursachung durch den Flottenwettkampf und in dem praktischen Problem der Geldbeschaffung. Insofern können die nachstehenden Ausführungen vielleicht manche auch für Deutschland verwendbare Anregung geben.

Die liberale Regierung Englands ist von vornherein nicht in der Lage, den neuen Bedarf durch indirekte Steuern zu decken. Ihr Regierungsprogramm verbietet ihr schlechtweg die Erhöhung der Zölle und die Stimmung ihrer Wählerschaft, die sich aus den breiten Volksschichten rekrutiert, ist ebenso scharf gegen jede Erhöhung der Verbrauchs-Abgaben gerichtet; es bleibt ihr daher nur die Erhöhung und Weiterentwicklung der direkten Steuern übrig, eben jener Ausweg, der in Deutschland mit solcher Hartnäckigkeit von den Vertretern der besitzenden Klasse bekämpft wird.

Im besondern Falle Englands kann es sich eigentlich nur um die Fortentwicklung der Einkommensteuer oder von ihr abgeleiteter Steuern handeln. Schon heute ist die Einkommensteuer Englands weit demokratischer als die deutsche, denn sie beginnt erst bei einem Jahres-Einkommen von mehr als 3000 Mk., läßt somit den Arbeiter- und kleinen Mittelstand, die in Deutschland wesentliche Träger der Steuer sind, ganz frei und verteilt die ganze Last auf jene Schichten, die tatsächlich über die bloße Deckung des Lebensunterhaltes hinaus freie Mittel besitzen und daher Befähigung zum Zahlen haben. Das englische System der Ermäßigung für Einkommen zwischen 3000 und 14 000 M. pro Jahr mag im wesentlichen mit der Progression der deutschen Steuersysteme verglichen werden; in gewissem Sinne aber neu für Deutschland ist die kürzlich durchgeführte und streng umrissene Scheidung von Kapital und Arbeits-Einkommen, resp. die Begünstigung des letzteren durch Nachlaß eines Teiles der Steuer. Der soziale Gedanke, daß bloß diejenigen, welche reich sind, und insbesondere solche, welche es ohne eigene Arbeit sind, zu zahlen haben, kommt dadurch zum klaren Ausdruck. Gewiß gibt es auch in England Menschen, welche eine Ausdehnung der Einkommensteuer auf den kleinen Mittel- und Arbeiterstand fordern und dies damit begründen, daß jeder politisch Berechtigte auch Steuern zahlen solle, um so die unmittelbare Verantwortung und die unmittelbare finanzielle Sorge für alle von

ihm unterstützten politischen Aktionen zu tragen. Dem wird meiner Ansicht nach mit Recht entgegengehalten, daß die Arbeitslöhne eben im wesentlichen nur zur Deckung der Lebensbedürfnisse, nur zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit ausreichen. Wohl mag zugegeben werden, daß ein Teil des Arbeiterbudgets auf Getränke und ähnliche „unnötige“ Zwecke aufgeht; jedoch würde auch durch noch weitergehende Reduzierung des Einkommens der Arbeiterschichten dieser Teil des Budgets wohl nicht ganz aufgehoben werden, weil die betreffenden Klassen hierin ein Lebensbedürfnis sehen. Ein Teil dieser Steuern würde vielmehr durch Einschränkung der notwendigen Ausgaben für Nahrung, Wohnung, Kleidung, Bildung hereingebracht werden. Das würde eine Verminderung der körperlichen und geistigen Gesundheit der Nation zur Folge haben. Eine Steuer, welche der Lohnarbeiterschaft auferlegt ist, würde somit als eine Steuer auf notwendige Produktionskosten der Nation erscheinen, würde über den direkten Nachteil der Beteiligten hinaus indirekten Nachteil für die Volksgesamtheit nach sich ziehen. Sie ist aus diesem Grunde von unserem englischen Standpunkt aus zu verwerfen.

Ähnliche Argumente, wenngleich minder scharf, können nun aber auch auf Steuern von anderen Arbeits-Einkommen mittlerer Höhe, mögen sie auch über bloße Handarbeiterlöhne hinausgehen, angewendet werden. Solange wir in einer Wirtschaftsordnung leben, die auf privaten Unternehmungsgeist aufgebaut ist, kann im Durchschnitt nur der Wunsch nach einem reicheren Einkommen den einzelnen zur Anspannung aller seiner Kräfte veranlassen. Wenn wir dieses durch Arbeit und Geist zu erringende Einkommen durch Besteuerung wesentlich einschränken, so wird auch der Anreiz zu solcher Anspannung der Kräfte geringer. Jede auf den Unternehmergewinn, die Gehälter des Industriebeamten oder das Einkommen der liberalen Berufe drückende Steuer hat daher genau so wie eine Steuer auf Arbeiterlöhne eine nachteilige indirekte Wirkung auf das wirtschaftliche Gedeihen der Nation und in der jüngsten Reform, die vom englischen Finanzminister Lloyd Georges durchgeführt wurde, in der Reduzierung der Steuer auf erworbenes Einkommen (sei es auch verhältnismäßig höher als das ohne persönliche Tätigkeit erfließende Einkommen eines kleinen Rentiers oder Grundbesitzers, der seine Grundstücke in Pacht abgibt) kommt eben dieser Gedanke zum Ausdruck. Ihm entsprechend, müssen jene Einkommen und nur sie, welche ohne jedes persönliche Dazutun erwachsen, insbesondere die Pachtzinse der Großgrundbesitzer (gerade in England von so bedeutender Höhe), die Kapitalzinse von Staats- und anderen Papieren, sowie auch alle Einkommen, die ohne jede persönliche Anstrengung des Besitzers durch die allgemeine soziale und Wirtschafts-Entwicklung erfließen, wie das Steigen der Bodenpreise im Umkreise großer Städte usw., vor allem zur Besteuerung herangezogen werden. Eine solche Besteuerung kann keine Verminderung nützlicher Kraftanstrengung hervorrufen, weil sie nicht auf die Früchte einer solchen angewendet erscheint.

Wohl ist die praktische Scheidung zwischen Kapitalzins und Unternehmerprofit usw. allerdings oft eine schwierige; hier beginnt das Problem für den Steuerpraktiker. Aber das Prinzip selbst scheint gegeben. Und in vielen Fällen liegt seine Lösung auf der Hand; wir brauchen bloß die Grundrente zu betrachten, wie sie sich in Pachtzinsen ausdrückt. Dann Schankkonzessionen; um der Trunksucht nicht allzusehr Vorschub zu leisten, dürfen deren nicht zu viel erteilt werden, andererseits erwächst aus der gesetzlich beschränkten Anzahl ein Monopolgewinn der Inhaber; ihn zu besteuern, kann keinerlei

Einwendung oder Schwierigkeit begegnen. Dasselbe gilt von dem Zinsertrag für Staats- und Privatpapiere; dasselbe für Wertzuwachssteuern bezüglich städtischen Grundes und Bodens. Bei uns in England denkt man zunächst an die beiden ersten Formen des nicht erarbeiteten Einkommens und will eine Steuer auf den Bodenswert und eine hohe Steuer für Schankkonzessionen einführen.

Zugegeben mag werden, daß über die genannten Fälle hinaus die scharfe Auseinanderhaltung von nicht erarbeitetem und erarbeitetem Einkommen, sei dasselbe auch Unternehmergewinn, schwierig wird.

Scheinen somit die Möglichkeiten direkter Besteuerung des arbeitslosen Einkommens auch wenig zahlreich, so verdient der Umstand doch hervorgehoben zu werden, daß der Staat in jedem großen Einkommen mit Recht Elemente arbeitslosen Einkommens vermuten kann; und die Vermutung ist wohl keine irrige, daß, je größer ein Einkommen wird, das arbeitslose Einkommen darin dem Arbeitseinkommen gegenüber stärker in die Wagschale fällt. Größeres Interesse noch, denn die Land- und Schankkonzessionssteuer, verdienen die Pläne des Finanzministers, die auf Durchführung weitgehender Progression der Einkommen- und Erbschaftssteuer gerichtet sind. Solche Steuer würde auch gewiß sehr große Erträge liefern, nicht nur bei uns, im „reichen England“, sondern auch anderswo, auch in Deutschland.

Die jüngste Statistiken haben, wie der Abgeordnete Chiozza Money in scharfsinniger Weise berechnete, ergeben, daß die Einkommen von über 100 000 M. pro Jahr in England die enorme Gesamtsumme von 5 Milliarden betragen. Da nun die Regierung verlässlichen Nachrichten zufolge die Auflegung ihrer Zusatzsteuer gerade auf Einkommen von über 100 000 M. pro Jahr beabsichtigt, so würde eine Zusatzsteuer von $2\frac{1}{2}\%$ 125 Millionen M. pro Jahr ergeben: Eine bedeutende und wertvolle Summe, wenngleich ja noch durchaus nicht hinreichend, um die Bedürfnisse des Schatzkanzlers zu decken, die einen Mehrbedarf von 360 Millionen M. verlangen. Zweckmäßiger schiene mir daher, die neue Zusatzsteuer schon bei einem Einkommen von 40 000 M. pro Jahr beginnen zu lassen. Nach der Statistik von Mr. Bowley betragen die Einkommen zwischen 40 und 100 000 M. in England 2 Milliarden M. pro Jahr und würde somit ein sehr wesentlicher Betrag von ihrer Zusatzbesteuerung zu erwarten sein.

Gewiß sind bei alledem die mannigfachsten steuertechnischen Einzelheiten scharf im Auge zu behalten: So müßte insbesondere die graduelle Steigerung der Einkommensteuer in allmählicher Weise durchgeführt werden und dürften nicht gewisse, scharf umrissene Gruppen Mehr- und Minderzahlender einander gegenübergestellt werden, die dann leicht als Kampfeinheiten ins wirtschaftliche Leben eintreten könnten; durch allmähliche Progression kann hier vorgebaut werden. Eine solche nähme auch jenen Anreiz der Einkommens-Verhehlung fort, wie er beim plötzlichen Sprunge zu einer höheren Einschätzungsstufe und der damit verbundenen großen Einkommens-Verminderung durch Steuer nur zu leicht entsteht.

Was nun die praktischen Schwierigkeiten der festgesetzten neuen Steuerpolitik betrifft, so sollen sie gewiß nicht unterschätzt werden. Den bedrohten Geldinteressen werden gewiß alle jene dialektischen Künste beispringen, die eine reiche Klasse nur immer bezahlen kann. Es werden nicht wenig sein.

Aber all ihre Argumente, die vielleicht sonst manchem einfachen Mann aus dem Volke den Kopf würden benebeln können, sie werden hier ohnmächtig bleiben müssen. Die Notwendigkeit für uns, neue Einnahmequellen zu

erschließen, ist unerbittlich; die gegenwärtige liberale Regierung darf es nicht wagen, diese Einnahmen aus Zöllen oder indirekten Steuern, die die breiten Volksmassen treffen würden, abzuleiten; und es kann einem Zweifel nicht unterliegen, daß die Steuerreformpläne der Regierung im Parlamente angenommen werden, daß das neue und interessante Prinzip der auf arbeitsloses Einkommen zu legenden Steuern sowie der Zusatzbesteuerung auf allerbedeutendste Einkommen zum erstenmal in die praktische Gesetzgebung einer Großmacht Einzug finden werden.

Möge der ganze Kampf, in dem wir noch stehen, und mögen die Erfahrungen, die zweifelsohne in betreff der neuen Steuern noch vor uns liegen, dem Ausland, das im gleichen Feuer steht, nicht arbeitendem Reichtum und werteschafter Arbeit gerecht werden soll, lehrreich werden können! — Speziell in der Nachlaßsteuer, wie sie in Deutschland in dieser letzten Zeit im Mittelpunkt des Interesses stand, ist der gleiche Gegensatz mit gleicher Schärfe herausgearbeitet, auch dort sahen die Schichten des ererbten Reichtums sich angegriffen. Sie schlugen aber mit Erfolg den Versuch zu Boden, auch ihre Mittel zur Deckung der Staatsbedürfnisse wesentlich heranzuziehen. Was in Deutschland bis jetzt mißlang, wird das demokratische England vollbringen. Damit wird es sein gesamtes nationales Vermögen zu neuer günstiger Entwicklung steigern, seines Volkes Wohlstand noch heben und selbst den Reichtum seiner Reichen im letzten Grund nicht schmälern.



JULES LEFÉBURE, PARIS: RESULTATE DER NACHLASSSTEUER IN FRANKREICH.



IT großer Verwunderung hat man in Frankreich von dem Kampfe um die deutsche Nachlaßsteuer vernommen, erfuhr man doch hierdurch, daß eine solche Steuer unabweisbarer Gerechtigkeit und sichern, leicht zu erzielenden Ertragnisses in Deutschland noch nicht bestehe. In Frankreich wurde eine Steuer auf Nachlässe in direkter Linie (an Kinder, Enkel, Eltern und Großeltern) schon im Jahre 1790 eingeführt, vorher hatte, wie gegenwärtig in Deutschland, nur eine Steuer auf Erbanfall in der Seitenlinie, nicht aber in der direkten Linie bestanden. Nach dem Gesetz des genannten Jahres, das mit verschiedenen andern bis zum Jahre 1901 beibehalten wurde, galt ein verschiedener Steuerfuß nur in Hinsicht der näheren oder entferntern Verwandtschaft von Erblasser und Erben, nicht aber in Hinsicht der Höhe des Vermögens, und zwar betrug er im Sinne einer Fixierung des Jahres 1850 1% für den Erbanfall an legitime Kinder, 3% an Ehegatten, 6½% an Geschwister und 9% an nicht verwandte Personen. Die Steuer ergab (wenn wir als Beispiel das Jahr 1876 herausgreifen) 32 Millionen für 3.220 Millionen Erbanfälle in direkter Linie, 14 Millionen für 459 Millionen Erbanfälle zwischen Ehegatten, ferner 76 Millionen für 1019 Millionen sonstiger Erbanfälle, somit im ganzen 122 Millionen für 4.701 Millionen Erbanfälle. Es war dies, wie wir sehen, ein ganz beträchtliches Ergebnis, übrigens leicht einzuheben, da der geringe Steuerfuß wenig An-

reiz zur Steuerhinterziehung bot. Trotzdem schien es der französischen Regierung im Jahre 1901 weder gefährlich noch ungerecht, den Steuerfuß zu erhöhen und progressiv zu gestalten und im Jahre 1908 kam ein diesbezügliches Gesetz zustande. Dasselbe legt ganz bedeutende Steuersätze auch für Erbanfall von Eltern auf Kinder fest und zwar erheben sich dieselben sukzessive von 1% auf Erbanfälle im Betrage von Fr. 2.000 bis 5% auf Erbanfälle, insoweit dieselben 50 Millionen übersteigen. Trotzdem übersteigt dieser Steuerfuß, wie wir sehen, erst in den höchsten Stufen die Zinsen eines Jahres und sind in der Praxis wenig Klagen laut geworden, resp. wenig Steuerhinterziehungen vorgekommen. Während bekanntlich die progressive Einkommensteuer erst in allerjüngster Zeit von der Kammer angenommen wurde, und zwar unter lebhaftem Widerspruche der konservativen Parteien, haben sich gleiche Widerstände gegen die Nachlaßsteuer niemals bemerkbar gemacht. Ihre Erhebung gibt eben der peinvollen Erforschung privater Einkommenverhältnisse viel weniger Raum, da jeder Todesfall in der Regel, auch unabhängig von der Steuer, eine Inventarisierung des Vermögens notwendig macht. Auch gegen das Prinzip der Progression in der Nachlaßsteuer wurde von keiner Seite, die Konservativen eingeschlossen, Widerspruch erhoben. Etwas anderes war die Stellung der öffentlichen Meinung gegenüber der ungleichen Besteuerung von Erbanfällen an Gatten, Seitenverwandte und Fremde, die sich bis zu 20.5% erheben. Vielfach wird eingewendet, daß die Höhe des Steuerfußes allzu großen Anreiz zur Steuerhinterziehung biete. Im Jahre 1907 ergaben sich nachstehende Erträge:

61 Millionen für 3.642 Millionen Erbanfälle in direkter Linie, 24,5 Millionen für 519 Millionen Erbanfälle zwischen Ehegatten, 123 Millionen für 1066 Millionen in der Seitenlinie und 37,5 Millionen für 232 Millionen Erbanfälle an nicht verwandte Personen. Im ganzen also 246 Millionen für eine Gesamtsumme von Erbanfällen im Betrage von 5.440 Millionen. Man sieht also, daß die Erträge der Erbschaftssteuer keineswegs zu verachten sind und daß auch die Eingänge der Steuer auf Erbanfälle in der direkten Linie trotz des geringeren Steuerfußes sehr bedeutende und wertvolle Summen liefern. Was das Problem anlangt, das zurzeit in Deutschland zur Diskussion gestellt ist, können die Erfahrungen Frankreichs nur als durchaus günstig für die Einführung einer Nachlaßsteuer in direkter Linie angesehen werden.

POLITISCHE ENTWICKLUNG

STOJAN MARKOVICH, SARAJEWO: MÖGLICHKEITEN DER ENTWICKLUNG BOSNIENS.



ENN die kürzlich stattgefundenen Veränderungen in der Stellung Bosniens als Annexion, als Angliederung an Österreich aufgefaßt werden, so erscheint mir dies bloß dem Namen, nicht dem Wesen der Dinge nach richtig zu sein. Annexion bedeutet ja wohl Einverleibung eines Landes in Besitz und Verwaltung eines andern, dessen Gesetze, dessen Regierungsapparat nunmehr auch für das neue Land zu gelten haben

weangleich ein größerer Einfluß auf Zollwesen und Bahnwesen, welche im Sinne des Regierungsentwurfes nur in beschränktem Grade in die Einfluß-Sphäre des Landtags fallen würde, von vielen Seiten verlangt wurde.

Wird all dies in Berücksichtigung gezogen, so kann die künftige Entwicklung des neuen bosnischen Staatswesens bereits bis zu einem gewissen Grade überschaut werden: Ein Kampf der Bevölkerung um völlige Unabhängigkeit von Österreich ist zunächst kaum zu erwarten, wohl aber scharfer Massenkampf zwischen den mohammedanischen Großgrundbesitzern, Erben der alten Herren des Landes, und den von ihnen so lange geknechteten Bauern. Dieselben erwachen zum Selbstbewußtsein, und früher oder später werden sie trotz aller Widerstände die Enteignung der Großgrundbesitzer gegen angemessene Entschädigung durchsetzen und auch in Bosnien eine Bauern-demokratie begründen, wie sie im benachbarten Serbien besteht. Die kulturellen Institutionen des serbisch sprechenden Volkes, in den vergangenen 30 Jahren, da Bosnien als Militär- und Handelskolonie Österreichs verwaltet wurde, zugunsten der ökonomischen Interessen des herrschenden Staates und in gewissem Sinne auch seiner deutschen Heer- und Beamten-sprache, so gänzlich vernachlässigt, werden nun sorgsamere Pflege erfahren. Über kurz oder lang wird in Sarajewo eine serbische Universität erstehen, die mit der Schwesteranstalt in Belgrad geistige Beziehungen anknüpfen soll. Ebenso will man in lebhaft Beziehungen zu den von Serben bewohnten Landstrichen Ungarns und Österreichs, vor allem Dalmatiens, Kroatiens und Slavoniens, treten.

Soweit können wir einigermaßen klar sehen; was aber weiter geschehen mag, das hängt nicht mehr bloß von Bosnien ab, sondern vor allem von der Entwicklung der österreichisch-ungarischen Monarchie. Einflußreiche österreichische Kreise, denen vielfach auch der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand mit Recht oder Unrecht zugerechnet wird, erstreben die Vernichtung der ungarischen Unabhängigkeit resp. der Vorherrschaft der magyarischen Rasse im historisch gewordenen auf der Unterjochung der nicht magyarischen Völker beruhenden ungarischen Staate, und wollen an Stelle des jetzigen Dualismus ein neues Groß-Österreich mit Selbstverwaltung aller Völker und Nationen der Monarchie setzen. Als erster Schritt zu diesem Ziele erscheint erwähnter Partei die Loslösung Kroatiens und Slavoniens von Ungarn und die Vereinigung dieser von Völkern serbischer Zunge bewohnten Gebiete mit den national-gleichgearteten Dalmatien, Bosnien und Herzegowina zu einem neuen Staat, der zunächst als Dritter neben Österreich und Ungarn in den Reichsverband eintreten würde, und dessen Sprache und Kultur naturgemäß die serbische wäre. So würde trotz alledem ein neues serbisches Staatswesen, nicht eine Kolonie Österreichs, dort an den Ufern der Adria entstehen und wenn sich das Geschick der Monarchie erfüllen und seine Teile sich dereinst trennen sollten, würde dem neuen Staate leicht die völlige Unabhängigkeit zufallen.

Gewiß sind auch andere Entwicklungen möglich. Die österreichische Regierung mag unter ihr günstig erscheinenden Umständen die verlorene Herrschaft in Bosnien wieder erlangen und das Land trotz allem wieder zur österreichischen Kolonie machen wollen: Ein scharfer Kampf zwischen dem bosnischen Landtag oder, wenn er aufgelöst, den während der konstitutionellen Periode zum politischen Selbstbewußtsein erwachten Volksmassen und der Regierung wäre dann unausbleiblich; erstere würden naturgemäß im benachbarten serbischen Königreich Anlehnung und Unterstützung suchen und wie

einst die italienische Bevölkerung an dem benachbarten stammverwandten Piemont, das kaum größer und mächtiger gewesen ist, als heute Serbien, auch finden. Die ganze Entwicklung weist überaus viele Parallelpunkte mit der zur Einigung Italiens führenden auf. Auch das italienische Volk war zum großen Teil durch Österreich oder von ihm abhängige Fürsten beherrscht; und so, wie das kleine, unabhängige Piemont zum Sammelpunkt der nationalen Freiheitsbestrebungen werden konnte, um schließlich mit französischer Hilfe Freiheit und Einheit Italiens zu erlangen, so kann und wird Serbien, besonders, wenn allzuhäufige Fehlritte österreichischer Politiker ihm noch in die Hände arbeiten und in Bosnien, Kroatien, Dalmatien revolutionäre Stimmungen erzeugen, an der Spitze der Bewegung um Freiheit und Einigung der von Serben bewohnten Gebiete stehen. Auch einen mächtigen Stammverwandten hat es, wie einst Italien im verschwisterten Frankreich, in Rußland, auf dessen Hilfe wohl ebenfalls zu hoffen ist. Die Chancen des Befreiungskampfes werden aber dann weit größer als heute sein, wo Serbien einer derzeit noch konsolidierten österreichisch-ungarischen Monarchie gegenübersteht. Und es mag trotz allem dereinst ein unabhängiges, alle Serben umfassendes Staatswesen erwachsen, in dem eine neue südslavische Kultur zu hoher Blüte gelangen dürfte.

Die Serben als Volk und auch Serbien als Staat haben keinerlei Anlaß, ob der diesmaligen Enttäuschung ihrer Hoffnungen an ihrer historischen Zukunftsmission zu verzweifeln. Die bosnische Frage ward durch die Umwälzungen der letzten Monate nicht gelöst und beendet, sondern sie tritt erst jetzt in ihre aktive Phase, denn erst jetzt werden die Völker Bosniens und die von ihnen zu erwählende parlamentarische Körperschaft aktiv den Kampf um ihre eigenen Geschicke aufnehmen können und ihre eigene Sache besser führen als diesmal die Türkei, die Geld forderte und erhielt, und das Königreich Serbien, das eigene Gebietserweiterung forderte und freilich nicht erhielt.

Was anderseits Österreich für österreichische Volksinteressen bei der ganzen Aktion gewonnen, ist nicht skeptisch genug zu beurteilen. — Eine Erschütterung seiner Finanzen ob der großen Aufwendungen für die Kriegsbereitschaft, Unbilden für seine im winterlichen Grenzdienst stehenden Truppen, Geldzahlungen und Handelszugeständnisse an die Türkei und schließlich Verlust der bosnischen Kolonie, die ein autonomes Gemeinwesen werden soll. Und im Austausch gegen all das: Änderung des Wortes „Okkupation“ in „Annexion“, d. i. Befriedigung der Eitelkeit seiner Dynastie — —. Das aber haben schließlich Österreichs Politiker, soweit sie politische Reife besitzen, mit ihrer eigenen Regierung auszutragen. Bosnien und seine serbischen Bewohner haben nichts verloren und viel gewonnen, vieles und vor allem: Den Ausblick auf eine Zukunft der Freiheit und kulturellen Unabhängigkeit. Wenn man im Königreich Serbien an der Entwicklung der Volksgenossen am anderen Ufer der Drina wahren Anteil nimmt, wird man sich schließlich noch ob des ganzen Manövers freuen und Österreich die billigen Lorbeeren eines Kampfes gönnen, dessen wahre Früchte dereinst für Serbien reifen werden.

SOZIALE ENTWICKLUNG

DIE ARBEITSLOSENVERSICHERUNG DER STADT STRASSBURG 1908.

DER Gemeinderat der Stadt Straßburg hatte, wie seinerzeit berichtet, durch Beschluß vom Dezember 1906 die Summe von 5000 M für die Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung nach Genter Muster zur Verfügung gestellt. Auf Grund des Berichtes über das 1. Versuchsjahr hat sodann der Gemeinderat in das Budget für das Rechnungsjahr 1908 die gleiche Summe für diesen Zweck eingesetzt, und zwar erfolgte diese Bewilligung auf Vorschlag der Stadtverwaltung ohne jeden Widerspruch aus der Mitte des Gemeinderates. Dem von dem Beigeordneten Regierungsrat Dominikus erstatteten Berichte über das mit dem 31. Dezember 1908 abgelaufene zweite Jahr der Arbeitslosenversicherung entnehmen wir die nachstehenden Angaben. Zu den im Jahre 1907 bereits an der städtischen Arbeitslosenversicherung teilnehmenden 20 Verbänden von Arbeitern und Angestellten traten im Jahre 1908 neun weitere hinzu, so daß jetzt sämtliche Verbände von Arbeitern und Angestellten, die überhaupt Arbeitslosenunterstützung gewähren und in Straßburg dauernd Mitglieder haben, sich der städtischen Arbeitslosenunterstützung angeschlossen haben, ein deutlicher Beweis für das volle Vertrauen, das die städtische Einrichtung bei den Verbänden genießt. Die größte Inanspruchnahme zeigt der Januar, die geringste der Juni. Auf die sechs Wintermonate entfallen 82 v. H. der Unterstützten. Absolut am meisten haben die Metallarbeiter die Versicherung in Anspruch genommen, es folgen die Zimmerer, Holzarbeiter, Buchdrucker. Insgesamt wurde von der Stadt für 4989 Tage Unterstützung geleistet gegen 2618 Tage im Vorjahre. Den 4989 städtischen Unterstützungstagen stehen nicht weniger als 10 608 Unterstützungstage der Verbände gegenüber. Die Gesamtsumme der städtischen Unterstützung war im Jahre 1908: 3507 M gegen 1889 M 1907. Die erhebliche Zunahme entfällt fast ganz auf die drei großen Gewerkschaften der Metallarbeiter, Holzarbeiter und Zimmerer. Die Unterstützungsgelder der Verbände sind gleichfalls von 7726 M 1907 auf 14 327 M gestiegen. Sie betragen also mehr als das Vierfache der städtischen Beiträge. Das erklärt sich im wesentlichen aus der Bestimmung, daß städtische Unterstützungen nur an Arbeiter, die mindestens ein Jahr in Straßburg ihren Wohnsitz haben, gezahlt werden dürfen, während die Verbände die Karenzzeit des einjährigen Wohnens in der Stadt nicht haben. Was die sachlichen Ergebnisse der Straßburger Versicherungsordnung angeht, so hat in allen wesentlichen Punkten die Praxis auch dieses Jahres die Erfahrungen des ersten bestätigt. Vor allem hat die Verwaltung an dem Grundsatz festgehalten, daß sie verpflichtet ist, selbst die Aufsicht über den Grund und die Dauer der Arbeitslosigkeit zu führen und sich in diesem Punkte nicht bloß auf das Urteil der Verbände zu verlassen, und diese generelle Auffassung wurde auch ausnahmslos von allen beteiligten Verbänden als nötig und richtig erkannt. Auch in diesem Jahr muß ausdrücklich hervorgehoben werden, daß die betreffenden Gewerkschaftsbeamten die Beamten des Arbeitsamtes in der nötigen Kontrolle stets bereitwillig unterstützt haben. Die Aufsicht wurde wie im Vorjahre in der Weise gehandhabt, daß regelmäßig eine zweimalige tägliche Meldung auf dem Arbeitsamt verlangt

wurde. Die Arbeitslosen wie die Gewerkschaften erkannten diese Maßregel als notwendig an. Insgesamt darf man auch nach den Erfahrungen des zweiten Jahres mit gutem Gewissen behaupten, daß sich die Bestimmungen der Versicherungsordnung für die Straßburger Verhältnisse und bei dem gegenseitigen Bestreben loyaler Anwendung als wohl durchführbar erwiesen und keinerlei ernsthafte Schwierigkeiten ergeben haben. Sehr erfreulich ist ein Beschluß der zuständigen Kommission des Gemeinderates, wonach die Ersparnisse des ersten und der kommenden Jahre zu einem Fonds bestimmt wurden, der in Jahren der Krise zur Ergänzung des normalen Kredites für die Versicherung dienen soll. Damit ist zugleich implizite die Genehmigung zur ständigen Beibehaltung dieser Versicherungseinrichtung ausgesprochen. Von auswärtigen Gemeinden ist Erlangen dem Straßburger Beispiel gefolgt, auch die beiden selbständigen Vorortgemeinden von Straßburg: Schiltigheim und Bischheim, haben sich angeschlossen, im benachbarten Mühlhausen i. E. ist die Einrichtung einer analogen Versicherung im Prinzip beschlossen. Entscheidend für das Gelingen des Versuches, eine städtische Arbeitslosenversicherung zu beschaffen, ist — und damit schließt der Berichtstatter seine eindrucksvollen Ausführungen — die Tüchtigkeit des jeweiligen städtischen Arbeitsamtes. In dieser Beziehung war es für die Straßburger Verwaltung eine ganz besondere Genugtuung, von dem Begründer des Genter Systems, dem auch unsern Lesern gut bekannten Herrn Varlez, gelegentlich eines Besuches zu hören, daß er die Einfügung eines paritätischen kommunalen Arbeitsamtes in sein System als notwendig erkannt habe.

Die Straßburger können stolz darauf sein, in dieser Weise zur weiteren Ausbildung des Genter Vorbildes beigetragen zu haben!

CHRONIK

SCHÜLERBEITRÄGE zur Altersversorgung in Frankreich.

In der großen Bewegung freiwilliger Selbstversicherung gegen Krankheit und Alter, die solange in Frankreich den Platz der fehlenden staatlichen Zwangsversicherung eingenommen, trat in jüngster Zeit eine neue Linie hervor: die Ausdehnung derselben auf die Schulkinder. Auf Anregung zweier Philanthropen: Cavé und Edouard Petit, wurden zunächst in einigen Pariser Schulen, in den letzten Jahren aber in ganz Frankreich, von den

jungen Schülern und Schülerinnen freiwillig je 8 Pfennige pro Woche an die Versicherungskasse entrichtet. Im letzten Jahre nahmen 753 022 Schüler, davon 407 315 Knaben und 345 707 Mädchen, an der Bewegung teil und die Beiträge erreichten $3\frac{1}{2}$ Millionen Mark pro Jahr.

Von verschiedenen Seiten ist neuerdings angesichts der Schwierigkeit, die Gelder für die geplante obligatorische Alters-Versicherung aufzubringen, die Anregung gemacht worden, hierzu auch diese Schülerbeiträge heranzuziehen. Man

geht von dem Standpunkt aus, daß Beträge, die im frühesten Alter einfließen, bei Erreichung der Altersgrenze infolge der natürlichen Verzinsung bereits zu bedeutender Höhe gewachsen sein müssen, und schlägt zu diesem Zwecke vor, die Schülerbeiträge zu obligatorischen zu machen. Allerdings würde vielleicht gerade dadurch ein wesentlicher Wert der Einrichtung, der in der freiwilligen Leistung der Schüler und dem hierauf beruhenden erzieherischen Moment liegt, verloren gehen. So, wie die Schülerbeiträge heute bestehen, sind sie jedenfalls geeignet, in den jungen Gehirnen den Geist der Selbsthilfe und Voraussicht zu wecken. Die Beiträge vervollständigen daher in durchaus präziser Weise das Erziehungswesen der Schule.



Der internationale Kongreß der Käuferligen, der Ende September dieses Jahres in Genf abgehalten wurde, zeugte vom gewaltigen Aufschwung dieser von Amerika aus nach Europa übergreifenden Bewegung. Aus einer philanthropischen, von Gefühlsgesichtspunkten geleiteten Strömung ist dieselbe eine organisierte Massenbewegung geworden, welche die soziale Gesinnung der Käufer als neuen wichtigen Faktor in das ökonomische Leben einführt. Professor Charles Gide hat das Problem in nachstehender Weise beleuchtet:

„Von allen Einwänden, die man gegen die Käuferligen erhoben hat, sehe ich bloß einen als gewissermaßen begründet an, den nämlich, daß der Käufer von Natur aus unvernünftig sei. Die kindliche Gläubigkeit, mit der er jeder Anlockung folgt, die Geduld, mit der er alle Zollerhöhungen auf sich nimmt, die stolze Wichtigkeit, mit der er durch sein Trinkgeld an Kellner, Kutscher und

andere es deren Arbeitgebern ermöglicht, keinerlei Löhne zu zahlen, all das macht aus ihm einen mit dem Fluch der Lächerlichkeit behafteten Figuranten auf dem Schauplatz der ökonomischen Kämpfe. Aber die Käuferligen sollen ja eben diese Verhältnisse beheben; sie wollen den Konsumenten die beherrschende Stellung auf dem ökonomischen Kriegsschauplatz geben, ihn zur vernünftigen Verwertung dieser Stellung erziehen“.

Die Käuferligen fordern, daß der Konsument bloß solche Ware annehme, die unter sozial zulässigen Arbeitsbedingungen hergestellt wurde, ohne Ausbeutung und Überarbeit der Erzeuger und unter Gewährung eines vernünftigen Lohnes an dieselben. Der Kongreß faßte in dieser Richtung einige spezielle Resolutionen:

1. **Nachtwache.** Der Kongreß fordert prinzipiell die gesetzliche Abschaffung der Nachtarbeit, richtet aber in Erwartung dieses Endzieles an seine Mitglieder die Aufforderung, ihren Einfluß als Kunden und Käufer zur Verminderung der Nachtwachen anzuwenden, indem sie niemals einen Auftrag geben, ohne die Vermeidung der Nachtarbeit zur Bedingung zu machen.

2. **Verkäuferinnen.** Vom Gesichtspunkte ausgehend, daß die Arbeitgeber um der Kunden willen ihren Verkäuferinnen verbieten, sich niederzusetzen, selbst dann, wenn kein Kunde zu bedienen ist, fordert der Kongreß von allen Käufern und Käuferinnen, daß sie vielmehr in den Verkaufsgeschäften zu fordern haben, daß all die jungen Mädchen und Frauen, die als Verkäuferinnen fungieren, Sitzgelegenheit erhalten.

3. **Behausung der Dienstboten.** Der Kongreß schließt sich der so oft von allen hygienischen Kongressen gefaßten Resolution an, die von den Dienstgebern die Ge-

währung, was Licht und Luft anlangt, gesunder Schlafgelegenheit an die Dienstboten fordert.

Die Käuferligen haben übrigens schon bisher nicht bloß durch die individuelle Tätigkeit ihrer Mitglieder, sondern auch durch organisierte ‚Kollektivaktionen‘ manchen Erfolg errungen. Einer sei als Beispiel genannt:

„In Dijon hatten nach dem Verlautbaren des Gesetzes vom 13. Juli 1906, welches einen wöchentlichen Ruhetag für alle Arbeiter festlegt, alle Bäckermeister die Sonntagsruhe akzeptiert, und die Kunden der Stadt hatten selbe angenommen. Die Eintracht schien vollständig, als auf die Forderung einiger Durchreisender einige Hoteliers auf der Lieferung frischen Brotes selbst am Sonntag bestanden. Einige Bäckermeister gaben nach; ihre Arbeiter aber beschlossen, in den Streik zu treten, um die Sonntagsruhe festzuhalten. Ein Sympathiestreik aller andern organisierten Arbeiter von Dijon schien bevorzustehen. In diesem Augenblicke trat die Dijoner Sektion der Käuferliga ein und eröffnete eine Kampagne durch Anschlag von Affichen, in denen sie die Konsumenten der Stadt zur Unterstützung der Arbeiter aufrief. Tatsächlich gaben die Meister nach, und 101 Meister aus einer Gesamtzahl von 105 verpflichteten sich ein zweites Mal zur Sonntagsruhe“.

Auf Grund dieses und anderer Berichte faßte der Kongreß eine Resolution, welche die allgemeine Anwendung solcher Aktionen befürwortet. Sie fordert die Käufer auf, sich gegenüber den Konflikten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern nicht gleichgültig zu verhalten und durch Anwendung entsprechender Mittel der Sache zur Gerechtigkeit und den sozialen Imperativen zum Erfolge zu verhelfen.

Andere Probleme wieder, wie das der Heimarbeit, wurden in lebhaftester Weise diskutiert. Es würde hier zu weit führen, die gegensätzlichen Anschauungen, die sich zeigten, auseinanderzusetzen.

Zum Schluß sei nur noch auf die positive Methode des Kongresses und der Ligen hingewiesen, die von allen trennenden politischen und religiösen Gesichtspunkten absieht und alle Kraft auf ein scharf umrissenes praktisches Ziel konzentriert. Ihr Vorgang ist stets der nachstehende:

1. Die Ligen untersuchen die Arbeitsbedingungen eines bestimmten Gewerbes, informieren sich, stets in objektiver Weise, durch Rundfragen bei allen Interessenten;

2. Sie legen ein Minimum von Arbeitsbedingungen fest, das von jeder guten Firma gefordert werden müsse;

3. Sie stellen weiße Listen solcher guten Firmen auf, verbreiten dieselben allerorts und geben diesen damit eine unentgeltliche, durchaus wertvolle Reklame bei ihren Mitgliedern und Sympathisierenden. Die Häuser, welche den sozialen Anforderungen der Liga nicht entsprechen, brauchen gar nicht formell boykottiert zu werden; ihr bloßes Wegbleiben von der weißen Liste ist für sie eine Benachteiligung und übt auf sie einen Druck aus, gleichfalls entsprechende Arbeitsbedingungen zu gewähren.

Die Erfolge der Vergangenheit in Amerika und mehr und mehr auch in Europa sind bedeutende gewesen; die Zukunft mag noch gar vieles von diesen neuen Faktoren auf dem ökonomischen Kampfschauplatz erwarten. Das soziale Gewissen als aktive Triebkraft des Fortschrittes kann nur Gutes bringen.

Joseph Bergeron, Paris.



Aus der Gartenstadtbewegung. Wieder hat die Gartenstadtbewegung erfreuliche Fortschritte gemacht. Im Verlauf des letzten Jahres waren bereits zu den beiden ältesten Gartenstadtprojekten bei Karlsruhe und Dresden weitere Gründungen in Nürnberg hinzugekommen. Hierzu ist im letzten Monat auch Magdeburg getreten und zwar gleich mit zwei Gartenstadtgenossenschaften. Die eine Genossenschaft verdankt ihre Gründung der Magdeburger Ortsgruppe der Deutschen Gartenstadtgesellschaft, die infolge geschickter Propaganda in wenig Monaten auf 600 Mitglieder stieg. Die daraus hervorgegangene Genossenschaft „Gartenstadt Hopfenblüte“ konnte sogleich mit 283 Genossen beginnen. Sie hat bereits ein 140 Morgen großes Gelände an der Leipziger Chaussee sich zu mäßigem Preise und vorteilhaften Bedingungen gesichert und beabsichtigt, womöglich noch in diesem Jahre mit der Überbauung zu beginnen. Angehörige der verschiedensten Bevölkerungsschichten, besonders Industrieebeamte und Arbeiter, bilden die Mitgliedschaft.

Anderthalb Stunden entfernt von diesem Gelände, am anderen Ende der Stadt, will die andere Gartenstadtgenossenschaft, die „Gartenkolonie Reform“, ein günstig gelegenes Gelände erschließen, das zum großen Teil im städtischen Besitz sich befindet. Erfreulicherweise plant die Stadt Magdeburg dieses gemeinnützige Unternehmen durch die Stellung günstiger Verkaufsbedingungen zu fördern. Während die erstgenannte Genossenschaft auch den eigenen Erwerb von Häusern unter Bedingungen, die die Spekulation ausschließen (Wiederkaufsrecht), zulassen will, will die zweite sämtliche Einfamilienhäuser, die inkl. eines 5—600 qm großen Gartens durchschnittlich nur 240 M. jährliche Miete beanspruchen werden, dauernd im Genossenschafts-

besitz erhalten. Von beiden Genossenschaften wird die Einrichtung von Reformgasthäusern und von gemeinnützigen Veranstaltungen aller Art geplant.

Im Juli wird von der Gartenstadtgesellschaft eine soziale Studienreise nach England unternommen, zu der sich bereits über 50 Teilnehmer (Hochschullehrer, Architekten, Kommunalbeamte u. a.) gemeldet haben. Die Reise findet zwischen dem 6. bis 18. Juli statt und kostet ab Rotterdam und dahin zurück 240,— M. Sie führt durch Manchester, Liverpool, Birmingham, London und gibt Gelegenheit zum Studieren dieser Städte und ihrer sozialen und genossenschaftlichen Schöpfungen. Besondere Berücksichtigung finden die Gartenstadtsiedlungen Port Sunlight, Bournville und Letchworth. Allen Freunden der Sozialreform und namentlich denen, die der Wohnungs- und Ansiedlungsfrage Interesse entgegenbringen, verspricht die Reise reiche Ausbeute. Die Führung geschieht in Verbindung mit sachverständigen Körperschaften. Für London hat sich das British Institute of Social Service dazu bereit erklärt. Empfänge durch verschiedene städtische Behörden stehen in Aussicht. An Sonntagen, wo die Besichtigung innerhalb der Städte durch die englische Sitte erschwert ist, wird gegen geringen Aufschlag Gelegenheit zum Besuch hervorragender und charakteristischer englischer Naturschönheiten geboten. Mitreisende können ohne Verlust der Rückfahrkarte und unter Ausnutzung der ermäßigten Hotelpreise länger in London bleiben. Dies ist auch von Interesse für die Teilnehmer am internationalen Abstinentenkongreß, der am 18. Juli eröffnet wird. Die Reise bietet auch sonst Abstinenten vielerlei Studien-gelegenheit.



TECHNISCHER & WISSENSCHAFT- LICHER FORTSCHRITT

DR. HERMANN BECK, BERLIN: ZUR ORGANISATION DER TECHNISCHEN AUSKUNFT. DEM NEUBEGRÜNDETEN INTERNATIONALEN INSTITUT FÜR TECHNO-BIBLIOGRAPHIE AUF DEN WEG*).



S könnte dem unbefangenen Urteilenden verwunderlich erscheinen, daß auf dem Gebiete der Technik das Auskunftswesen bisher nicht über die primitivsten Ansätze hinausgekommen ist. Von den „technischen Briefkästen“ einiger Tageszeitungen und Fachzeitschriften und von den meist recht unvollkommenen Bezugsquellen-Registern und -Auskunfteien abgesehen, gibt es in bezug auf technische Fragen noch keine Möglichkeiten, sich mit einem angemessenen Aufwand an Zeit und Kosten Auskunft zu verschaffen. Insbesondere fehlt es an großen Zentralstellen mit internationalem Arbeitsbereich, die auf technischem Gebiet etwa das leisten würden, was auf wirtschaftlichem Gebiete, insbesondere im kaufmännischen Kreditwesen, die großen Kreditauskunfteien, von denen einzelne Unternehmungen über Hunderte von Filialen und viele Tausende von Angestellten verfügen, seit Jahrzehnten bereits leisten. Aber wenn man den Dingen auf den Grund geht, findet man doch recht bald, daß das technische Auskunftswesen ganz besondere und eigenartige Voraussetzungen hat. Einerseits ist der Gegenstand der technischen Auskunft, soweit nicht etwa bereits über ihn etwas veröffentlicht worden ist, oder soweit er nur mehr technisch-akademische Bedeutung beanspruchen kann, das sorgfältig gehütete Geheimnis des Fabrikanten, der seinen etwaigen Vorsprung gegenüber der Konkurrenz behaupten muß. Der Teil des technischen Fortschritts, dessen Einzelheiten vielfach des Rechtsschutzes entbehren müssen, weil sie aus irgendwelchen Gründen nicht patentfähig sind, ist bekanntlich außerordentlich umfangreich, insbesondere auf dem Gebiete der chemischen Industrie. Die Beschaffung einer aktuellen technischen Auskunft stößt deshalb auf ganz ungewöhnliche, auf anderen Gebieten unbekannte Schwierigkeiten. Die technische Auskunft kann sich daher im wesentlichen nur auf das stützen, was bereits irgendwo veröffentlicht worden ist, mit anderen Worten: sie ist im wesentlichen technisch-literarische Auskunft: ein Nachweisen der über Hunderte von Zeitschriften und Tausende von Büchern, Broschüren und Katalogen zerstreuten Aufsätze und Notizen über einen bestimmten Gegenstand. Man darf dabei natürlich nicht vergessen, daß das, was in der Technik veröffentlicht wird, wohl nur in den seltensten Fällen den neuesten Stand der Kenntnis und Erfahrung über den betreffenden Gegenstand darstellt. Man kann im Gegenteil wohl sagen, daß gerade auf technischem Gebiete grundsätzlich die Literatur um Monate, wenn nicht Jahre hinter dem Stand der Praxis herhinkt. Nichtsdestoweniger hat die technisch-literarische Auskunft recht bedeutsame Aufgaben zu lösen. In den Ländern, die der Patenterteilung eine sorgfältige Vorprüfung auch bezüglich der Neuheit, und demnach eine umfangreiche Recherche über etwa bereits vorhandenes Material auf dem gleichen Gebiet vorausgehen

*) Vgl. auch die Mitteilungen über das I. I. T. B. in Heft 1, Seite 76.

lassen, macht es sich die Industrie bekanntlich sehr bequem. In Deutschland z. B. bezahlt man 20 M. Anmeldegebühr und überläßt dem Vorprüfer das mühsame Durchstöbern der umfangreichen in- und ausländischen Patentliteratur und sonstigen Veröffentlichungen. Aber man wird selbst der ausgezeichneten deutschen Vorprüfung nicht zu nahe treten, wenn man sagt, daß diese Prüfung nur unvollkommen ist und von Jahr zu Jahr mit dem Anwachsen des Materials immer unvollkommener werden muß. Hierzu kommt für Deutschland, daß wir in einigen Jahren ein neues Patentgesetz erhalten werden, das, wenn nicht alle Zeichen trügen, die heute geübte Vorprüfung nicht mehr kennen wird. Der deutsche Anmelder wird dann gleich dem Erfinder vieler anderer Staaten sich selbst über die Neuheit seiner Erfindung unterrichten müssen. Für den Nachweis, daß der Gegenstand einer Anmeldung nicht mehr neu ist, werden übrigens auf diese Weise sehr hohe Summen bezahlt. Das geht daraus hervor, daß von den im Jahre 1908 ergangenen 40 312 deutschen Patentanmeldungen 23 185 zurückgewiesen wurden, weil bereits über den Gegenstand etwas veröffentlicht vorlag. Diese annähernd 500 000 M. Vorprüfungsgebühren hätten den Erfindern erspart werden können, wenn es eine Zentralstelle für technisch-literarische Auskunft gäbe, die in den weitaus meisten Fällen nur eine geringe Mühe beanspruchende und dementsprechend gegen niedrige Gebühren zu erstattende Auskunft ermöglichen würde.

Die großen Firmen helfen sich vielfach dadurch, daß sie besondere Patentbureaus organisiert haben, auf denen die Patentliteratur und die wichtigsten Spezialzeitschriften leicht eingesehen werden können. Das Kaiserliche Patentamt hat sich für Recherchezwecke seit langem sein „Repertorium“ der technischen Journal-Literatur geschaffen, ein Werk, das seit 1856 auch veröffentlicht wird. Es enthält in dem zuletzt erschienenen Jahrgang 1907 Auszüge aus über 400 technischen Zeitschriften. Diese Auszüge sind alphabetisch nach Stichwörtern geordnet, so daß man insbesondere durch Zuhilfenahme der Sachregister sich schnell unterrichten kann, ob und was über einen Gegenstand veröffentlicht worden ist. Der Nachteil des Repertoriums besteht darin, daß es nur einmal jährlich erscheint und dann noch mit 10 Monaten Verspätung, so daß man sich über die jüngste Literatur aus dieser Quelle nicht unterrichten kann. Diesem Bedürfnis abzuhelpen haben dann zahlreiche Fachzeitschriften eine „Zeitschriften-schau“ eingerichtet, die aber naturgemäß nur die Spezialzeitschriften eines Gebietes umfaßt und in der Regel nicht sonderlich sorgfältig ausgearbeitet ist.

Die wenigen vorhandenen „Zusammenstellungen neuerschienener Bücher“ sind aber noch weitaus unzulänglicher. Sie sind in der Regel nur Aufzählungen der bei der Redaktion mehr oder weniger vollständig eingelaufenen Rezensionsexemplare. Eine auch nur einigermaßen vollständige Zusammenstellung, die auch die zahlreichen, oft sehr wertvollen und im Buchhandel gar nicht erscheinenden Monographien von Firmen und Verbänden enthält, gibt es zurzeit in Deutschland überhaupt nicht.

Im Gegensatz zu Deutschland bestehen im Auslande (England, Amerika, Frankreich und Belgien) umfangreichere technische Bibliographien, die auch die wichtigste Literatur des Auslandes umfassen. Was dagegen schlechthin noch fehlte, ist eine Zentralstelle für technisch-literarische Informationen.

Ein solches Unternehmen müßte in jedem Kulturstaate ein Zweigbureau haben, dem die Sammlung und Bearbeitung der Literatur seines Landes zufiele, die dann zunächst an eine Zentralstelle zu senden wäre. Hier würde

das Material sachlich geordnet, und, soweit es veröffentlicht werden soll, als vielsprachig gemischter Satz in Druck gegeben. Von diesem gemeinsamen Drucksatz könnten dann durch Auswechselung der entsprechenden Satzteile (Titelblatt, Register, Abteilungsüberschriften) mit geringen Kosten Ausgaben in der Sprache jedes beteiligten Landes bewerkstelligt werden. In gleicher Weise wäre die Arbeit der Auskunftserteilung und der Materialbeschaffung einerseits zu dezentralisieren, d. h. jedem Lande selbst zu überlassen, soweit die Landesliteratur in Frage kommt, dann aber wieder an der Zentrale zusammenzufassen. Die Zentrale würde dann jedem Zweigbureau das Material aller anderen im Austausch übermitteln.

Diese Pläne sind weder neu noch utopistisch. Sie sind teilweise wenigstens verwirklicht in dem der Bibliographie der Naturwissenschaften gewidmeten „International Catalogue of scientific Literature“, der von über 20 Staaten in der geschilderten Weise bearbeitet und in London an der Zentrale gedruckt wird, allerdings nur in einer Ausgabe und nur in Jahrbänden. Aber wie umfassend diese Organisation ist, das geht schon daraus hervor, daß allein das deutsche Zweigbureau dieses von der Londoner Royal Society in die Wege geleiteten Unternehmens, das dem Reichsamte des Innern unterstellte „Deutsche Bureau der internationalen Bibliographie“ (Berlin, Enkeplatz 3, Leiter: Prof. Dr. Uhlworm) jährlich mit 40 000 M. Reichssubvention arbeitet. Immerhin krankt das ganze Unternehmen m. E. an schweren organisatorischen Fehlern, nicht hinsichtlich seiner eigentlichen bibliographischen Arbeit, die im Gegenteil ausgezeichnet ist, wohl aber hinsichtlich der Verwertung dieses Materiales, der Drucklegung und des Vertriebes. Auf diese Weise werden Millionen ausgegeben, ohne daß sich ein angemessener Nutzen für die Wissenschaft und die Allgemeinheit ergibt. Die internationale Bibliographie der Naturwissenschaften ist also in doppelter Hinsicht äußerst lehrreich: ein Vorbild für die Organisation der Arbeit, eine Warnung vor der Vernachlässigung der Verwertung dieser Arbeit, vor einer falschen Zurückhaltung gegenüber der geschäftlichen Seite eines solchen Unternehmens.

Eine internationale Zentralstelle für technisch-literarische Auskünfte müßte daher vor allem in Verbindung mit einem geschäftlichen Unternehmen, einem Verlage ins Leben treten. Sowohl die Zentrale, wie auch die Zweigbureaus müßten Verlagsunternehmungen in die Hände arbeiten, die mit ihren Mitteln auf den weitesten Absatz der Veröffentlichungen zu billigen Preisen hinzuwirken hätten. Das ganze Unternehmen dürfte sich aber nicht nur auf Bibliographie beschränken. Damit wäre dem vielleicht abseits von der Großstadt und ihren Bibliotheken arbeitenden Ingenieur wenig gedient. Seine Arbeit hätte sich auch auf die Beschaffung des nachgewiesenen Materials zu erstrecken, was sich natürlich nur durch Verbindung mit einem Verlage organisieren läßt.

Zusammenfassend möchte ich folgendes als die Aufgaben eines Internationalen Institutes für Techno-Bibliographie bezeichnen:

1. Die Sammlung der gesamten technischen Literatur, nämlich
 - a) der Patentschriften aller Länder,
 - b) der Bücher und Broschürenliteratur (einschließlich der wichtigen Kataloge),
 - c) der Zeitschriftenliteratur, wobei jedes Land die Bearbeitung seiner eigenen Literatur in die Hand nimmt;
2. die Registrierung und Ordnung dieser Literatur;

3. die Erschließung des Inhaltes dieser Arbeiten durch fachmännische Referate;
4. die periodische Veröffentlichung dieser Informationen an einer Zentralstelle, aber in verschieden-sprachigen Ausgaben, die auf diese Weise allen Interessenten gegen eine verhältnismäßig geringe Vergütung zur Verfügung stehen;
5. die Zusammenfassung der veröffentlichten Informationen in Karten-Repertorien, die in jedem Lande in mehreren Exemplaren nach verschiedenen Gesichtspunkten zu ordnen sind;
6. die Nutzbarmachung der Karten-Repertorien durch Auskunfterteilung gegen geringe Gebühren; Austausch der Materialien der Auskunftstellen der verschiedenen Länder an einer Zentrale;
7. die Ergänzung der bisher genannten kurzen Informationen über das was erschienen ist, durch folgende Einrichtungen, die in jedem Lande zu treffen wären;
 - a) Lieferung von kurzen oder ausführlichen Auszügen aus den einzelnen Arbeiten, wobei fremdsprachige Texte gleich zu übersetzen sind;
 - b) Lieferung von Abschriften bzw. Übersetzungen der Arbeiten, deren Neuerscheinen zunächst nur kurz angezeigt wurde;
 - c) die Lieferung des Materials selbst, d. h. Vermittlung der buchhändlerischen Beschaffung bzw. Abgabe von einzelnen Ausschnitten aus Zeitschriften.

Ein solches Unternehmen wäre also seiner idealen Anlage nach eine Vereinigung von technischer Zentralbibliothek, Bibliographie, Karthotek, Auskunft, Übersetzungsbureau, Buchhandlung und Ausschnittlieferungsbureau, — alles auf internationaler Basis.

Es leuchtet ein, daß es sich hier um eine gewaltige Leistung handelt, deren Organisation noch deshalb besondere ungewöhnliche Schwierigkeiten bietet, weil es sich einerseits um Arbeiten handelt, die zum Teil wissenschaftliche, erfahrungsgemäß die Selbstkosten nicht deckende Arbeiten umfaßt (Bibliographie), also auf Subventionierung angewiesen ist, — und weil es sich andererseits teilweise doch wieder um eine rein verlegerische, d. h. geschäftliche Unternehmung handelt. Man kann deshalb wohl verstehen, daß sich weder die bestehenden wissenschaftlichen oder industriell-technischen Vereinigungen noch die technische Verlegerwelt an die Lösung der Aufgabe machten, die, wenn auch nicht in der vorstehend geschilderten umfassenden Anlage, so doch in einzelnen Teilgebieten seit vielen Jahren immer wieder erörtert wird*) und zur Gründung der oben erwähnten kleineren Unternehmungen im Auslande geführt hat.

Im Herbst vorigen Jahres ist man nun in aller Stille auch an die Lösung der Aufgabe in ihrem vollen Umfange herangetreten. Mit der am 28. November 1908 erfolgten Begründung des „Internationalen Institutes für Techno-Bibliographie“ in Berlin hat die deutsche Technik und Industrie den ersten und entscheidenden Schritt getan, dem sich das Ausland durch die in Vorbereitung befindliche Gründung weiterer Sektionen anzuschließen anschickt.

*) Speziell über die Schaffung einer internationalen technischen Bibliographie: Peter Niemann, Steglitz: Vorschlag zur Herausgabe eines Repertoriums der gesamten technischen Wissenschaften. Gesundheits-Ingenieur 08, 4. Januar, p. 8—11. Niemann nennt dort auch die zahlreichen Aufsätze, die sich seit vielen Jahren mit diesem Gegenstande beschäftigen.

Im Organisationsausschuß des in der Form des eingetragenen Vereines begründeten Institutes sind vertreten:

An Verbänden und Firmen: der Verband deutscher Architekten- und Ingenieurvereine; der Verein deutscher Revisions-Ingenieure; der Verein deutscher Maschinen-Ingenieure; die Deutsche Chemische Gesellschaft; der deutsche Techniker-Verband; der Verein zur Beförderung des Gewerbefleißes; der Bund der technisch-industriellen Beamten; das Kgl. Materialprüfungsamt Gr.-Lichterfelde; der Verein deutscher Ingenieure; die Firma A. Borsig; das Kaiserl. Patentamt; der Elektrotechnische Verein; der Verband deutscher Elektrotechniker; der Verband deutscher Patentanwälte; der Bund der Industriellen; der Verein österreichischer Chemiker; das Archiv der Diskonto-Gesellschaft; die Bank für Handel und Industrie; die deutsche Gesellschaft für Mechanik und Optik; der Verein deutscher Chemiker.

Dem Organisationsausschuß gehören u. a. ferner an: Prof. Dr.-Ing. h. c. C. von Bach, Stuttgart; Prof. Th. Beck, Darmstadt; Geh. Baurat Prof. O. Berndt, Darmstadt; Generalsekretär Dr. Beumer, M. d. A., Düsseldorf; Generaldirektor Kgl. Baurat Blum, Berlin; Prof. Borrmann, Rektor der Kgl. Technischen Hochschule, Charlottenburg; Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Max Delbrück; Geh. Hofrat Prof. Dr. Walther von Dyck, München; Prof. Max Gary, Berlin; Geh. Regierungsrat Prof. Geitel, Berlin; Wirkl. Geh. Ober-Regierungsrat Hauß, Präsident des Kaiserl. Patentamtes, Berlin; Geh. Regierungsrat Prof. O. Kammerer, Berlin; Kgl. Baurat Max Krause, Berlin; Dr.-Ing. h. c. Carl von Linde, München; Geh. Kommerzienrat Dr.-Ing. J. Loewe, Berlin; Prof. Dr. Otto Lueger, Stuttgart; Geh. Regierungsrat A. Martens, Direktor des Kgl. Materialprüfungsamtes, Gr.-Lichterfelde; Prof. Eugen Meyer, Berlin; Kgl. Baurat Dr.-Ing. h. c. Oskar von Miller, München; Generaldirektor Dr.-Ing. h. c. von Oechelhäuser, Dessau; Geh. Baurat Dr.-Ing. h. c. E. Rathenau, Berlin; Kgl. Baurat Dr.-Ing. h. c. von Rieppel, Nürnberg; Geh. Regierungsrat Prof. Rietschel, Berlin; Professor Dr.-Ing. Georg Schlesinger, Berlin; Ingenieur Dr.-Ing. Emil Schroedter, Düsseldorf; Geh. Regierungsrat Wilhelm von Siemens, Berlin; Regierungsrat Prof. Dr. Slaby, Charlottenburg; Kgl. Baurat Taaks, Hannover; Prof. Dr. Uhlworm, Leiter des Deutschen Bureaus der internationalen Bibliographie, Berlin.

Seit Januar d. J. hat das Institut bereits seine Arbeit aufgenommen und die erste seiner Veröffentlichungen ist bereits erschienen*). Der Zeitpunkt scheint mir daher gekommen, die Aufmerksamkeit weiterer Kreise der Technik und Industrie auf das neue Unternehmen zu lenken, darzustellen, wie die Arbeit bisher organisiert wurde, und was das Institut noch zu leisten vermag, wenn es dem Verständnis der interessierten Kreise begegnet und deren finanzielle und sachliche Unterstützung findet. Erfreulicherweise haben bereits eine Anzahl deutscher Vereine und Firmen namhafte Jahresbeiträge gezeichnet und jede andere Unterstützung der Institutsarbeit zugesagt, zum Teil aus eigener Initiative.

Wie hat das neue Institut nun seine Arbeit organisiert und wie wird die Arbeit den Interessenten zugänglich gemacht? Gegen Zahlung von nur 25 M. jährlich (für technische Studierende nur 15 M.) wird man Mitglied des Institutes und erhält als solches 40—50 000 technisch-literarische Aus-

*) Die Geschäftsstelle des Institutes, Berlin W. 50, Spichernstr. 17, versendet an Interessenten Drucksachen und Probenummern in deutscher, französischer oder englischer Sprache.

künfte unentgeltlich durch Lieferung des Institutsorganes, der Monatschrift „Technische Auskunft“. Außerdem genießt man eine Reihe anderer Vergünstigungen. Die etwa 160—200 Seiten starken Monatshefte enthalten in einem I. Teile neben den Nachrichten der Institutsleitung*) Mitteilungen der Technischen Auskunftsstelle, ferner eine Tafel, auf der die neuerscheinenden sowie die ihr Erscheinen einstellenden technischen Zeitschriften aller Länder verzeichnet sind, ferner eine Abteilung „Zeitschriftencharakteristik“. In dieser finden sich eingehende Beschreibungen aller vorhandenen technischen und industriellen Periodika.

Der II. Teil der Zeitschrift enthält die „Bibliographie der Technik, Neue Folge des früher im Kaiserl. Patentamt herausgegebenen Repertoriums der technischen Journal-Literatur“. Das seit 1824 bearbeitete und seit 1856 in Jahresbänden veröffentlichte „Repertorium“ stellt also von 1908 ab**) sein Erscheinen ein, oder besser: findet seine Fortsetzung in den Veröffentlichungen des I. I. T. B. Selbstverständlich gibt das Institut auch Jahresbände heraus: Zusammenfassungen der Monatszusammenstellungen, denen übersichtliche Register beigegeben werden.

Die äußere Anlage der genannten Institutsveröffentlichungen entspricht im wesentlichen der des „Repertoriums“, schon um die Kontinuität mit dem altherwürdigen amtlichen Werke zu wahren. Die Fortsetzung ist aber dadurch beträchtlich erweitert worden, daß die Zahl der bearbeiteten Zeitschriften von 430 auf rund 600 erhöht wurde, und daß neben der Zeitschriftenliteratur die gesamte Buch- und Broschürenliteratur Aufnahme findet. Auch die Kataloge und Gelegenheitsschriften der Firmen finden Aufnahme, soweit sie dem Institut eingesandt oder sonstig bekannt werden. Nicht einbezogen sind dagegen die Patentschriften, die erst später, wenn die finanziellen Kräfte des Institutes gewachsen sind, aufgenommen werden sollen. Alle ermittelten Arbeiten werden unter alphabetisch angeordneten Stichwörtern alphabetisch aufgeführt. Neben den einfachen bibliographischen Daten werden auch kurze Referate beigegeben, deren Ausarbeitung einer großen Anzahl von Mitarbeitern (darunter zahlreiche Spezialisten aus dem Kaiserl. Patentamt) im In- und Auslande übertragen ist. Die ganze Arbeit wird also zunächst in Berlin geleistet, soll aber nach und nach an die Zweigbureaus der einzelnen Länder abgetreten werden, so daß schließlich in Berlin nur noch die deutsche Literatur bearbeitet wird. Ob man die Zentralstelle dauernd in Berlin beläßt, braucht solange nicht entschieden zu werden, als eine große bibliographische Zentralstelle in einem neutralen Lande (man hat z. B. an den Haag gedacht) noch nicht besteht und die Royal Society in London als Sitz für die internationale naturwissenschaftliche Bibliographie festhält.

Das Gesagte betrifft aber nur den ersten Teil unseres Programmes: den Nachweis und die knappe Charakteristik der gesamten internationalen neuerschiedenen technischen Literatur.

Der zweite Teil unseres Programmes ist aber auch bereits teils verwirklicht, teils der Verwirklichung nahe. Bereits im Betrieb ist die Beschaffung des Originalmaterials, die dem Verlage des Institutes, dem „Bibliographischen Zentral-Verlag, G. m. b. H.“, Berlin, Spichernstr. 17, übertragen ist. Ins-

*) Vorsitzender des Vorstandes ist Geh. Reg.-Rat Prof. Kammerer, Beisitzer Ingenieur Conrad Matschoß und der Verfasser dieser Zeilen.

**) Der die Literatur des Jahres 1908 umfassende Band wird Ende 1909 erscheinen.

besondere kann auf diesem Wege auch das ausländische Material schnell beschafft werden.

Noch unvollendet ist die Auskunftsstelle, die sich ihr Quellenmaterial erst noch selbst schaffen muß. Trotzdem kann man von dem aktuellen Material schon jetzt Auszüge und Übersetzungen haben. Schwieriger steht es schon um die ältere Literatur, sobald das „Repertorium“ versagt. Hier kann erst rationell gearbeitet werden, wenn dem Institut noch größere Mittel zur Verfügung stehen. Aber in dem Maße, wie sich Technik und Industrie des neuen Unternehmens mehr und mehr bedienen werden, wird das Institut sich erweitern können. Damit wird das Institut der Industrie immer mehr mühsame Sammel- und Recherche-Arbeit abnehmen, diese Arbeiten vereinfachen und verbilligen.

Als besonders glücklich darf vielleicht noch die enge Beziehung des neuen Unternehmens zu dem im Jahre 1905 begründeten und aus Reichsmitteln mit jährlich 15 000 M. subventionierten Internationalen Institut für Sozial-Bibliographie bezeichnet werden. Dieses analog organisierte Unternehmen arbeitet vornehmlich auf wirtschaftlichem Gebiete und vermittelt die Kenntnis der industriell-wirtschaftlichen literarischen Neuerscheinungen, — ebenfalls durch Monatshefte, Jahrbücher, eine Auskunftsstelle usw. Mitglieder des I. I. T. B. können nebenbei bemerkt die Mitgliedschaft des I. I. S. B. zu Vorzugsbedingungen erwerben. Wer sich für die Frage des Zusammenhanges beider Unternehmungen und die internationalen Bestrebungen der Bibliographie überhaupt näher interessiert, findet Aufschluß in einem Schriftchen: „Die internationale Bibliographie und ihre Zukunft“ (Dresden, O. V. Böhmert, 1908, M. 1,—). Der Raummangel verbietet mir, an dieser Stelle auf dies umfassende Gebiet näher einzugehen.

Zweifellos scheint mir, daß das neue Institut auf die technische Literatur einen bedeutsamen Einfluß wird ausüben können. Erstlich vermindern im Hinblick auf die mit Schere und Kleister arbeitenden, auf technisch-literarischem Gebiete besonders emsigen Vielschreiber und Kompilatoren. Auf ihre Arbeit fällt jetzt mehr Licht von der Zentralstelle aus und vielleicht wirkt schon dies Bewußtsein des Beobachtetseins. Aber die Nachfrage nach Kompilationen wird vermutlich überhaupt nachlassen, wenn man sich mit geringem Aufwand an Zeit und Mitteln von einer Zentrale Rat holen kann.

Dämmt das die technisch-literarische Produktion in bezug auf die Menge ein, so wächst vielleicht ihre Güte in dem Maße, wie die Kenntnis von den Neuerscheinungen unendlich weiter verbreitet wird. Da das Organ des I. I. T. B. auch französisch und englisch zur Ausgabe gelangt, wird das Erscheinen eines Aufsatzes, eines Buches, eines Kataloges sogleich international bekannt. Das wird ganz allgemein die Bedeutung der technischen Literatur und deren Absatz heben: eine Überlegung, die die technische Verlegerwelt hoffentlich dazu bringt, das Institut weitestgehend zu fördern. So scheint mir das Wirken des Institutes ihm nach allen Seiten hin ein Recht auf Förderung zu verleihen. Von seiner Arbeit gilt wie vielleicht selten im Leben: Niemand zuleide, allen zunutze!

DIE DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR SOZIOLOGIE.



ACHDEM fast alle größeren Kulturstaaten teilweise seit vielen Jahren ihre soziologische Gesellschaft besitzen, ist nun auch in Deutschland eine solche entstanden. Ein Organisationsausschuß versendet folgende Einladung zum Beitritt:

„Die Unterzeichneten gestatten sich hiermit die Anfrage, ob Sie geneigt wären, der am 3. Januar in Berlin begründeten Deutschen Gesellschaft für Soziologie beizutreten. Die Gesellschaft will sich die Aufgabe setzen, in allen dafür geeigneten Kreisen das Interesse für Soziologie zu wecken, auf ihre stärkere Berücksichtigung im akademischen Lehrbetrieb der verschiedenen Wissenschaften hinzuwirken, die Bedeutung der soziologischen Fragestellungen zum Bewußtsein zu bringen, eine Zentralstelle für soziologische Forschung zu schaffen und als ferneres Ziel auch die Errichtung eines soziologischen Institutes anzustreben. Fast alle großen Kulturstaaten haben neben soziologischen Spezialzeitschriften ihre Soziologischen Gesellschaften und Vereine. Was aber in Deutschland gerade vielen der gediegensten Gelehrten den Gedanken einer solchen Organisation fernrückt, ist die Vieldeutigkeit des Begriffes der Soziologie und der unleugbare Dilettantismus, der sich vielfach mit ihrer Flagge deckt.

Aber all diese prinzipielle Skepsis hat nicht verhindert, daß die Problemgruppen, deren Gesamterforschung jene ausländischen soziologischen Vereinigungen gewidmet sind, im einzelnen auch bei uns Gegenstand ernster wissenschaftlicher Arbeit in den verschiedenst benannten Vereinen und Zeitschriften sind. In Wirklichkeit wird der überwiegende Teil aller Untersuchungen, die den Namen der Soziologie verdienen, auch bei uns geführt, wenngleich in so verschiedenen Wissenschaften wie Nationalökonomie und Ethik, Ethnologie und Jurisprudenz, Kulturgeschichte und Psychologie. Mögen sie sich auch weiterhin in diesen gesonderten Böden entwickeln, — sie fordern außerdem, unter dem Gesichtspunkt zusammengebracht zu werden, daß sie alle das gesellschaftliche Leben als solches zu erforschen bestimmt sind. Im Anhang sind eine Reihe von Problemen zusammengestellt, deren Bedeutsamkeit ebenso unbestritten ist wie ihr Recht, eine Synthese zu bilden; denn bei aller Heterogenität ihrer Sachgehalte und Lösungsmethoden gehen sie in dem einen Endziel zusammen: das eigenartige Gebilde, das wir Gesellschaft nennen, in seinem Wesen, seinen Formen, seinen Entwicklungen zu erkennen*). Und dies muß, über alle bloße Konglomerierung hinaus, neue Fruchtbarkeiten ergeben: einmal das Hervortreten des gesellschaftlich-Allgemeinen, in dem alle Sondererscheinungen wurzeln, der sozialwissenschaftlichen Prinzipienfragen sachlicher und philosophischer, psychologischer und methodischer Art; ferner jene neuen Probleme, die sich immer da erheben, wo bisher gesondert bestehende Kategorien zur Berührung, zur Auffindung gemeinsamer Grundlagen oder Ziele gelangen, — wie denn die Grenzgebiete zwischen den bisherigen Wissenschaften überhaupt der Ort so vieler Erkenntnisgewinne gerade der modernen Zeit geworden sind. Endlich werden die soziologischen Problemstellungen, hinreichend betont, den Gelehrten des Sonderfaches nötigen, die Gesamtheit der Grundfaktoren

*) Aus diesen programmatischen Vorschlägen geht hervor, daß die geplante Gesellschaft keinen Wettbewerb mit den bestehenden volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Vereinigungen im Auge hat.

zu berücksichtigen, die das gesellschaftliche Sein und Werden bestimmen und damit der spezialistischen Vereinseitigung entgegenwirken. Die einzelnen Forscher, der Historiker wie der Nationalökonom, der Kunstforscher wie der Jurist, brauchen keine Soziologen zu sein, aber wenn ihre Arbeit sich an der Soziologie orientiert, wird sie eine breitere Basis und neue Momente zur Deutung der Phänomene gewinnen.

Mag deshalb über die Frage, was eigentlich Soziologie sei, der Streit weiterbestehen, der als Titelfrage gleichgültig ist, als Frage der Grenzabsteckung die Unzweideutigkeit des Kernes bestehen läßt; daß jene, unter ihrer Formel zu vereinigenden Probleme eine Sammelstätte verdienen, scheint nicht länger bestreitbar. Es wäre eine Engherzigkeit, um der Oberflächlichkeiten und wissenschaftlichen Kinderkrankheiten willen, die sich an den Namen der Soziologie knüpfen, die praktische Nützlichkeit der Dienste zu verkennen, die jetzt schon eine derartige Organisation, unter der Voraussetzung vollkommener wissenschaftlicher Gediegenheit, der Vertiefung, Erweiterung und Befruchtung der Einzelarbeit leisten kann.

Die Organisation ist in der Weise getroffen, daß in den einzelnen großen Städten sich selbständige Sektionen bilden, die Vorträge veranstalten und Untersuchungen anregen, und in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie eine einheitliche Leitung erhalten. Außerdem wird die Gesellschaft mit verwandten Verbänden des In- und Auslandes in wissenschaftliche Fühlung zu treten suchen.

Unterzeichnet ist diese Einladung mit folgenden Namen:

Walter Abelsdorff, Berlin; Paul Arndt, Frankfurt a. M.; Felix Auerbach, Jena; Paul Barth, Leipzig; Hermann Beck, Berlin; Ludwig Bernhard, Berlin; Ernst Bernheim, Greifswald; Eduard Bernstein, Berlin; Wilhelm Böhmert, Bremen; Ladislaus v. Bortkiewicz, Berlin; Kurt Breysig, Berlin; Karl Bücher, Leipzig; Richard Calwer, Berlin; Hermann Cohen, Marburg; Eduard David, Berlin; Karl Diehl, Königsberg; Richard Ehrenberg, Rostock; Franz Eulenburg, Leipzig; C. Flügge, Breslau; Elisabeth Gnauck-Kühne, Blankenburg; Rudolf Goldscheid, Wien-Berlin; Friedrich v. Gottl-Ottlilienfeld, München; Alfred Grotjahn, Berlin; Bernhard Harms, Kiel; Wilhelm Hasbach, Kiel; Willy Hellpach, Karlsruhe; Heinrich Herkner, Berlin; Edgar Jaffé, Heidelberg; Ignaz Jastrow, Berlin; Georg Jellinek, Heidelberg; Otto Kammerer, Berlin; Hermann Kantorowicz, Freiburg i. B.; Chr. J. Klumcker, Frankfurt a. M.; Friedrich Kriegel, Berlin; Paul Laband, Straßburg; Karl Lamprecht, Leipzig; Wilhelm Lexis, Göttingen; Theodor Lipps, München; Franz v. Liszt, Berlin; Konrad Matschoss, Berlin; Georg v. Mayr, München; Friedrich Meinecke, Freiburg; Richard M. Meyer, Berlin; Albert Moll, Berlin; Paul Natorp, Marburg; A. Nordenholz, München; Karl Oldenberg, Greifswald; Franz Oppenheimer, Berlin; Wilhelm Ostwald, Leipzig; Alfred Ploetz, München; Ludwig Pohle, Frankfurt a. M.; Friedrich Prinzing, Ulm; Robert Schachner, Jena; Wilhelm Schallmayer, München; Conrad Schmidt, Berlin; Georg Simmel, Berlin; Helene Simon, Berlin; Ludwig Sinzheimer, München; Werner Sombart, Berlin; Rob. Sommer, Gießen; Rudolf Stammler, Halle; Franz Staudinger, Darmstadt; Philipp Stein, Frankfurt a. M.; Karl v. d. Steinen, Berlin; L. W. Stern, Breslau; Helene Stöcker, Berlin; Ferdinand Tönnies, Eutin-Kiel; E. Troeltsch, Heidelberg; Alfred Vierkant, Berlin; Andreas Voigt, Frankfurt a. M.; Karl Vorländer, Remscheid; Heinrich Waentig, Halle; Alfred Weber, Heidelberg; Marianne Weber, Heidelberg; Max Weber, Heidelberg; Robert Wilbrandt, Tübingen; L. v. Wiese, Hannover; Julius Wolf, Breslau; Robert Wuttke, Dresden.

Dieser Einladung ist als Anhang eine Zusammenstellung soziologischer Probleme beigelegt:

Zusammenstellung soziologischer Probleme.

Begriff der Gesellschaft. — Verhältnis der Soziologie zu anderen Disziplinen. — Soziologie und Geschichtsphilosophie. — Statistik und Soziologie. — Naturwissenschaftliche Begründung der Soziologie. — Die nationale Differenzierung der soziologischen Forschungsmethoden. — Die Methoden der Sozialwissenschaften (Volkswirtschaft, Statistik, Geschichte der Gesellschaft, systematische Politik, Ethnologie) im einzelnen und in ihren Zusammenhängen. — Die Erkenntnistheorie der Sozialwissenschaften. — Die erkenntnistheoretischen und metaphysischen Voraussetzungen der einzelnen sozialen Begriffe. — Soziale Kausalität und soziale Teleologie. — Individualismus und Sozialismus. — Formen der Gesellschaft. — Gesellschaft und Gemeinschaft. — Die Sozialwissenschaften als Tatsachenwissenschaften und als Normwissenschaften. — Arbeitsteilungen und Kooperationen in der Wissenschaft. — die gesellschaftlichen Vorbedingungen der wissenschaftlichen Produktion.

Das Problem der historischen und der soziologischen Gesetze. — Die materialistische Geschichtsauffassung. — Die heroistische und die kollektivistische Auffassung der Geschichte. — Ursprung der Gesellschaft. — Geschichte der Sitten.

Das Wertproblem. — Formen der gesellschaftlichen Ethik. — Zwang und Freiheit. — Gleichheit und Autorität. — Die epidemischen und endemischen Krankheiten geistiger und moralischer Art. — Das Wesen der öffentlichen Meinung. — Die Presse. — Die Sprache in ihrer gesellschaftsbildenden Kraft. — Die gesellschaftlichen Voraussetzungen der Kunst. — Die Bedeutung der Kunst für die Erziehung und für das Volksleben überhaupt (bes. etwa des Theaters). — Sozialpädagogik. — Gesellschaftliche Bedeutung der Erziehungsformen. — Die Religion in ihrer Bedeutung für Politik, Wirtschaft, Parteibildung. — Die gesellschaftlichen Formen in der Kirchenbildung. — Urgeschichte der Institutionen (Eigentum, Verwaltungsorgane, Erblichkeit des Besitzes). — Sitte und Mode. — Die Verkehrsformen. — Die soziale Bedeutung der Geselligkeit. — Berufspsychologie. — Soziologie und Psychologie.

Soziologie und Anthropologie. — Soziale Differenzierung. — Der Begriff des Entwicklungsgesetzes. — Die Voraussetzungen der sozialen Höherentwicklung. — Höherentwicklung und Dekadenz. — Fortschritt und Rückschritt. — Darwinismus und Sozialwissenschaft. — Natur- und Kulturvölker. — Anpassung und Milieu. — Die soziologische Bedeutung der Entscheidung des Vererbungsproblems. — Der Klassenkampf als Entwicklungsfaktor. — Sozialhygiene und Sozialauslese. — Kampf und Konkurrenz in ihrer Bedeutung für die Gattung, die Gruppe, das Individuum, die objektive Kultur. — Das aristokratische Prinzip. — Die Rolle der Technik in der Entwicklung und dem Leben der Klassen. — Bildung von Kasten, Ständen, Klassen. — Die freiwilligen und die Zwangsinnungen. — Die Nachahmung. — Das Tempo der sozialen Variation in verschiedenen Geschichtsepochen. — Soziale und individuelle Variabilität. — Die Volksernährung in ihrer Beziehung zur physischen Leistungsfähigkeit, zur Moral, zur Intellektualität. — Die Frauenfrage als Entwicklungsproblem. — Tiergesellschaften.

Naturgesetze und Wirtschaftsgesetze. — Das Problem der Organisation. — Die Arbeitsteilung. — Die Bedeutung der Verkehrsmittel für den Zu-

sammenhalt und die Formung der Gesellschaft. — Die örtliche Verteilung der Bildungsstufen, der Industrien, der politischen Parteien.

Gesellschaft und Staat. — Das Recht als Ursache, als Folge, als Ausdruck gesellschaftlicher Zustände und Entwicklungen. — Gewohnheitsrecht und Gesetzesrecht. — Das Naturrecht. — Das allgemeine Staatsrecht. — Die Konvention. — Soziologie der Verwaltung. — Soziologie des Verbrechens und der Abnormitäten überhaupt. — Die Konvention. — Der Militarismus. — Der Bureaukratismus. — Der Parlamentarismus. — Verhältnis der Nationalität zu sozialen Fragen. — Das Problem des Internationalismus.

Die Rassenfrage. — Rassenkampf und Entwicklung. — Rassenkampf und Klassenkampf.

Soziologie des sexuellen Lebens. — Qualitative und quantitative Bevölkerungspolitik. — Das Auswandererproblem. — Die Gesetze der Innenwanderung. — Die Prostitution in den verschiedenen Gesellschaftsformen. — Die Formen der Ehe. — Das Problem der Unehelichen. — Die Familie.

Die Satzungen der Gesellschaft lauten wie folgt:

I. Name, Sitz und Zweck des Vereines.

§ 1. Unter dem Namen „Deutsche Gesellschaft für Soziologie“ wird ein Verein gegründet, der seinen Sitz in Berlin hat. Der Zweck des Vereines ist die Förderung der soziologischen Forschung und die Verbreitung soziologischer Kenntnisse.

Dieser Zweck soll erreicht werden durch planmäßige Veranstaltung von Einzelvorträgen und Vortragsreihen, durch Pflege der Beziehungen zu ähnlichen Zwecken dienenden Vereinigungen, durch Schaffung einer Spezialbibliothek und Einrichtung eines Lesezimmers, ferner durch Veranstaltung von Publikationen und Enquêtes und endlich durch Förderung einschlägiger Studien und anderer dem Gesellschaftszwecke dienlicher Veranstaltungen.

II. Mitglieder.

§ 2. Die Mitgliedschaft wird durch Aufnahme seitens des Vorstandes erworben, gegen dessen Beschluß Rekurs an den Ausschuß zulässig ist.

Die Mitglieder haben einen Mindestjahresbeitrag von 10 M. zu leisten, der auf Antrag eines Vorstandsmitgliedes in besonderen Fällen vom Gesamtvorstand ermäßigt werden kann. Soweit physische Personen in Frage kommen, kann durch eine einmalige Zahlung von mindestens 250 M. die lebenslängliche Mitgliedschaft erworben werden. Mitglieder des Vereines können sein: Einzelpersonen, öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Korporationen.

§ 3. Die Mitgliederrechte werden ausgeübt in der Mitgliederversammlung.

§ 4. Der Austritt eines Mitgliedes kann nur auf den Schluß eines Kalenderjahres erfolgen und muß spätestens ein Vierteljahr vor Ablauf desselben dem Vereinsvorstande schriftlich erklärt werden. Das ausscheidende Mitglied verliert jeden Anspruch an das Vereinsvermögen.

Die Mitgliedschaft erlischt ferner durch Tod und durch Nichtzahlung des Mitgliedsbeitrages in zwei aufeinanderfolgenden Jahren.

III. Organisation des Vereines.

§ 5. Organe des Vereines sind:

- A. der Vorstand,
- B. der Ausschuß,
- C. die Mitgliederversammlung.

A. Der Vorstand.

§ 6. Die Leitung des Vereines liegt in den Händen von fünf von der Mitgliederversammlung auf je drei Jahre gewählten Vorstandsmitgliedern. Der Vorstand des Vereines vertritt diesen gerichtlich und außergerichtlich und schließt für denselben Rechtsgeschäfte jeder Art ab. Er entscheidet in allen Fragen, die nicht ausdrücklich dem Ausschuß oder der Mitgliederversammlung überlassen sind, vollzieht die Beschlüsse der genannten Organe, hat alljährlich Rechnung zu legen und einen Jahresbericht zu erstatten. Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn mindestens drei seiner Mitglieder anwesend sind.

Die Beschlüsse erfolgen in der Vorstandssitzung oder auf schriftlichem Wege. Über jede Sitzung ist ein Protokoll aufzunehmen, in dem alle gefaßten Beschlüsse niederzulegen sind. Das Protokoll ist von allen Anwesenden zu unterzeichnen. Jedes Mitglied des Vorstandes erhält eine Abschrift.

B. Der Ausschuß.

§ 7. Die Zahl der Mitglieder des Ausschusses beträgt mindestens zehn. Diese werden von der Mitgliederversammlung auf je drei Jahre gewählt. Der Ausschuß erwählt aus seiner Mitte seinen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden.

Der Vorsitzende des Ausschusses beruft und leitet die Sitzungen, die spätestens eine Woche vorher durch schriftliche Einladung von seiner Seite oder von seiten des Vorstandes unter Bekanntgabe der Tagesordnung einzuberufen sind und bestimmt den Protokollführer für jede Sitzung. Der Ausschuß ist beschlußfähig, wenn mindestens drei seiner Mitglieder in der Sitzung zugegen sind.

Über jede Sitzung ist ein Protokoll aufzunehmen, in dem alle gefaßten Beschlüsse niederzulegen sind. Jedes Mitglied des Ausschusses und des Vorstandes erhält eine Abschrift.

§ 8. Die Beschlußfassung des Ausschusses erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit. Schriftliche Abstimmung ist zulässig, sofern nicht mindestens drei Mitglieder des Ausschusses dagegen Einspruch erheben. Bei schriftlicher Abstimmung muß der Gegenstand der Beschlußfassung den Mitgliedern des Ausschusses durch eingeschriebenen Brief mitgeteilt werden.

§ 9. Der Ausschuß entscheidet über Beschwerden wegen Nichtaufnahme von Mitgliedern durch den Vorstand und prüft den Rechenschaftsbericht des Vorstandes.

§ 10. Die Beschlußfassung über die wissenschaftlichen Angelegenheiten des Vereines erfolgt in gemeinsamen Sitzungen des Vorstandes und Ausschusses, wobei die Leitung dem Vorstande zusteht.

Diese Sitzungen beruft der Vorstand nach Bedarf und Ermessen oder auf Antrag von mindestens fünf Ausschußmitgliedern ein, falls diese schriftlich und unter Angabe des Zweckes und der Gründe Antrag stellen.

C. Die Mitgliederversammlung.

§ 11. Die Mitgliederversammlung ist durch Veröffentlichung im Reichsanzeiger oder durch schriftliche Einladung sämtlicher Mitglieder mindestens eine Woche vor der Versammlung einzuberufen. Sie tritt jährlich mindestens einmal zusammen und muß außerdem einberufen werden:

1. auf Antrag des Vorstandes;
2. auf Antrag von mindestens einem Zehntel der Mitglieder, falls diese schriftlich unter Angabe des Zweckes und der Gründe Antrag stellen.

§ 12. Der Mitgliederversammlung obliegen folgende Aufgaben:

1. Wahl der Mitglieder des Vorstandes, wobei eines derselben zum Vorsitzenden, zwei weitere zu stellvertretenden Vorsitzenden, ein viertes zum Schriftführer und ein fünftes zum Kassierer zu wählen ist;
2. Wahl der Mitglieder des Ausschusses;
3. Genehmigung des Jahreshaushaltes;
4. Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes des Vorstandes nach dessen Vorprüfung durch den Ausschuß und Erteilung der Entlastung an diesen und den Vorstand;
5. Abänderung der Satzungen;
6. Auflösung des Vereines.

Sie entscheidet, falls die Satzungen es nicht anders bestimmen, mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder.

Zur Abänderung der Satzungen ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder, zur Auflösung des Vereines eine solche von drei Vierteln der anwesenden Mitglieder erforderlich. Sind in der über die Auflösung beschließenden Versammlung nicht drei Viertel sämtlicher Mitglieder vertreten, so ist innerhalb einer Frist von 14 Tagen eine neue Mitgliederversammlung einzuberufen, die dann mit drei Viertel Mehrheit der Anwesenden entscheidet.

§ 13. Den Vorsitz in der Mitgliederversammlung führt der Vorsitzende des Ausschusses.

Die Beurkundung der Beschlüsse der Versammlung erfolgt durch ein Protokoll, das ein zu wählender Protokollführer führt und von diesem sowie einem Vorstandsmitglied zu unterzeichnen ist.

Im Falle der Auflösung des Vereines fällt dessen Vermögen an ein in der die Auflösung beschließenden Mitgliederversammlung mit zwei Drittel Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder zu bestimmendes öffentliches Institut, das gemeinnützigen Zwecken dient.

§ 14. Sind an einem Orte mindestens 10 Mitglieder der Gesellschaft ansässig, so steht diesen das Recht zu, eine Ortsgruppe zu bilden und, sofern noch kein Mitglied der Ortsgruppe dem Ausschuß angehört, einen Vertreter in den Ausschuß zu delegieren.

§ 15. Die Gründung des Vereines ist erfolgt in der Mitgliederversammlung vom 3. Januar 1909.

Am 7. März fand nun in Berlin die Eröffnungsversammlung der Gesellschaft statt. Prof. Simmel hielt einen Vortrag über die Aufgaben der Soziologie und später fand eine gemeinsame Sitzung des Vorstandes und Ausschusses statt. Dem Vorstande, dessen Vorsitz unter den einzelnen Mitgliedern umgeht, gehören an: Dr. Hermann Beck, Prof. Dr. Heinrich Herkner, Prof. Dr. Georg Simmel, Prof. Dr. Ferdinand Toennies und Dr. Alfred Vierkant. Der Ausschuß setzt sich aus folgenden Persönlichkeiten zusammen, unter denen wir leider eine Vertretung von Frauen, die doch bei der Unterzeichnung des Gründungsauftrufes mitgewirkt hatten, vermissen:

Prof. Dr. Barth; Prof. Dr. Bernheim; Eduard Bernstein; Prof. Dr. von Bortkiewicz; Prof. Dr. Breysig; Prof. Dr. Buecher; Prof. Dr. Cohen; Dr. David; Prof. Dr. Diehl; Prof. Dr. Eulenburg; Rudolf Goldscheid; Prof. Dr. Grotjahn; Dr. Hellpach; Prof. Dr. Jastrow; Prof. Dr. Jellinek; Dr. Kantorowicz; Prof. Dr. Kriegel; Prof. Dr. Lamprecht; Prof. Dr. Lexis; Dr. Albert Moll; Prof. Dr. Natorp; Dr. Franz Oppenheimer; Prof. Dr. Ost-

wald; Sanitätsrat Dr. Prinzing; Dr. W. Schallmeyer; Prof. Dr. Sombart; Prof. Dr. Stern; Prof. Dr. Troeltsch; Prof. Dr. Waentig; Prof. Dr. Alfred Weber; Prof. Dr. Max Weber.

In der Sitzung wurde dem Vorstande der Auftrag erteilt, für das Frühjahr 1910 einen ersten Deutschen Soziologentag vorzubereiten, der dann alljährlich wiederholt werden soll. Diese Soziologentage werden in ähnlicher Weise organisiert werden wie der Historikertag oder der Juristentag. Die Tagungen werden abwechselnd in verschiedenen deutschen Städten stattfinden und Gelegenheit bieten, die Ergebnisse der von der Gesellschaft veranstalteten und unterstützten Forschungsarbeiten breiteren Kreisen bekannt zu geben und auf diese Weise im Sinne des Programmes der Gesellschaft in der Öffentlichkeit aufklärend zu wirken. — Die Vorarbeiten zur ersten Tagung, insbesondere die Bildung von Unterausschüssen wurde einem Ausschuß übertragen, der sich aus den Mitgliedern des Vorstandes und einer Anzahl von diesem kooptierter Personen zusammensetzt. — Die Gründung der Berliner Ortsgruppe der Gesellschaft wird in allernächster Zeit erfolgen. Anmeldungen sind an Dr. Hermann Beck, Berlin W. 50, Spichernstraße 17, zu richten.



6000 SOZIALWISSENSCHAFTLICHE ZEITSCHRIFTEN.



INEN sozialwissenschaftlichen Zeitschriftenführer, der Mitteilungen über rund 6000 Zeitschriften enthält, hat soeben das Internationale Institut für Sozial-Bibliographie mit Unterstützung aus Reichsmitteln veröffentlicht*). Mit diesem Werke, dessen Bearbeitung drei Jahre in Anspruch genommen hat, wird zum erstenmal der sozialwissenschaftliche Zeitschriftenmarkt systematisch dargestellt. Das Buch enthält die Zeitschriften auf folgenden Gebieten: Theoretische und praktische Sozialökonomie (Wirtschaftskunde und Politik der Landwirtschaft, Forstwirtschaft des Bergbaues, Verkehrs- und Ausstellungswesens, Handels- und Zollwesens, des Gewerbes und der Industrie, des Geld-, Kredit-, Bank-, Börsen- und Versicherungswesens), Soziologie, Sozialpolitik (Arbeiterschutz und Versicherung, Organisationen der Arbeitgeber und -nehmer, Streiks, Arbeitslosigkeit und -vermittlung, Mittelstandspolitik, Wohnungs- und Bauwesen, soziale Medizin, Frauenfrage, Genossenschafts-, Armen- und Fürsorgewesen und Wohlfahrtspflege), Finanzwissenschaft und -politik, Sozial- und Wirtschaftsstatistik, Kolonialwesen, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Kriminologie, Wirtschaftsrecht, Handelswissenschaften, Technik, Wirtschaftsgeographie und Sozialphilosophie.

*) Sozialwissenschaftlicher Zeitschriftenführer. Ein internationales Handbuch der Fachpresse der Sozial-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften und ihrer Grenzgebiete, herausgegeben im Auftrage des Internationalen Instituts für Sozial-Bibliographie zu Berlin von Dr. P. Dienstag, 1909, 364 Seiten. Bibliographischer Zentral-Verlag, Berlin W. 50, Spichernstr. 17. 10,50 Mk.

Die Angaben umfassen: Den genauen Titel des Blattes, Namen und Adresse des Herausgebers, der Redaktion, des Verlegers, das Format, die Erscheinungsweise, Umfang, Preis, Auflagehöhe, die Höhe des Honorars für Beiträge und endlich eine streng objektive Charakteristik des Blattes aus der Feder seines Herausgebers, umfassend Geschichte, Tendenz und Einrichtung.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die sozialwissenschaftlichen Zeitschriften von Jahr zu Jahr in ständiger Zunahme begriffen sind. Liest man z. B. die Bibliographie der allmonatlich erscheinenden „Blätter für die gesamten Sozialwissenschaften“ durch, der ein Verzeichnis der neu erschienenen Zeitschriften vorangeht, so findet man monatlich durchschnittlich acht bis zehn neuerschienene Blätter verzeichnet.

Dieser Unübersehbarkeit des Zeitschriftenmarktes, die oft dazu beiträgt, wichtige Artikel ganz zu übersehen, ist nur durch eine Zusammenstellung der bisher vorhandenen Zeitschriften abzuhelpen. Und zwar muß diese Zusammenstellung eine doppelte sein. Einmal eine Zusammenstellung des Inhalts, diese Aufgabe fällt den monatlich erscheinenden Blättern für die gesamten Sozialwissenschaften zu — zum zweiten aber eine Zusammenstellung ihrer Titel. Diesem Zwecke soll der in der Anmerkung erwähnte Zeitschriftenführer dienen, der durch periodische Nachträge ergänzt wird. Dadurch ist es jedem, der sich für irgendein Problem interessiert, möglich, sich zunächst über die Zeitschriften, die dieses Problem behandeln, zu informieren. Da bei vielen Zeitschriften Angaben hinzugefügt sind, die ihren hauptsächlichsten Inhalt kurz charakterisieren, wird es dem Suchenden leicht möglich sein, schon aus der bloßen Titelangabe zu erkennen, ob sich die Zeitschrift für seine Zwecke eignet oder nicht.

Aber der Zeitschriftenführer ist noch in anderer Hinsicht von Bedeutung. Viele Schriftsteller wählen sich für ihre Artikel, infolge Unkenntnis der einschlägigen Verhältnisse, ganz falsche Zeitschriften aus, der Redaktion entsteht dadurch unnötige Mühe, für die Schriftsteller aber ist es ärgerlich, einen Artikel zurückzuerhalten. Diese Mängel soll der Führer beseitigen. Hat jemand über ein sozialwissenschaftliches Problem etwas geschrieben, so braucht er nur im Schlagwortverzeichnis nachzusehen, in welche Abteilung dieses Problem fällt, und er findet dann in dieser Abteilung sämtliche Zeitschriften mit genauer Angabe der Redaktionsadressen und des Honorars verzeichnet.

In dem Führer sind nun die hauptsächlichsten sozialwissenschaftlichen Zeitschriften sämtlicher Kulturländer (Deutschland vollständig) angegeben. Dabei ist der Begriff der sozialwissenschaftlichen Zeitschrift sehr weit gefaßt, was die Brauchbarkeit des Buches sehr erhöht. Es enthält z. B. auch die wichtigsten juristischen und technischen Zeitschriften, soweit sie vom sozialen Gesichtspunkte aus beachtenswert sind.

Zweifelloos kann das Buch dazu beitragen, die Benützung der sozialwissenschaftlichen Zeitschriftenliteratur rationeller zu gestalten, indem es Mühe und Zeit erspart.

BILDUNGSWESEN

CHRONIK

Volksbildungswesen in der französischen Armee. In der französischen Armee bemüht man sich seit längerer Zeit, Unterrichtszentren zu schaffen, welche ganz im Sinne der Volksuniversitäten die geistige und seelische Ausbildung der Bürger im Waffrock fördern sollen. Eine besonders bedeutsame Anstalt wurde kürzlich in Versailles durch Leutnant Vazier begründet und „Foyer du soldat“ genannt. Allmonatlich werden dasselbst Kunstabende, Konzerte etc. veranstaltet, die mit Vorträgen über verschiedene populär-wissenschaftliche Themen, besonders solche, die auf das spätere Berufsleben des Soldaten Bezug haben: Landwirtschaftliche Technik etc., abwechseln. Eine Bibliothek wurde geschaffen, die bereits mehr als 3000 Bände zählt.

Vor wenigen Monaten wurde im Anschluß an das Unternehmen eine Genossenschaft begründet, welche hygienische Getränke zum Ausschank bringt und so die Soldaten vor all den Versuchungen des Wirtshauses und Straßenlebens bewahren will. Die Gewinne der Genossenschaft werden zu gemeinnützigen Zwecken verwendet: so zu Unterstützungen an Soldaten, die nicht hinreichend Geld haben, um Reisen in die Heimat zur Urlaubszeit anzutreten; ferner, zur Vermehrung der Regierungsunterstützungen an die Familien von Reservisten; außerdem zur Unterstützung der Kinder solcher verwitweter Reservisten, die etwa an den Standort des Regiments mitgebracht werden, weil sie in der Heimat des Reser-

visten zur Zeit seiner Waffenübung keinen Unterhalt finden können.

Andere Offiziere haben inzwischen mit gleichem Eifer sich dem Ausbau des „Foyer du soldat“ gewidmet, und der lebhafteste Beistand der Regierung verspricht dem Werke guten Fortgang.

**Volkshochschulkurse in England.**

An der Universität Oxford ist ein Komitee zusammengetreten, dem 7 Mitglieder der Hochschule und 7 Vertreter der Arbeiterverbände angehören, um wirksame Maßregeln für Arbeiterbildung zu beraten. Die Vorschläge des Komitees sind überaus weitgehend. In den größeren Städten sollen systematische Kurse eingerichtet werden, die sich über den Zeitraum von 2 Jahren erstrecken, Examina und Diplome sollen den formellen Abschluß dieses Studiums bilden, und die besten Hörer der Kurse das Recht erhalten, ihre Studien an der Universität Oxford selbst fortzusetzen. Die Leitung des ganzen Unternehmens soll einem aus Professoren und Arbeiterdelegierten zusammengesetzten Komitee anvertraut werden.

Hauptgegenstände der Kurse werden Nationalökonomie und Soziologie sein, da in den Arbeiterkreisen für diese Themata mehr Interesse als für irgendwelche anderen vorhanden ist. Die Vortragenden, die zugleich der Universität Oxford angehören, sollen zum Teil von dieser, zum Teil durch Beiträge der Hörer honoriert werden.

